



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Zum politischen Bewusstsein junger Erwachsener.

Eine Analyse der Wahlenthaltung junger Wahlberechtigter im gegenwärtigen Japan.“

Verfasserin

Sabine Iker Bakk.phil.

Angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 843

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Japanologie

Betreuer:

Dr. Sepp Linhart, o. Univ.-Prof

Meine erste Auseinandersetzung mit dem politischen Bewusstsein junger Erwachsener in Japan, fand während meines einjährigen Studienaufenthalts an der Waseda Universität statt. Aus diesem Grund möchte ich allen danken, die mir diesen Japanaufenthalt ermöglichten, allen voran meinen Eltern. Spezieller Dank gilt auch Frau Prof. Hoshii, die es mir erlaubte, als Tutorin an einem Deutsch-Kommunikationskurs für japanische StudentInnen teilzunehmen und damit half wichtige Anregungen für die Themenfindung vorliegender Masterarbeit zu erlangen.

Meine Freunde waren ebenfalls eine große Unterstützung. Ich möchte daher auch Theresa und Thomas Loidl, für ihre Gastfreundschaft in Tokyo im September 2010, und Stephanie Fischer, für ihre guten Kenntnisse der Beistrichsetzung, danken.

Schließlich gilt mein Dank auch den Professoren der Japanologie, die mich in meiner Themenwahl unterstützten, besonders Herr Prof. Linhart, dem Betreuer meiner Masterarbeit.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	7
1.1	Thema	9
1.2	Forschungsstand und Relevanz	10
1.3	Methodik.....	11
1.4	Begriffserklärung	11
1.4.1	Der Begriff <i>wakamono</i>	11
1.4.2	Definitionsversuche politischer „Apathie“	13
2	Theoretische Überlegungen zu Wahlen und Wahlverhalten	15
2.1	Wahlen als Form politischer Partizipation	15
2.2	Erklärungsansätze zur sinkenden Wahlbeteiligung in der Forschung .	16
2.2.1	Der rationalistische Ansatz.....	18
2.2.2	Der sozialpsychologische Ansatz.....	22
2.2.3	Die soziologischen Ansätze	26
2.2.4	Weitere Faktoren und Ansätze.....	29
2.3	Ein Analyseschema	32
2.4	Überlegungen zur Methodologie.....	35
3	Analyse der Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter	37
3.1	Entwicklung der Wahlbeteiligung.....	38
3.2	Determinanten der Wahlbeteiligung	41
3.2.1	Institutionelle Faktoren	42
3.2.1.1	Wahlrecht und Wahlsystem	42
3.2.1.2	Parteiensystem	45
3.2.2	Strukturelle Faktoren.....	46
3.2.2.1	Politische Struktur	47
3.2.2.2	Wirtschaftsstruktur	51
3.2.2.3	Sozialstruktur	55
3.2.2.3.1	Bevölkerungsstruktur	55
3.2.2.3.2	Sozialer Integrationsgrad.....	57
3.2.2.3.3	Formeller Bildungsgrad.....	57
3.2.3	Individuelle Faktoren	58
3.2.3.1	Politisches Interesse	59

3.2.3.2	Formen politischer Zufriedenheit.....	62
3.2.3.3	Parteiunterstützung.....	65
3.2.3.4	Kandidatenorientierung.....	69
3.2.3.5	Themenorientierung.....	73
3.2.3.6	Akzeptanz der Wahlnorm.....	74
3.2.4	Exkurs: Wahlmobilisierung.....	77
3.2.4.1	Internet.....	81
3.2.4.2	Jugendorganisationen.....	86
3.2.5	Lebenszyklus- und Generationeneffekte.....	94
4	Conclusio	98
	Literaturverzeichnis	105
	Japanisches Literaturverzeichnis	113
	Zusammenfassung.....	116
	Lebenslauf	118

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Wahlbeteiligung an Oberhauswahlen nach Alter; 1989 - 2007 (in %)	38
Abbildung 2: Wahlbeteiligung an Unterhauswahlen nach Alter; 1967 - 2009 (in %)	39
Abbildung 3: Wahlbeteiligung an Unterhauswahlen nach Alter; 2005 und 2009 (in %)	40
Abbildung 4: Formeller Bildungsgrad und Wahlverhalten, 20- bis 39-Jährige	58
Abbildung 5: Politikinteresse und Wahlverhalten, 20 bis 39-Jährige	59
Abbildung 6: Interesse an Wahlen nach Alter	60
Abbildung 7: Politikzufriedenheit und Wahlverhalten nach Alter (in %)	63
Abbildung 8: Parteiunterstützung und Wahlverhalten, 20 bis 39-Jährige	66
Abbildung 9: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Alter; Verhältniswahl (in%)	68
Abbildung 10: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Alter; Personenwahlkreis (in%)	70
Abbildung 11: Wahlnorm nach Alter (in%)	75
Abbildung 12: Wahlnorm und Wahlverhalten, 20 bis 39-Jährige (in%)	76
Abbildung 13: Propagandaauto der LDP	84
Abbildung 14: Meisui-kun, Familie und Freunde	90
Abbildung 15: „Sommerfest der Twens“	91
Abbildung 16: Voters Mall	92

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Parteiunterstützung nach Alter, 2009 (in %)	48
Tabelle 2: Interesse an politischen Themen nach Alter (in%)	73
Tabelle 3: Berührung mit Wahlwerbung nach Alter (in %)	78

1 Einleitung

Im August 2009 fand in Japan die 45. Wahl zum Unterhaus statt - eine Wahl, die große Aufmerksamkeit erregte, da bereits im Vorfeld prognostiziert wurde, dass die oppositionelle Demokratische Partei Japans (DPJ, Minshutō) vor der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP, Jimintō) liegen würde. Die LDP hatte seit ihrer Parteigründung 1955 fast ohne Unterbrechung regiert (Masters und Beech 2009a) und tatsächlich gelang es den Umfragen den „erdrutschartigen Sieg“ der DPJ richtig vorherzusagen. Die 45. Unterhauswahl fand am 30. August 2009 statt, die DPJ gewann 308 von insgesamt 480 Sitzen und war damit der Sieger der Wahl. Der Verlust der LDP, welche vormals 300 Sitze und nun nur noch 119 innehatte, ging damit in die Geschichte ein (YRI Tokyo 2009:195).

Umfrageergebnisse und Wahlprognosen zeigten also, dass die Wahl von großer Bedeutung für die zukünftige Regierungsbildung in Japan sein würde. Inmitten dieser brisanten Wahl wurde aber das Politikinteresse der „Jugend“ in den Medien bemängelt und es wurde versucht, diese zur Teilnahme an der Wahl aufzurufen, wie auch schon in den Jahren zuvor. Vor der Oberhauswahl am 28. Juli 2007 beispielsweise wurde ein Artikel zu der niedrigen Wahlbeteiligung junger Erwachsener mit dem Titel „Wakamono yo, tōhyō ni ikō“ („Jugend, lasst uns wählen!“) veröffentlicht, in dem sich ein Verweis fand, dass die niedrige Wahlbeteiligung der Jugend jedes Jahr wieder von den Medien aufgenommen wird (N.N. 2007).

Für das Stillschweigen junger JapanerInnen zu politischen Themen kann es natürlich mehrere Gründe geben. Fehlendes politisches Interesse, fehlendes Wissen oder die Tabuisierung von Politik kommen einem schnell als Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Teilnahmslosigkeit junger Erwachsener in den Sinn. Durch verschiedene Meinungsführer aus Medien, Politik und Wissenschaft wird ein Bild der „Jugend“ (*wakamono*) vermittelt, welches diese als politisch teilnahmslos (*seijiteki apashii*) oder politisch desinteressiert (*seijiteki mukanshin*) darstellt - ja sogar als „verlorene Generation“ (z.B. Masters und Beech 2009a) bezeichnet. Aussagen wie „Ich interessiere mich nicht für Wahlen und Politik. Für so etwas

uncoolen wie ‚Politik‘ interessieren sich nur alte Männer“¹ (N.N. 2003:81) bestätigen dieses Bild.

Sugimori Shinkichi beschreibt Japans junge Generation folgendermaßen:

The main characteristics of youth political attitudes are: political cynicism, apathy, dislike of politicians and the political system. Young people's behaviour is similarly characterized by the fact that even fewer of them take an active interest in political news, which leaves them with little knowledge of political events and activities (Sugimori 1999:43).

Auslöser der Diskussion um das politische Bewusstsein junger Menschen in Japan ist also immer ein und dieselbe Tatsache: Die geringe Wahlbeteiligung der jungen Wahlberechtigten. Aussagen junger BürgerInnen wie: „Voting is a waste of time. I am sick of politicians who never change anything in Japan for the better“, „Politicians are boring and untrustworthy, so what's the point in voting?“ (Kakuchi 2003), „I'm not going to vote. I might if I have time, but I'm not interested in politics. It doesn't have anything to do with me“ (Fujioka 2007) oder, dass „es auch ein Recht ist, nicht von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen“ (N.N. 2007) spiegeln die Problematik wieder. Die laute Straßenpropaganda im Wahlkampf wird als Belästigung empfunden, das Wählen wird als Aufgabe anderer betrachtet oder man hat am Wahltag einfach etwas wichtigeres vor, muss arbeiten oder wüsste gar nicht, wo man überhaupt wählen gehen könnte (N.N. 2009a).

Tatsächlich ist die Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen jene mit der niedrigsten Wahlbeteiligung, sowohl bei Oberhaus- wie auch Unterhauswahlen. Laut offiziellen Angaben, lag die Wahlbeteiligung dieser bei der Wahl des japanischen Unterhauses 2009 bei 46,66% und der des Oberhauses 2010 bei sogar nur 33,68%. Besonders im Vergleich zu der Altersgruppe mit der höchsten Wahlbeteiligung, den 65 bis 69-Jährigen, ist dies sehr gering. Diese lag bei der Unterhauswahl 2009 bei 85,04% und war bei der Oberhauswahl 2010 mit 78,45% im Vergleich sogar mehr als doppelt so hoch (MIC 2010). Die vergleichsweise schwache Partizipation der jüngeren Generation ist eine Tendenz, die sich bereits seit Jahrzehnten fortsetzt. Es ist also

¹ Aus dem Japanischen „Senkyo ya seiji ni kanshin nante nai. ‚Seiji‘ nante dasai mono ni kanshin ga aru no wa oyaji tachi kana“ (N.N. 2003:81). Im folgenden werden alle japanischen Zitate in eigener Übersetzung wiedergegeben.

ein Fakt, dass die Wahlbeteiligung der jungen Wahlberechtigten weit unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung liegt (Nagata 2008a).

Mediale Darstellungen diesbezüglich geben zumeist eine Krisenstimmung wieder. Manche sehen im Nicht-Wählen der jungen Wahlberechtigten eine Gefahr für die Demokratie und das „Schaffen einer guten Gesellschaft“, wenn die Stimme der jungen JapanerInnen nicht in der Politik reflektiert wird. Wieder andere gehen sogar soweit zu sagen, dass „Japan untergehen wird“, wenn die junge Generation nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht (N.N. 2009a). Letztlich steht man vor dem Dilemma, dass die politische Teilnahmslosigkeit der jungen Erwachsenen im gegenwärtigen Japan zwar ein Problem darstellt, dessen Lösungsbedürftigkeit man sich bewusst ist, die Meinungen zu Ursachen, Lösungsvorschlägen und Schuldfrage jedoch sehr verschieden sind.

1.1 Thema

Laut Ida Masamichi gibt es in der Forschung zum politischen Bewusstsein der japanischen „Jugend“ zumeist zwei Herangehensweisen: Zum einen über die Forschung zur politischen Sozialisierung und zum anderen über die Forschung zur politischen Apathie junger Menschen (und ihrer Ursachen), welche beispielsweise durch eine niedrige oder sinkende Wahlbeteiligung der jungen Wählerschicht ausgedrückt wird (Ida 2004:379).

Ausgehend von oben beschriebener Problematik, das Wahlverhalten junger Erwachsener in Japan betreffend, möchte ich folglich meine Masterarbeit nutzen, um zu untersuchen, welche Determinanten auf die Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter wirken. Augenmerk soll hierbei auch auf zwei momentan prominente Vorschläge zur Steigerung der Wahlteilnahme gelegt werden, nämlich den Einsatz des Internets und von Jugendorganisationen zur Wahlmobilisierung.

Dass junge Erwachsene in Japan über ein politisches Bewusstsein verfügen, setzte ich voraus, wie stark oder schwach dieses auch ausgebildet sein mag. Mithilfe dieser Analyse möchte ich jedoch die Frage beantworten, welche Rückschlüsse über die Einstellung gegenüber Politik - als Komponente des politischen Bewusstseins - junger Erwachsener im gegenwärtigen Japan gezogen werden können. Schließlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Stimmenthaltung nicht Ausdruck

„politischer Apathie“ im Allgemeinen sein muss. Thomas Kleinhenz schreibt: „[...] denn gerade bei der Wahlabstinentz stellt sich grundlegend die Frage, ob das Fernbleiben als Ablehnung, Zustimmung oder Indifferenz zu werten ist“ (Kleinhenz 1995:62)

1.2 Forschungsstand und Relevanz

Die Recherche, welche natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, zeigte, dass sich sowohl die japanische Psychologie als auch Sozial- und Politikwissenschaft seit den 1960er Jahren mit den Themen Politikbewusstsein und -erziehung allgemein auseinandersetzen. Zu den bekanntesten Namen zählen beispielsweise Miyake Ichirō (Miyake 2005a), Nishizawa Yoshitaka und Ikeda Kenichi (Ikeda und Nishizawa 1992), welche auch Untersuchungen wie die Japanese Election Studies (JES III 2005) oder Japanese Election and Democracy Study (JEDS 2000) zur Wahlpartizipation durchführten. Von großer Hilfe für vorliegende Arbeit waren Berichte zu den Umfragen der Akarui senkyo-suishin-kyōkai (Association for Promoting Fair Elections), kurz Meisuikyō (u.a. Meisuikyō 2010).

Einige wenige, wie Kawakami Kazuhisa (Kawakami 2005) und Ida Masamichi (Ida 2003), machten auch speziell die Jugend zu ihrem Forschungsgegenstand. Der Diskurs über die politische Apathie der „Jugend“ wurde jedoch vor allem von den Medien getragen. Hier fand auch die Diskussion um den Einsatz des Internets zur Wahlmobilisierung in großem Maße statt, welcher schließlich in den letzten zwei Jahren auch in der Wissenschaft Beachtung fand.

Die Recherche zeigte auch, dass es sich bei dem politischen Bewusstsein (und der Wahlbeteiligung) der JapanerInnen allgemein um ein im deutsch- und englischsprachigen Raum wenig erforschtes Gebiet handelt. Zu den relevantesten westlichsprachigen Werken zählen *The Japanese Voter* (Flanagan 1991) und *Political Psychology in Japan* (Feldman 1999), welche auch Beiträge der oben erwähnten japanischen Forscher enthalten.

Bei der Wahlbeteiligung der japanischen Jugend handelt es sich einerseits um ein stetig aktuelles Thema, andererseits aber auch um einen Bereich, der in der westlich-sprachigen Literatur kaum oder nur am Rande Beachtung fand. Diese Arbeit

soll folglich die Problematik umfassend und unter Berücksichtigung des aktuellen Diskurses untersuchen und einen neuen Beitrag zur Japanforschung darstellen.

1.3 Methodik

Methodisch wurde eine empirisch-analytische Vorgangsweise gewählt, um möglichst repräsentative Aussagen treffen zu können. Hierfür bieten sich in Japan bereits erhobene Daten an, wie beispielsweise offizielle Statistiken des Ministerium für öffentliche Verwaltung, Inneres, Post (*Ministry of Internal Affairs and Communication, MIC*) oder Ergebnisse diverser Studien und Meinungsumfragen. Für die Interpretation der gesammelten Daten wird auf wissenschaftliche Quellen und auch Publikationen verschiedener Meinungsbildner aus Medien und Politik zurückgegriffen.

Der Untersuchung des Wahlverhaltens soll ein Analyseschema zugrunde liegen, das möglichst alle Einflussgrößen der Wahlbeteiligung miteinschließt, da es sich bei der Wahlentscheidung um ein komplexes Konstrukt aus Einflussgrößen auf verschiedenen Ebenen handelt. Detailliertere Überlegungen zur Methodologie der Analyse, insbesondere bezüglich des Umgangs mit statistischen Daten, befinden sich im theoretischen Teil des Analyseschemas.

1.4 Begriffserklärung

Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit sind also Wahlverhalten und politische Einstellung der gegenwärtigen japanischen „Jugend“. Zu diesem Zweck bedarf es einer Auseinandersetzung mit den Termini „Jugend“ und „Apathie“.

1.4.1 Der Begriff *wakamono*

Die genaue Beschreibung des Begriffs „Jugend“, im Japanischen *wakamono* oder *seinen*, ist notwendig um den untersuchten Altersabschnitt der vorliegenden Analyse festzulegen. Weder in der Alltags- noch in der Fachsprache gibt es eine allgemeingültige Definition „der Jugend“. Jugend kann als Lebensabschnitt oder als Altersgruppe aufgefasst werden und der Jugendbegriff kann aus biologischer, entwicklungspsychologischer oder soziologischer Perspektive betrachtet werden (Stefenelli 2005:10).

Die japanische Definition von „Jugend“ erlaubt ebenfalls eine relativ freie Interpretation, da sie keinen festen Altersabschnitt festlegt und mehrere Zugänge zulässt (Vgl. Linhart 1984:590) und unterscheidet sich damit von dem deutschen Sprachgebrauch. So wird der Begriff in Japan beispielsweise mit dem Oberschul- und Studentenalter in Verbindung gebracht (etwa 15 bis 22 Jahre), an anderer Stelle aber auch für deutlich jüngere oder ältere Altersklassen verwendet. Die *Kodansha Encyclopedia of Japan* beispielsweise legt einen Altersabschnitt von 14 bis 24 Jahren fest (Cummings 1983:352).

Zunächst muss aber eine der wichtigsten Erkenntnisse der Jugendforschung festgehalten werden: „*Die Jugend gibt es nicht.*“ Wie auch andere Bevölkerungsgruppen ist „die Jugend“ nicht homogen, sondern unterscheidet sich aufgrund unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen, weshalb man eigentlich von „Jugenden“ sprechen müsste. Ebenso ist es unmöglich, wie bereits angesprochen, einen allgemein gültigen Altersrahmen zu bestimmen. Jugend ist die Zeit zwischen dem Kindes- und dem Erwachsenenalter, allgemein beginnend mit der Pubertät und endend mit der individuellen Selbstständigkeit. Der Altersrahmen ist jedoch je nach Fachgebiet verschieden und die Übergänge zwischen Kindheit, Jugend und Erwachsenenleben sind fließend (Amreither 2000:7-9). Bei der Festlegung des Altersrahmens zeigt sich außerdem ein deutlicher Unterschied zwischen dem Gebrauch des Wortes „Jugend“ im japanischen und deutschen Sprachgebrauch, da es erfahrungsgemäß im Deutschen, anders als Japanischen, eher unüblich ist, den Begriff für Menschen ab dem etwa 20. Lebensjahr zu gebrauchen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist aber, dass sich die Dauer der Jugendphase ausdehnt. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich die Lebensphase „Jugend“ immer mehr verlängert, die Unter- wie auch Obergrenze betreffend (Amreither 2000:9). Hinsichtlich des Themas der vorliegenden Arbeit ist hier besonders die Obergrenze relevant. Allgemein kann die Altersphase „Jugend“ dann als abgeschlossen gelten, wenn ein Individuum seine persönliche und soziale Identität gefunden hat. Folgende drei „Meilensteine“ gelten als ausschlaggebend: Der Eintritt ins Erwerbsleben, der Auszug aus dem Elternhaus und die Heirat oder Gründung einer eigenen Familie (Stefenelli 2005:11). Im Falle Japans hat in den letzten Jahren ebenfalls eine zeitliche Verzögerung dieser Momente stattgefunden (Nakano und Wagatsuma 2004:137-139).

Da die politische Partizipation – allen voran das Wählen – einen wichtigen Aspekt dieser Arbeit ausmacht und das allgemeine Wahlrecht in Japan mit 20 Jahren vergeben wird, wird die Altersgruppe der 20 bis 29-Jährigen, im Zeitraum der Unterhauswahl 2009, als Analyseeinheit festgelegt. Nachdem die letzte nationale Wahl im Jahr 2009 stattfand, möchte ich daher die Alterskohorte der zwischen 1980 - 1990 geborenen JungjapanerInnen untersuchen. Da der japanische Begriff *wakamono* folglich nicht mehr mit dem Verständnis des Begriffs „Jugend“ in der deutschen Sprache übereinstimmt, werde ich im Folgenden die Begriffe „junge Erwachsene“ oder „junge Wahlberechtigte“ verwenden.

1.4.2 Definitionsversuche politischer „Apathie“

Um im Anschluss an die Analyse der Wahlbeteiligung feststellen zu können, ob bzw. welche Rückschlüsse sich auf die politische Apathie der jungen Wahlberechtigten ziehen lassen, bedarf es einer Klärung des Terminus „politische Apathie“.

Grundsätzlich wird der Terminus „politische Apathie“ im Zusammenhang mit Beschreibungen und Untersuchungen indifferenten politischen Verhaltens gebraucht. Mit ihm bezeichnet man zum einen das „sichtbare“ Verhalten innerhalb politischer Systeme und zum zweiten die Einstellung gegenüber einem politischen System, seinen Entscheidungsprozessen und Rollenträgern (Huth 2004:84).

Politische Apathie äußert sich zumeist in einer resignativen Haltung, kann aber zahlreiche Motive beinhalten. Beispiele wären Abscheu oder ein Ohnmachtsgefühl gegenüber Politik, aber auch Zufriedenheit und eine dementsprechende Gleichgültigkeit. Jedenfalls kann sie unter Umständen ein „Aspekt hoher Intelligenz und Sensibilität“ sein (Huth 2004:84-85). Das Wort „Apathie“, abgeleitet von dem griechischen Nomen „apatheia“, lässt zwar keine definitive Begriffsdefinition zu und unterliegt steten Veränderungen, jedoch konnte sich der Begriff in der Fachterminologie verschiedener Wissenschaftsdisziplinen und auch im alltäglichen Sprachgebrauch etablieren. Folgende Termini werden in Lexika und Nachschlagewerken mit dem Begriff in Verbindung gebracht: „Affektlosigkeit“, „Gleichgültigkeit“, „Indifferenz“, „Lethargie“ und „Passivität“ (Huth 2004:85-87).

Für die vorliegende Analyse wären die Konzepte des behavioristischen Lagers interessant, welche sich vor allem mit dem Verhalten von Personen und Gruppen mit

Bezug auf Input-Output-Prozesse des politischen Systems auseinandersetzen. Politische Apathie wird hier insbesondere als Nichtteilnahme an Wahlen und politischen Aktivitäten, geringe politisch orientierte Mitgliedschaft in Parteien oder Verbänden und Ignoranz gegenüber politischen Informationen und Informationsträgern verstanden. Da der Fokus hierbei jedoch auf einfachen Verhaltensweisen liegt, wird die Komplexität des Phänomens vernachlässigt (Huth 2004:88-89). In der amerikanischen Sozialforschung wurden daher Einstellungssyndrome, wie beispielsweise Anomie, Entfremdung, Gefühl politischer Wirkungslosigkeit und politischer Zynismus, in die Konzepte aufgenommen. Jedoch wurden auch diese Konzepte teilweise kritisiert (Huth 2004:89).

Letztlich zeichnen sich in der Apathieforschung vier wesentliche Ansätze ab. Der psychologische Ansatz versucht politische Apathie vor allem anhand von Persönlichkeitsfaktoren zu erklären. Der soziologische Ansatz interpretiert politische Apathie als eine Funktion der sozialen Umwelt. Der sozialpsychologische Ansatz verknüpft die beiden vorangegangenen Ansätze und betrachtet das Phänomen als sowohl von Persönlichkeits- als auch Sozialstrukturen beeinflusst. Der demokratiethoretische Ansatz schließlich bezieht sich vor allem auf das politische System und die daraus abgeleiteten Positionen eines Individuums. Der sozialpsychologische Ansatz scheint, da er individuelle und gesellschaftliche Komponenten miteinbezieht, am besten geeignet, politische Apathie adäquat zu identifizieren und zu beurteilen - auch wenn diese nie als „Non-plus-Ultra“ einer Analyse gehandelt werden darf (Huth 2004:90-91).

Will man anhand der Analyse der Wahlbeteiligung also eine Aussage über die politische Apathie treffen können, die nicht einfache Schlussfolgerung der Nicht-Wahlteilnahme ist, so muss man individuell-persönliche, soziale aber auch institutionelle Positionen der untersuchten Personengruppe in die Analyse mit einbeziehen. Nichtsdestotrotz muss man sich aber bewusst sein, dass eine allgemein gültige Verifizierung oder Falsifizierung der Annahme zur politischen Apathie Japans junger Erwachsener wohl nicht möglich ist.

2 Theoretische Überlegungen zu Wahlen und Wahlverhalten

Das folgende Kapitel dient der Konstruktion des theoretischen Unterbaus der Analyse des Wahlverhaltens. Ziel ist es, nach der Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Wahlen selbst und der Darstellung anerkannter Annäherungen an die Wahlbeteiligung, ein Analyseschema zu konstruieren, das für die Untersuchung der Wahlbeteiligung, im speziellen Fall junger Erwachsener im gegenwärtigen Japan, geeignet ist.

2.1 Wahlen als Form politischer Partizipation

In westlichen Demokratien stellen Wahlen eine verfasste, legale und konventionelle Form der politischen Partizipation dar (Gaisböck und Walter 2005:18). So auch in Japan. Zu den verfassten Partizipationsmöglichkeiten zählen in Japan die Wahlen zu den beiden Kammern des nationalen Parlaments (Unter- und Oberhaus), zu den Lokalparlamenten sowie Bürgerabstimmungen und -initiativen, insoweit diese im Gesetz verankert sind (Neumann 2002:93). Generell gilt die Beteiligung an Wahlen in demokratischen politischen Systemen als wichtigste politische Verhaltensweise und ist außerdem für zahlreiche BürgerInnen die einzige oder häufigste Form der politischen Partizipation (Caballero 2005:329). Im Sinne der ökonomischen Theorie ist die Stimmabgabe, verglichen mit anderen Formen der politischen Partizipation, mit geringeren Kosten für die BürgerInnen verbunden (Gaisböck und Walter 2005:18). Angesichts dessen verwundert es nur wenig, wenn eine niedrige oder sinkende Wahlbeteiligung große Aufmerksamkeit in den Medien erfährt und über mögliche Motive der Wahlenthaltung spekuliert wird (Caballero 2005:329). In der wissenschaftlichen Diskussion um die Krisenhaftigkeit der sinkenden Wahlbeteiligung gibt es zwei Thesen.

Der Normalisierungsthese zufolge ist die sinkende Wahlbeteiligung als Prozess zu verstehen, welcher zur Angleichung an demokratische Standards anderer westlicher Demokratien, wie den USA und der Schweiz, in denen eine Wahlbeteiligung von 50% oder geringer seit langem als normal gilt, führt. Eine über einen langen Zeitraum extrem hohe Wahlbeteiligung gilt hier als untypisch (Gaisböck und Walter 2005:24).

Die Krisenthese interpretiert das Absinken der Wahlbeteiligung sehr wohl als krisenhaft, da keineswegs nur politisch Uninteressierte, sondern auch Politikinteressierte und Personen mit hohem formalem Bildungsgrad sich bei Wahlen ihrer Stimme enthalten. Der Krisenthese zufolge ist die Wahlenthaltung als deutlicher Ausdruck von Unzufriedenheit oder einer Proteststimmung zu verstehen (Gaisböck und Walter 2005:25).

Nun stellt sich die Frage, ob in der Wahlenthaltung eine Gefahr für die Demokratie gesehen werden kann. Laut Anthony Downs liegt der Nutzen des Wählens in seinem „langfristigen Partizipationswert“, welcher eben genau in der Aufrechterhaltung der Demokratie liegt. Arend Lijphart vertritt desweiteren die Ansicht, dass eine niedrige Wahlbeteiligung nachhaltig einen großen Schaden für demokratische Systeme bedeuten kann. Schließlich wird durch die Wahlen bestimmt, wer die Positionen einnimmt, von denen aus politische Entscheidungen getroffen werden. Lijphart versteht das Wählen im weiteren auch als „democratic class struggle“, da es entscheidend dafür ist, entlang welcher sozioökonomischer Interessen die Politik folglich gestaltet wird (Gaisböck und Walter 2005:26; 46). Kōno Takeshi warnt desweiteren, dass junge Wahlberechtigte mit ihrer Stimmenthaltung in die Hände der Politiker spielen, da Indifferenz mit dem Nicht-Widerstand gegenüber den Gesetzgebern gleichzusetzen ist (Nagata 2008a).

Der Stimmenthaltung allgemein kann daraus folgernd ein gewisses „Gefahrenpotential“ nicht abgesprochen werden, auch wenn in keinem Fall vorherzusagen ist, welche Entwicklungen die Demokratie, aber auch die Wahlbeteiligung selbst betreffend, in Zukunft zu erwarten sind.

2.2 Erklärungsansätze zur sinkenden Wahlbeteiligung in der Forschung

Befragt man Wahlberechtigte nach den Gründen, die sie zur Wahl oder Nicht-Wahl bewegen, sind die Antworten vielfältig. So beantworten beispielsweise die Befragten einer Umfrage die Frage „Warum gehen Sie nicht zur Wahl?“ mit „Ich habe kein Interesse an Politik“ und „Egal wen ich wähle, es ändert sich nichts in der Politik“, aber auch „Zu umständlich“ und „Ich bin zu beschäftigt“ (Kubota, Kusaka und Fujisaki 2006). Diese Antworten legen politisches Desinteresse und eine mangelnde Akzeptanz der Wahlnorm als Ursachen der geringen Wahlbeteiligung nahe, jedoch

ist die Entscheidung zur Wahlteilnahme komplex und wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Ich möchte daher zunächst diverse Erklärungsansätze zur Wahlbeteiligung vorstellen und diese dann mit dem Fall junger wahlberechtigter JapanerInnen in einen Kontext setzen, um ein möglichst umfassendes Analyseschema für die Einflussgrößen des Wahlverhaltens bzw. der Stimmenthaltung zu erstellen. Das folglich angewandte Analyseschema ist schließlich Produkt des Sondierungsprozesses der vorgestellten etablierten Annäherungen an das Wahlverhalten und soll eine umfassende Perspektive auf die Determinanten der Wahlenthaltung junger Erwachsener in Japan ermöglichen.

In der Nichtwählerforschung greift man auf theoretische Ansätze aus der Wahl- und Partizipationsforschung zurück, welche sich teilweise überschneiden und auch ergänzen (Caballero 2005:330). Im Folgenden möchte ich nun zunächst die klassischen Wahlverhaltenstheorien vorstellen.

Die Partizipationsforschung betrachtet die Wahlbeteiligung als eine Form der politischen Beteiligung und liefert ein Erklärungsmodell, welches Einflussgrößen auf der Mikro-, Meso- wie auch Makro-Ebene² berücksichtigt. Die Wahlforschung wiederum sieht die Wahlbeteiligung als Teil der Wahlentscheidung zugunsten einer Partei oder eines Kandidaten, weshalb deren Bestimmungsgrößen ebenfalls für die Erklärung der Wahlbeteiligung herangezogen werden können. Zu den klassischen Wahlverhaltenstheorien der Wahlforschung zählen der soziologische, der sozialpsychologische und der rationalistische (Rational Choice) Ansatz (Caballero 2005:330). Es handelt es sich hierbei um drei etablierte Ansätze zum Wahlverhalten, die empirische Analysen aber auch normativ-theoretische Abhandlungen miteinschließen, sich zwar sehr voneinander unterscheiden (Gaisböck und Walter 2005:27), sich jedoch auch ergänzen. Werden sie in erweiterter Form betrachtet, so können auch die Wirkungsmechanismen der Partizipationsforschung in sie integriert werden (Caballero 2005:330-336).

² Phänomene der Mikroebene: Der Einfluss von Einstellungen und sozialstrukturellen Merkmalen des einzelnen Bürgers. Phänomene der Makroebene: Der Einfluss von rechtlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft. Phänomene der Meso-Ebene: Der Einfluss von sozialen Gebilden, welche zwischen dem Individuum und der Gesellschaft liegen, wie beispielsweise soziale Netzwerke oder intermediäre Gruppen wie Parteien oder Interessensorganisationen (Caballero 2005:331).

Da der soziologische, wie auch der sozialpsychologische Ansatz auf eine längere Tradition in der Forschung zurück blicken, liefern sie eine Fülle an empirischen Befunden über die Einflussgrößen der Wahlbeteiligung. Demgegenüber kann der rationalistische Ansatz, in dem es eher um eine theoretische Einbettung der Beteiligungsentscheidung geht, kaum empirische Befunde vorweisen (Caballero 2005:330). Der folgende Überblick stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

2.2.1 Der rationalistische Ansatz

Grundlage des rationalistischen Ansatzes, welcher auf Downs (1957) und in seiner Erweiterung *Calculus of Voting* auf William H. Riker und Peter Ordeshook (1968) zurückgeht (Caballero 2005:337), ist die Annahme, dass der Mensch sich in seinen Handlungen rational verhält. Um die Frage zu beantworten, ob es rational ist, sich an den Wahlen zu beteiligen, stellt „der rationale Bürger“ ein „Kosten-Nutzen-Kalkül“ an. Gegenstück zum rationalen Menschen (*homo oeconomicus*) ist der Mensch, dessen Handlungen von Gewohnheiten, Rollen und Wertvorstellungen bestimmt werden (*homo sociologicus*). Während in den beiden anderen klassischen Ansätzen davon ausgegangen wird, dass das Verhalten von sozialen bzw. sozialpsychologischen Determinanten bestimmt wird, ist das Handeln dem rationalistischen Ansatz zufolge Ergebnis bewusster individueller Entscheidungen. Dargestellt wird dies in einem Modell mit möglichst einfachen (mathematischen) Mitteln. Der individuelle Nutzen (R, *reward*) errechnet sich hierbei aus dem Produkt des erwarteten Nutzens (B, *benefit*) im Falle eines Sieges der gewählten Partei und der Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme zum Sieg beiträgt (p, *probability*). Schließlich muss der erwartete Nutzen $p \times B$ die Kosten (C, *costs*) übersteigen: $R = p \times B - C > 0$ (Gaisböck und Walter 2005:43-45).

Die Kosten können in drei Gruppen aufgeteilt werden. Informations- und Entscheidungskosten bestehen darin, Informationen zur Wahl aufzunehmen, diese zu verarbeiten und eine Entscheidung zu treffen. Wahlspezifische Kosten entstehen durch die in einigen Staaten notwendige Registrierung oder das Entrichten einer Wahlsteuer. Die Zeit und Energie, welche den BürgerInnen nicht mehr für alternative Möglichkeiten der Beschäftigung zur Verfügung stehen, bezeichnet man schließlich als Opportunitätskosten (Caballero 2005:337).

Grundsätzlich ist man der Ansicht, dass das Wählen die einfachste Art der politischen Partizipation darstellt. Miyake Ichirō rückt besonders folgende drei Faktoren in den Mittelpunkt: Das Stattfinden mehrerer Wahlen an demselben Tag, das Klima am Wahltag und institutionelle Faktoren der Wahlen (Miyake 2005b:85). 1980 und 1986 fanden in Japan zwei Wahlen an demselben Tag statt - mit einer hohen Wahlbeteiligung. Miyake begründet dies damit, dass die Wahlen in den Medien viel behandelt wurden, wodurch das Interesse stieg und die Wahlpropaganda heftiger als bei Einzelwahlen war, was deren Wirkung verstärkte, aber auch damit, dass Wahlberechtigte mit einem Mal die Kosten des Wählens bestreiten konnten. Auch das Wetter am Wahltag übt einen großen Einfluss aus. Besonders der Einfluss von Regen auf die Wahlbeteiligung ist schon oft bewiesen worden. Bei Regen steigen die Kosten. Man sagt, bewölktetes Wetter sei gutes Wahlwetter (Miyake 2005a:76).

In manchen Formeln wird außerdem die Komponente „Parteidifferenzial“ (U , *utility*)³ erwähnt. Der erwartete Nutzen ist nicht nur davon abhängig, wie hoch das Individuum die Wahrscheinlichkeit einschätzt, mit seiner Stimme den Ausgang der Wahl beeinflussen zu können, weshalb diese Wahrscheinlichkeit multiplikativ mit dem Parteidifferenzial verknüpft wird. Der erwartete Nutzen ergibt sich schließlich aus der Differenz der Nutzenkomponente: $p \times U$ und den Kosten. Überwiegt letztlich der Nutzen die Kosten, so entscheidet sich der rationale Bürger zur Teilnahme an der Wahl. Ist dem nicht so, wird er der Wahl fernbleiben. Jedoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme den Wahlausgang entscheidet, abhängig von der Knappheit des Wahlausgangs und der Größe des Elektorats, meist verschwindend gering, weshalb in diesem Modell die Entscheidung des Bürgers zu wählen irrational wäre, was wiederum empirisch beobachtbaren Wahlbeteiligungsraten widerspricht (Caballero 2005:337-338). Hinzu kommt, dass der erwartete Nutzen bei einem Sieg der unterstützten Partei dermaßen gering ist, dass selbst die grundlegendsten Kosten diesen übersteigen würden (Gaisböck und

³ Der rationale Bürger wägt ab, welchen Nutzen er von den zur Wahl stehenden Kandidaten oder Parteien erwarten kann, wenn diese die Wahl gewinnen. Je stärker die Nutzwerte (U) zwischen den Parteien bzw. Kandidaten sich an Null annähern, desto geringer ist der Anreiz zu wählen. Jedoch bedeutet eine starke Differenz von Null nicht automatisch, dass die Person sich an der Wahl beteiligt, schließlich kann er dieses Nutzeneinkommen auch erzielen ohne eine Stimme abzugeben (Caballero 2005:337).

Walter 2005:46). Die trotzdem „hohe“ Beteiligung an Wahlen wird in diesem Zusammenhang als *paradox of voting* bezeichnet. Zur Auflösung dieses Paradoxons wurde versucht einerseits die angeführten Komponenten neu zu bewerten und andererseits die Formel um weitere Komponenten zu erweitern (Caballero 2005:337-338).

Riker und Ordeshook versuchten das Paradoxon des Wählens durch das Hinzufügen der Nutzenkomponente Pflichtgefühl (D , *duty*) zu lösen: $R = p \times B - C + D$ (Gaisböck und Walter 2005:46). Diese besteht in dem subjektiven Nutzen des Erhalts der Demokratie oder aber auch in der Bürgerpflicht der Wahlbeteiligungsnorm zu folgen; seine Heimat, das politische System, seine Partei, seinen Kandidaten zu unterstützen; sich politisch wirksam zu fühlen oder Spaß am Wahlakt zu haben. Überwiegt der Nutzen nun die Kosten, ist es rational sich an der Wahl zu beteiligen. Jedoch wurde dieser Lösungsversuch als trivial kritisiert (Caballero 2005:338) und es bestehen zwei theoretische Probleme. Erstens bleibt das Problem bestehen, dass die Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Stimme den Wahlausgang zu beeinflussen, gering ist. Zweitens ist die Erklärung der Wahlbeteiligung anhand der Wahlnorm unzulässig, da der Begriff „Wahlnorm“ so definiert ist, dass die Teilnahme an der Wahl eine Verpflichtung darstellt, der man nachkommen sollte, und die Variable daher in diesem Modell für den Erkenntnisgewinn ungeeignet ist. Folglich können Riker und Ordeshook nicht zur Auflösung des Paradoxons beitragen. Auch andere Lösungsvorschläge, wie beispielsweise das Minimax-Regret-Modell, scheitern. Dadurch erhält man den Eindruck, dass es weder durch die Einführung weiterer Komponenten noch durch andere Änderungen gelöst werden kann, ohne von den Grundsätzen einer Theorie des rationalen Handelns abzukommen (Gaisböck und Walter 2005:47-49).

Ansätze, die sich mit der wahrgenommenen Wahrscheinlichkeit, die wahlentscheidende Stimme abzugeben, beschäftigen, erscheinen erfolgsversprechender. Empirische Analysen zeigen aber, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten p als sehr klein wahrnimmt (Caballero 2005:339) und Miyake drückt es folgendermaßen aus: Wer denkt, dass seine Stimme keine Macht besitzt, wird eher nicht wählen. Die Macht einer einzelnen Stimme steht im umgekehrten Verhältnis zur Anzahl der Wahlberechtigten in einem Wahlbezirk. Ist die Anzahl der Wahlberechtigten gering, so ist die Wahlbeteiligung eher groß. Die Heftigkeit des

Wahlkampfes wiederum, hat nicht direkt mit der Anzahl der Wahlberechtigten zu tun, sondern mit den sich gegenüberstehenden Kandidaten. Die Wahlberechtigten gehen eher zur Wahl, wenn der Wahlkampf sehr heftig ist, weil sie denken, dass ihre Stimme dann von größerer Bedeutung sein könnte. Bei einer windstillen Wahl ist eine hohe Wahlbeteiligung eher unwahrscheinlich. Ein weiterer Aspekt der „Entscheidungsmacht“ einer Stimme ist die subjektive Gewinnchance des Kandidaten, den man unterstützt. Eine Untersuchung von Miyake und Nishizawa Yoshitaka ergab, dass die subjektive Gewinnchance keine Auswirkung hat. Nishizawa interpretiert, dass man einen Kandidaten, den man unterstützt, wählen wird, egal wie seine Gewinnchancen stehen. Dies könnte auch mit einem Pflichtgefühl gegenüber dem Kandidaten zu tun haben (Miyake 2005a:75). Es gilt aber zu beachten, dass obwohl die subjektiv empfundene Knappheit des Wahlausgangs keine oder eher schwache Effekte auf die Wahlbeteiligung ausübt, die objektive Knappheit positiv mit der Wahlbeteiligung korreliert (Caballero 2005:339).

Alternativ zur objektiven Knappheit kann auch ein Vermittlungsmechanismus herangezogen werden, der die Rolle von Akteuren auf der Meso-Ebene (Parteien, Gruppen, Kandidaten) betont. Bei einem knappen Wahlausgang sind die Chancen größer, dass die Mobilisierungsanstrengungen der Akteure diesen positiv beeinflussen, da diese die Kosten des Wahlaktes reduzieren und gleichzeitig sozialen Druck auf die Wahlberechtigten ausüben, sich zu beteiligen, wodurch die immateriellen Kosten der Stimmenthaltung erhöht werden (Caballero 2005:340).

Der rationalistische Ansatz steht auch in enger Verbindung mit dem *Attractive-Choice-Approach* (*tōhateki shikō*, Annäherung über die parteiliche Ausrichtung), welcher davon ausgeht, dass Wahlberechtigte unter Umständen eher dazu tendieren zu wählen, wenn sie eine Partei (oder einen Kandidaten) ansprechend finden (Miyake 2005b:85). Das Vorhandensein einer hochgradigen parteilichen Empfindung ist bei dieser Annäherung Voraussetzung (Miyake 2005a:72-73).

Da der Wahlgang für die meisten BürgerInnen geringe Kosten und gleichzeitig einen geringen Nutzen darstellt, ist der rationalistische Ansatz zur Erklärung der Wahlbeteiligung letztlich nur bedingt geeignet. Versuche, das Wahlbeteiligungsparadoxon durch eine Erweiterung zu lösen, führen dazu, dass dieser folglich kaum mehr von dem sozialpsychologischen Ansatz zu unterscheiden

ist. Letztlich wurde der rationalistische Ansatz noch nicht in gewünschtem Maße in empirischen Analysen eingesetzt (Caballero 2005:343-344). Daher wird er in der Gestaltung eines Analyseschemas bloß eine untergeordnete Rolle spielen.

2.2.2 Der sozialpsychologische Ansatz

Der sozialpsychologische Ansatz geht davon aus, dass das Verhalten von Einstellungen bestimmt wird (Caballero 2005:345) und greift damit auf individualpsychologische Variablen zurück. Das heißt, die Entscheidung zum Wahlgang ist nicht primär sozialstrukturell bestimmt, sondern entsteht aus der Summe verschiedener kurz- und langfristiger Einflussfaktoren. Der Michigan-Schule zufolge wird die Wahlentscheidung von drei zentralen Einstellungsdimensionen bestimmt: Von der psychologischen Parteimitgliedschaft, gemessen in Form der Variable „Parteiidentifikation“ (*party identification*), der Kandidatenorientierung (*candidate partisanship*) und der Themenorientierung (*issue partisanship*) (Gaisböck und Walter 2005:38).

Die Einstellungen zu Themen und Kandidaten sind der Wahlentscheidung direkt vorgelagert und damit kurzfristig, während die Parteiidentifikation stabil und langfristig ist und mit diesen in einer Wechselwirkung steht. Außerdem werden dem sozialpsychologischen Ansatz auch die sogenannten *civic orientations* hinzugerechnet. Sie werden in der Primärsozialisation in der Familie vorgeformt und in der politischen Sekundärsozialisation in der Kommunikation mit Personen aus dem Umfeld (Freunde, Arbeitskollegen) gefestigt. Zumeist werden folgende fünf langfristig stabile *civic orientations* untersucht: Das Wahlpflichtgefühl (auch „Akzeptanz der Wahlnorm“ genannt), die Parteiidentifikation, die politische Involvierung, die Formen der politischen Zufriedenheit (also theoretische Einstellungen gegenüber den Objekten des politischen Systems) und *political efficacy* (Gefühl der politischen Wirksamkeit). In ihrer Summe kann man diese Einstellungsdimensionen als Ausmaß der individuellen psychologischen Verbundenheit mit dem politischen System betrachten. Je stärker diese Einstellungen ausgeprägt sind, das heißt je stärker eine Person psychologisch in das System eingebunden ist, desto eher wird sie sich an der Wahl beteiligen (Caballero 2005:344-345).

Die (Akzeptanz der) Wahlnorm bezeichnet die Einstellung, dass es in einer Demokratie zur Bürgerpflicht gehört, an Wahlen teilzunehmen. Es wird vermutet,

dass Größen wie die Parteiidentifikation oder das politische Interesse die Akzeptanz der Wahlnorm begünstigen. Die Wahlnorm hat im Laufe der Zeit zwar in ihrer Wirkung eingebüßt, jedoch erfüllt sie noch immer eine wichtige Binfunktion, indem sie auch politisch weniger stark Interessierte zur Wahlteilnahme bewegen kann. Desweiteren ist die Tendenz zu beobachten, dass die Wahlnorm in jüngeren Altersgruppen unterdurchschnittlich und in älteren überdurchschnittlich wirksam ist. Dies kann man einerseits mit den Lebenszykluseffekten und andererseits den Generationeneffekten ⁴ begründen. Desweiteren sind Veränderung in den Wertprioritäten und der generelle Bedeutungsverlust von Pflicht- und Akzeptanzwerten beobachtbar⁵ (Caballero 2005:345-346).

Die Parteiidentifikation ist ebenfalls eine wichtige Einflussgröße der Wahlbeteiligung. Auch „Parteiorientierung“ genannt, wird diese hierbei nicht zwingend als formale, aktive Mitgliedschaft, sondern viel mehr als psychologische Bindung verstanden (Gaisböck und Walter 2005:38). Sie fördert eine langfristige stabile, emotionale Bindung an eine politische Partei, die psychologische Einbindung in die Politik und wirkt sich desweiteren positiv auf die Wahlbeteiligung aus. Welcher Partei man sich verbunden fühlt ist in diesem Fall eher zweitrangig, wichtiger ist ihre Intensität. Je intensiver die Bindung zu einer Partei ist, desto größer ist die Chance, am Wahltag diese Verbundenheit in Form einer Stimmabgabe auszudrücken. Empirisch stellt die Parteiidentifikation eine der stärksten Einflussgrößen dar (Caballero 2005:346-347).

Langfristig lässt sich eine Entwicklung beobachten, die man als Dealignment bezeichnet. Weniger Personen weisen eine Parteiidentifikation auf, welche zudem auch in ihrer Intensität abgenommen hat. Man nimmt an, dass diese Entwicklung einer der Hauptgründe für die abnehmende Wahlbeteiligung ist. Nichtsdestotrotz übt

⁴ Lebenszykluseffekte: Mit zunehmendem Alter wird die Einbindung in das politische System stärker und konventionelle Werte gewinnen an Bedeutung. Generationeneffekte: Die Wahlnorm wurde von älteren Generationen in deren jungen Jahren stärker internalisiert, während sie bei jüngeren Generationen, welche zu einem späteren Zeitpunkt sozialisiert wurden, an Bedeutung verlor (Caballero 2005:346).

⁵ Dies führt nicht nur zu dem Rückgang der Wahlbeteiligung, sondern etwa auch zu veränderten Partizipationsbedürfnissen. So ist auch der Wunsch entstanden sich politisch stärker zu engagieren, jedoch stellt die Wahlbeteiligung kein effektives Mittel hierfür mehr dar. Der Rückgang der Wahlbeteiligung kann dementsprechend auch als Ausdruck der Skepsis gegenüber dem Wahlakt, der konventionellen Partizipation, interpretiert werden. Diese Annahme ist jedoch nicht empirisch belegt, im Gegenteil, unter den Befürwortern neuer Beteiligungsformen lässt sich sogar eine leicht höhere Wahlbeteiligung beobachten (Caballero 2005:345-346).

die Parteiidentifikation immer noch einen großen Einfluss aus, da sie, ähnlich wie die Wahlnorm, auch politisch Desinteressierte zur Wahlteilnahme bewegt. Zwischen der Parteiidentifikation und der Wahlbeteiligung lassen sich auch die Größen Kandidatenorientierung und Themenorientierung ansiedeln (Caballero 2005:347). Laut der Michigan School ist die Parteiidentifikation jedoch der wesentliche Indikator für die Wahlbeteiligung, da BürgerInnen ohne psychologische Parteibindung sich weniger verpflichtet fühlen an der Wahl teilzunehmen und Kandidaten- und Themenorientierung eher kurzfristige Einflussfaktoren sind (Gaisböck und Walter 2005:43).

Desweiteren ist anzumerken, dass die drei Orientierungen sich gegenseitig verstärken, sofern sie in dieselbe Richtung weisen, was schließlich in der Wahl der jeweiligen Partei resultiert. Zeigen sie jedoch in konträre parteipolitische Richtungen, hemmen sie sich durch diese sogenannten psychologischen *cross pressures* wechselseitig. In Deutschland wurde dieses Einstellungstrias kaum für die Analyse der Wahlbeteiligung angewendet, jedoch lässt sich beobachten, dass die Abwesenheit aller drei Orientierungen die höchsten Nichtwählerraten hervorbringt (Caballero 2005:347) und schon durch das Wegfallen einer der drei Variablen die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl steigt (Gaisböck und Walter 2005:43).

Die individuelle politische Involvierung ist ebenfalls von großer Bedeutung für die Erklärung der Wahlbeteiligung, denn je stärker eine Person psychologisch in den Bereich der Politik involviert ist, desto wahrscheinlicher ist eine Stimmabgabe. Eine der stärksten Einflussgrößen der Wahlbeteiligung ist hierbei das politische Interesse, welches als Indikator für das Ausmaß der politischen Involvierung gilt. Es muss aber auch beachtet werden, dass die Zunahme des Nichtwähleranteils auch auf die nachlassende Beteiligung unter politisch interessierten BürgerInnen zurückzuführen ist. Vor allem die Wahlenthaltung unter BürgerInnen mit starkem politischen Interesse und fehlender Wahlnorm hat überdurchschnittlich zugenommen. Das bedeutet, dass der Anteil politisch Interessierter unter den NichtwählerInnen stark angestiegen ist und NichtwählerInnen grundsätzlich nicht mit politisch Desinteressierten gleichzusetzen sind (Caballero 2005:348).

Gleich den Überlegungen zur politischen Involvierung, stellt Miyake die Annäherung über die politische Anteilnahme (*seiji-kanyo*) und Sozialisierung vor. Auch „political involvement approach“ genannt, geht man bei dieser Annäherung

davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme mit der psychischen Anteilnahme steigt. Psychologische Variablen sind etwa das politische Interesse, das Gefühl der politischen Wirksamkeit, die Wahlnorm, das Empfinden politischer Macht (*seiji-yūryokukan*), das Vertrauen in die Politik, die Intensität der Partei-Unterstützung und das Ausmaß der Zuneigung zum Wohnort⁶ (*chiiki-aichaku-do*). Politikinteresse und Wahlnorm werden hier ebenfalls als besonders effektiv erachtet. Da diese Variablen oft durch den politischen Sozialisierungsprozess genährt werden, nennt man diese Annäherung die „Sozialisierungs-Annäherung“. (Miyake 2005a:70-71, Miyake 2005b:86).

Das Konzept der politischen Unterstützung ist eines der zentralen Konzepte innerhalb der Soziologie und findet Anwendung, wenn es um politische Unzufriedenheit, Verdrossenheit und politische Entfremdung geht. Für die verschiedenen Formen politischer Unterstützung gibt es eine Fülle an Indikatoren, welche in bivariater Betrachtung mehr oder weniger mit der Wahlbeteiligung in Zusammenhang stehen. Beispiele hierfür wären etwa die Bewertung des Zustands der Gesellschaft, der Glauben an die Legitimität der politischen Ordnung, die Zufriedenheit mit der Demokratie, die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die Bewertung der Regierungsleistung oder der politischen Parteien. In multivariater Betrachtung werden nun einzelne dieser Indikatoren zusammengefasst. Es wurde bisher beobachtet, dass der Nichtwähleranteil sowohl unter den Unzufriedenen als auch Zufriedenen gestiegen ist (Caballero 2005: 348-349).

Das Konzept der *political efficacy* ist theoretisch eng mit den Einstellungen des Konzepts der politischen Unterstützung verbunden. Es wird zwischen zwei Dimensionen unterschieden: Dem politischen Kompetenzbewusstsein (*internal efficacy*) und dem Gefühl der politischen Responsivität (*external efficacy*). Je schwächer diese beiden ausgeprägt sind, desto wahrscheinlicher ist eine Stimmenthaltung (Caballero 2005: 349-350).

Eine Untersuchung in Deutschland zeigte, dass ein signifikanter bivariater Zusammenhang beinahe aller bisher genannten Einflussgrößen mit der Wahlbeteiligung besteht, auch wenn die Erklärungsleistung dieser Analysen

⁶ Bei Personen, die eine starke Verbundenheit zu ihrem Wohnort verspüren, besteht große Wahrscheinlichkeit, dass sie wählen gehen. Diese Variable steht auch mit der Dauer der Ortsansässigkeit und dem Familienstand in Verbindung (Miyake 2005a:72).

eingeschränkt ist, da sie stark von Drittvariablen abhängen können. Die vier wichtigsten Einflussgrößen sind: 1. die Wahlnorm, 2. das Politikinteresse, 3. die Parteiidentifikation und 4. die Kandidatenorientierung. Bis auf diese vier Ausnahmen wurden keine signifikanten Effekte auf die Wahlbeteiligung beobachtet (Caballero 2005: 350-352). Der sozialpsychologische Ansatz ist eine wichtige Ergänzung zu den soziostrukturellen Modellen (Gaisböck und Walter 2005:43).

2.2.3 Die soziologischen Ansätze

Die soziologischen Ansätze subsumieren eine Reihe an Forschungsansätzen, welche die Beziehung von sozialstrukturellen Merkmalen mit dem Wahlverhalten betrachten und die Erklärungsleistung dieser Merkmale für die Herausbildung politischer Einstellungen betonen. Es gibt zwei klassische Studien: Den mikrosoziologischen Ansatz der Columbia School und den makrosoziologischen Ansatz von Lipset und Rokkan. Durch die Verbindung beider Perspektiven lässt sich untersuchen, unter welchen Voraussetzungen Wahlberechtigte einerseits zur Wahl einer bestimmten Partei und andererseits zur Wahlenthaltung neigen (Caballero 2005:353).

Im Mittelpunkt des mikrosoziologischen Ansatzes steht ein Interaktionsmodell, nach dem politische Einstellungen und Verhaltensweisen von sozialen Kontakten geprägt werden. Grundlage dieser Annahme ist, dass das Individuum versucht mit seiner Umwelt möglichst im Einklang zu leben und folglich die individuellen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen an die in der Gruppe vorherrschenden Einstellungen und Verhaltensweisen annähert (Caballero 2005:354).

Demnach entscheiden sich Wahlberechtigte zur Wahlteilnahme bzw. Wahl einer bestimmten Partei oder eines Kandidaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit den gleichen sozialen Eigenschaften. Laut Georg Simmels „Theorie der sozialen Kreise“ bewegt sich jedoch jeder Mensch in verschiedenen sozialen Kreisen, welche durch Faktoren wie Alter, Geschlecht, Beruf, Bildung, Konfession und Wohnort bestimmt werden und für das gesellschaftliche und politische Verhalten der Menschen entscheidend sind (Gaisböck und Walter 2005:28-29). Wenn von diesen verschiedenen Gruppen verschiedenartige parteipolitische Einflüsse ausgehen, die Personen sogenannten *cross pressures* ausgesetzt sind, hemmen

sich diese konträren Normen gegenseitig (Caballero 2005:354), macht sie dies zu potenziellen Wechsel- oder auch NichtwählerInnen (Gaisböck und Walter 2005:28-29). Demgegenüber haben Menschen, die nur einer schwachen sozialen Kontrolle durch ihr Umfeld ausgesetzt sind, kaum Sanktionen bei Nichtbefolgung der Wahlnorm zu befürchten, was die Wahlenthaltung begünstigt (Caballero 2005:356-357).

Indikatoren für die Einbindung in das Umfeld sind auch der Familienstand, die Haushaltsgröße oder Mitgliedschaften in gesellschaftlichen Organisationen. In der empirischen Forschung lässt sich beobachten, dass insbesondere unverheiratete Menschen, Menschen, die in Ein-Personen-Haushalten leben, und Personen ohne Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation überdurchschnittlich zur Stimmenthaltung tendieren. Vor allem in früheren Studien wurden NichtwählerInnen als sozial isoliertes Segment charakterisiert (Caballero 2005:357). In einer Studie der Columbia School wurde festgestellt, dass für NichtwählerInnen nicht in derselben Art wie für WählerInnen gemeinsame soziostrukturelle Merkmale nachgewiesen werden konnten. Bloß im Wahlverhalten für Männer und Frauen konnte statistisch ein Unterschied festgestellt werden⁷. Folglich wurden in der Untersuchung als zentrale Indikatoren weniger soziostrukturelle Merkmale als vielmehr Aspekte wie das Politikinteresse herangezogen. Diese hängen jedoch wiederum stark vom sozioökonomischen Status ab, wodurch ein indirekter Einfluss bestehen bleibt. Auch der mikrosoziologische Ansatz der Columbia School wird für seine methodische Durchführung kritisiert (Gaisböck und Walter 2005:30-31).

Laut Thomas Kleinhenz sind WählerInnen und NichtwählerInnen vor allem durch die Merkmale sozioökonomischer Status, Alter und sozialer Integrationsgrad zu unterscheiden. Zum Bereich des sozioökonomischen Status gehören die Einflussgrößen formaler Bildungsgrad, Berufsstand und Einkommen, welche nicht nur untereinander (Gaisböck und Walter 2005:31-32), sondern auch alle drei positiv mit der Wahlbeteiligung korrelieren. Aus Perspektive der Partizipationsforschung gilt der sozioökonomische Status bzw. die damit verbundene Ressourcenausstattung (Wissen, Wohlstand, Zeit) als bedeutende direkte Erklärungsgröße der politischen

⁷ Betrachtet man das Merkmal Geschlecht, so zeigt sich, dass Männer gewöhnlich eine geringfügig stärkere Wahlbeteiligung als Frauen aufweisen (Caballero 2005:358), jedoch ist die Bedeutung des Geschlechts umstritten (Gaisböck und Walter 2005:32).

Beteiligung. Personen mit hoher sozioökonomischer Ressourcenausstattung haben einen leichteren Zugang zur Politik und beteiligen sich infolgedessen stärker (Caballero 2005:358).

Der soziale Integrationsgrad schließlich befindet sich eigentlich bereits auf der Meso-Ebene zwischen dem Individuum und einer strukturell gefestigten Gruppe. Es besteht die Annahme, dass sozial integrierte Personen eher zur Wahlteilnahme neigen, weil sie ihren Status und ihre Interessen wahren wollen, während außerhalb der Gesellschaft stehende BürgerInnen sich ihrer Stimme enthalten. Dem wird aber das Argument gegenübergestellt, dass gerade diese Personen, an der Änderung ihres Status Interesse haben müssten und folglich überdurchschnittlich an Wahlen partizipieren würden. Letztlich gilt aber auf jeden Fall, dass der soziale Integrationsgrad eine wichtige Erklärungsgröße der Wahlbeteiligung darstellt (Gaisböck und Walter 2005:34).

Seymour M. Lipsets und Stein Rokkans makrosoziologisches Erklärungsmodell bringt die soziostrukturell verankerten Parteipräferenzen in einen sozial- und politikgeschichtlichen Zusammenhang und geht davon aus, dass gesellschaftliche Konflikte im Parteiensystem eines Staates wiedergespiegelt werden. Die Abbildung der Konflikte erfolgt immer mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, da diese durch die Ausbildung längerfristiger Bindungen (*alignment*) zwischen einzelnen Gruppen und Parteien übertragen werden und diese Bindungen erst dann stabil bleiben, wenn die wechselseitigen Interessen und die beiderseitige Einflussnahme garantiert werden können. Die Auseinandersetzungen entwickeln sich hierbei entlang sogenannter Konfliktlinien (*cleavages*), beispielsweise Stadt vs. Land (Gaisböck und Walter 2005:35). In Bezug auf die Wahlenthaltung gehen der Cleavages-Ansatz, wie auch der mikrosoziologische Ansatz, davon aus, dass BürgerInnen, die in der Konfliktstruktur (und damit im Parteiensystem) möglichst homogen repräsentiert werden, langfristige Loyalitäten zu einer Partei aufbauen und folglich an Wahlen teilnehmen, um ihre Gruppeninteressen zu wahren. Dementsprechend müssen NichtwählerInnen eine geringere Parteibindung aufweisen oder heterogenen Gruppeninteressen ausgesetzt sein, weshalb sie keine eindeutige Stimme abgeben können. Natürlich kann aber auch hier wieder argumentiert werden, dass besonders vernachlässigte Teile der Gesellschaft versuchen müssten, durch eine umfassende

Partizipation auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen (Gaisböck und Walter 2005:37-38).

Auch Miyake stellt eine Annäherung aus der japanischen Forschung vor, welche in starker Verbindung mit dem soziologischen Ansatz steht: Die Annäherung über soziale Eigenschaften und Ressourcen (*shakaiteki zokusei to risōsu*). Auch laut dieser lassen sich Unterschiede in der Wahlbeteiligung mithilfe der sozialen Eigenschaften der Wahlberechtigten erklären, besonders anhand des Alters und des Wohnorts. Das Alter gilt hier als das „quantitative Kennzeichen politischer Erfahrungen“. In Großstädten ist die Wahlbeteiligung niedrig und am Land hoch - eine Auswirkung des sozialen Drucks einer Gemeinde, welcher einen zum Wählen drängt. Variablen sind oft die Gebundenheit an den Wohnort oder die Dauer der Ortsgebundenheit. Ein weiterer Bestandteil dieser Annäherung sind die „Ressourcen“. Auch wenn die Beteiligung an Wahlen eine einfache Art der politischen Partizipation darstellt, so sind doch ein Mindestmaß an politischem Bewusstsein, Zeit und Gesundheit notwendig um an der Wahl teilzunehmen. Diese werden hierbei als „Ressourcen“ verstanden. Als Variablen werden hier oft Beruf, Bildung oder Alter genutzt (also soziale Eigenschaften) (Miyake 2005a:76-77).

2.2.4 Weitere Faktoren und Ansätze

Neben den Variablen der klassischen Wahlverhaltenstheorien gibt es weitere Einflussgrößen für das Wahlverhalten. Roman Gaisböck und Florian Walter unterteilen diese in vier Kategorien: Die ökonomische Situation, die wahlspezifische Situation, das Wahl- und Parteiensystem und das Gewicht der einzelnen Stimme (Gaisböck und Walter 2005:49).

Auf das Gewicht bzw. die Macht der einzelnen Stimme wurde bereits im Detail eingegangen. Was die ökonomische Situation anbelangt, so ist der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation eines Staats und dem Wahlerfolg der regierenden Partei(en) unbestritten. Damit scheint es auch logisch, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung steigt, wenn die Wahlberechtigten von keiner der Parteien eine Verbesserung der Situation erwarten können oder die Partei(en) mit der meisten wirtschaftlichen Kompetenz bereits in der Regierung sind. Indikatoren für die ökonomische Lage in einem Staat sind üblicherweise das Bruttoregionalprodukt (BRP), die Inflation und die Arbeitslosenrate. Auch in Bezug

auf das (Haushalts-) Einkommen als sozioökonomische Einflussgröße wurde, wie bereits erwähnt, festgestellt, dass BürgerInnen mit einem besseren Verdienst mehr zur Wahlteilnahme tendieren (Gaisböck und Walter 2005:50-51).

Die wahlspezifische Situation hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Eine wichtige Rolle spielt zunächst die „Wahlhierarchie“, das heißt, welche Wichtigkeit die Wahlen haben. Hierarchisch sind Wahlen auf nationaler Ebene höher eingestuft als Lokalwahlen. Anhand der Abstufung der Wahlarten lassen sich auch Mobilisierungs- bzw. Demobilisierungstendenzen feststellen. Ein weiterer Faktor ist die „Wahlmüdigkeit“, das heißt, die potenzielle Überbeanspruchung durch in kurzer Zeit aufeinanderfolgende Wahlen, auch wenn diese empirisch nicht sicher belegbar ist (Gaisböck und Walter 2005:51).

Auch der rechtliche Rahmen, also das Wahl- und Parteiensystem bestimmt durch das Wahlgesetz, hat einen Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung. Hierbei spielen besonders folgende Aspekte eine Rolle: Die Wahlpflicht (strafrechtliche Sanktionierung von Wahlen), die Wahlregistrierung (bei dem Vorhandensein administrativer Barrieren ist die Wahlbeteiligung prinzipiell geringer, da die Kosten durch diese quasi verdoppelt werden) und das Wahlsystem (das Verhältniswahlsystem hat mehr Mobilisierungskraft als das Mehrheitswahlsystem) (Gaisböck und Walter 2005:52). Ebenfalls kann man bei Wahlen, die als bedeutungsvoll erachtet werden, das heißt, die eine Regierungsänderung oder einen -wechsel vermuten lassen, eine steigende Wahlbeteiligung vermuten (Gaisböck und Walter 2005:52).

Thomas Kleinhenz wiederum zieht vier Modelle heran, um die Tendenz der sinkenden Wahlbeteiligung in der langfristigen Betrachtung zu untersuchen: Die Theorie des Wertewandels, den Realignment-Dealignment-Ansatz, das Konzept der Differenzierung der Lebenswelten und schließlich die Verdrossenheitsthese bzw. das Modell der politischen Entfremdung (Gaisböck und Walter 2005:54-55).

Für den Wandel politischer Werte gibt es drei Ansätze: Die bereits besprochenen Lebenszyklus- und Generationsthesen und die gruppenbezogene Wandlungsthese. Die Generationsthese ist hierbei jene mit den meisten Anhängern. Der ebenfalls kurz angesprochene Dealignment-Realignment-Ansatz stützt sich nicht nur auf sozialpsychologische Merkmale, sondern auch auf die soziologischen Faktoren des Cleavage-Modells und gesellschaftliche, politische und ökonomische

Determinanten. Bei dem Konzept der Differenzierung von Lebenswelten steht der in vielen Gesellschaften stattfindende Individualisierungsprozess im Mittelpunkt. Individualisierung bedeutet hier, dass der Lebensstil eines Menschen nicht mehr von der Gruppe, der er zugehörig ist, bestimmt wird, sondern von individuellen Werten und Prioritäten. Zur Untersuchung der Wahlbeteiligung wurde dieser Ansatz jedoch noch nicht herangezogen, da er dafür scheinbar nur wenige Erklärungsgehalt aufweist (Gaisböck und Walter 2005:57-75).

Von den vier Modellen ‚Kleinhenz‘ erinnert schließlich die Politikverdrossenheitsthese stark an den Diskurs zur Wahlenthaltung der jungen Wahlberechtigten in Japan. Im medialen und politischen Diskurs wird der Begriff „Politikverdrossenheit“ oft in Zusammenhang mit einer ablehnenden Haltung gegenüber den etablierten Parteien genannt, jedoch passiert dies meist unreflektiert als Schlagwort ohne eine weitere Auseinandersetzung mit konkreten Indikatoren oder den Auswirkungen. In den Augen der Forschung besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen politischen Verdrossenheitseinstellungen und Nichtwahl. Die Wahlenthaltung ist hierbei eine Konsequenz der Politikverdrossenheit. Ursachen für die Zunahme der Politikverdrossenheit ist ein Bündel aus dem soziale Wandel, der zunehmenden gesellschaftliche Individualisierung, dem Wertewandel, Performanz-Defiziten der politischen Elite und dem Wandel der medialen Berichterstattung. Ein großes Problem bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung des Begriffs ist seine Unschärfe. In dem Begriff „Politikverdrossenheit“ ist weder der Terminus „Politik“ noch „Verdrossenheit“ genau und unmissverständlich gedeutet worden. In der einschlägigen Literatur wird daher hauptsächlich auf folgende zwei Modelle zurückgegriffen: Das Konzept der politischen Unterstützung (*support*) nach David Easton und das der politischen Entfremdung (*political alienation*) nach David Schwartz (Gaisböck und Walter 2005:64-66).

Eine weitere Annäherung, die erwähnt sein soll, ist jene über die Wahl-Mobilisierung (*senkyo-dōin*). Hierbei stehen das soziale Netzwerk und die politische Informationsumwelt, das heißt die Mobilisierung durch Parteien, Kandidaten und andere Interessensgruppen, im Mittelpunkt. Man nennt diese Annäherung daher auch oft „Political (or Social) Network Approach“. Die vier wichtigsten Formen der Wahlmobilisierung sind die Mobilisierung durch rechtliche Wahlmedien (*hōtei-*

senkyo-baitai ni yoru katsudō); inoffizielle, persönliche Mobilisierung (*hikōshiki-kojinteki katsudō*); inoffizielle Mobilisierung durch Organisationen (*hikōshiki-dantai-katsudō*) und die Mobilisierung durch Wahlberichte der Massenmedien (*masu-media no senkyo-hōdō*). Natürlich darf hierbei aber nicht außer Acht gelassen werden, dass Wahlmobilisierung nicht garantiert effektiv ist (Miyake 2005a:68-69; Miyake 2005b:86).

2.3 Ein Analyseschema

Es sind nicht alle der vorgestellten Ansätze, Annäherungen, Konzepte, Theorien und Variablen zur Erklärung der sinkenden Wahlbeteiligung im Fall junger Wahlberechtigter in Japan geeignet. Im allgemeinen scheint ein Modell, welches Elemente aus allen drei klassischen Ansätzen konsistent verbindet, am besten geeignet die Wahlbeteiligung bestimmter Wahlberechtigter zu erklären (Vgl. Caballero 2005:364), da die Gründe, weshalb sich Wahlberechtigte entscheiden (nicht) zu wählen, zumeist vielfältig sind, sodass eine einzelne Annäherung oder ein kontextueller Effekt diese nicht erklären kann. Daher wird normalerweise ein Modell entworfen, welches die meisten (oder alle) Einflussgrößen miteinschließt (Miyake 2005b:84-85).

Der Überblick über die etablierten Ansätze zeigt, dass diese zwar unterschiedliche, jedoch stark miteinander verwobene Erklärungsmuster für die Ursachen des Absinkens der Wahlbeteiligung bieten (Gaisböck und Walter 2005:76). Empirisch orientierte Modelle bringen absichtlich alle Annäherungen und kontextuellen Effekte in einem Modell zusammen. Faktoren der politischen Anteilnahme gelten hierbei oft als am effektivsten. Beispiele hierfür sind die Modelle von Kabashima Ikuo oder Miyake und Nishizawa⁸ (Miyake 2005b:84). Generell hängen die soziologischen Einflussgrößen tendenziell schwächer mit der Wahlbeteiligung zusammen als die sozialpsychologischen (Caballero 2005:359).

Der Entwurf eines Modells in Form einer mathematischen Formel erscheint wenig sinnvoll, da sich auch der rationalistische Ansatz nicht in der Empirie bewähren konnte. Gaisböck und Walter nehmen für ihre empirisch-analytische

⁸ In beiden Modellen kommt man zu dem Schluss, dass die Wirkung der Faktoren der politischen Anteilnahme groß ist. Das politische Interesse und Pflichtgefühl haben die größte Einflusskraft (Miyake 2005a:78-79).

Untersuchung der Wiener Gemeinderatswahlen eine eigene Kategorisierung vor und entwerfen ein Modell mit drei Einflussgruppen: Institutionelle Faktoren, strukturelle Faktoren und individuelle Faktoren (Gaisböck und Walter 2005:76-76).

Institutionelle Faktoren sind von politisch-institutionellen Instanzen in der Verfassung oder durch die Wahlordnung gesetzlich festgelegte Merkmale. Dazu zählen das Wahlsystem, evtl. die Wahlpflicht, das aktive und passive Wahlrecht (Wahlalter, Art der Durchführung der Wahl, Registrierungsmechanismen etc.), die Form der Regierungsbildung, die Ausprägung des Parteiensystems (Ein-, Mehr-, Vielparteiensystem) und auch Faktoren wie der Wahlort und -termin (Gaisböck und Walter 2005:77).

Strukturelle Faktoren sind in der Sozial-, Politik- und Wirtschaftsstruktur angesiedelt, weisen jedoch eine starke Interpendenz untereinander auf. Faktoren der Sozialebene befinden sich zumeist auf individueller Ebene, sind sozialdemographisch (Alter, Geschlecht), sozioökonomisch (Beruf, Bildung, Einkommen) oder sozial (Größe, Dichte und Zusammensetzung der Bevölkerung, sozialer Integrationsgrad in Form von Mitgliedschaften in bestimmten Gruppen). Die Wirtschaftsstruktur zeigt sich anhand von Indikatoren wie Inflationsrate, BIP, BRP, Arbeitslosenrate. Die politische Struktur beinhaltet wiederum die aktuelle Parteikonstellation (die evtl. von institutionellen Regelungen vorbestimmt wird), die Häufigkeit von Regierungswechseln und deren Effekte (Gaisböck und Walter 2005:76-77-78).

Individuelle Faktoren befinden sich, wie soziostrukturelle, auf persönlicher Ebene. Gebildet werden sie durch eine Verbindung struktureller Eigenschaften und individueller (sozial-) psychologischer Prozesse. Beispiele wären die Parteibindung, das Politikinteresse und der Grad der politischen Unterstützung (ausgedrückt durch politisches Effektivitätsbewusstsein, Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in politische Institutionen) (Gaisböck und Walter 2005:76-78).

Nicht eindeutig integriert wurden wahlspezifische Faktoren, die Ausprägungen institutioneller, struktureller und sozialer Art besitzen, wie beispielsweise Wahlhierarchie, Wahlmüdigkeit und Wahlkämpfe. Diese werden im Modell nach Gaisböck und Walter in Form eines Exkurses abgehandelt (Gaisböck und Walter 2005:76-78).

Dieses Modell erscheint aufgrund seiner weitreichenden Vollständigkeit als Vorlage für die Erstellung eines eigenen Modells geeignet. Da Gaisböck und Walter jedoch die Wahlen in einem bestimmten Zeitfenster als Analyseeinheit dienen und nicht eine generationelle Einheit, wie im vorliegenden Fall junge Wahlberechtigte zwischen 20 und 29 Jahren im gegenwärtigen Japan, muss das Modell bestimmten Modifikationen unterzogen werden. Eine Unterteilung in institutionelle, strukturelle und individuelle Faktoren als Säulen des Wahlverhaltens wird also als sinnvoll erachtet, jedoch muss das Schema an den konkreten Fall junger Wahlberechtigter in Japan angepasst werden. Institutionelle Faktoren, welche nicht nur junge Erwachsene sondern die Gesamtbevölkerung betreffen, gelten als Rahmenbedingungen der Beteiligung an Wahlen, weshalb zunächst Wahlrecht, Wahlsystem und Parteiensystem gleich Gaisböck und Walter dargestellt werden müssen. Die Bereiche strukturelle und individuelle Faktoren müssen jedoch mit Augenmerk auf die Generation junger Erwachsener modifiziert werden.

Die strukturellen Faktoren, die in der Politik- und Wirtschaftsstruktur angesiedelt sind, werden also hinsichtlich ihres Zusammenhangs mit der bzw. ihrer Bedeutung für die junge Generation Wahlberechtigter untersucht. Im Bereich der Sozialstruktur werden sozialdemographische Faktoren keine Berücksichtigung finden. Die sozioökonomischen Faktoren werden auf den Bildungsgrad beschränkt, da anzunehmen ist, dass sich junge Erwachsene im dritten Lebensjahrzehnt gerade erst im Übergang in das Berufsleben befinden. Soziale Faktoren sind nach Gaisböck und Walter der soziale Integrationsgrad und die Dichte und die Zusammensetzung der Bevölkerung. Letzteres bezieht sich in der folgenden Analyse auf den Anteil der untersuchten Altersschicht an der Gesamtbevölkerung und dessen mögliche Auswirkung auf das Wahlverhalten mit Berücksichtigung theoretischer Überlegungen zur Stimmkraft.

Unter den individuellen Faktoren sollen Politikinteresse, Formen politischer Zufriedenheit, Parteiunterstützung, Kandidatenorientierung, Themenorientierung und Akzeptanz der Wahlnorm untersucht werden. Aufgrund ihrer Wichtigkeit müssen die Variablen Partei-, Kandidaten- und Themenorientierung auf jeden Fall in einem Analyseschema berücksichtigt werden. Die Wahlnorm hat im Laufe der Zeit zwar in ihrer Wirkung eingebüßt, jedoch erfüllt sie noch immer eine wichtige Bindefunktion. Das politische Interesse gilt, wie bereits ausgeführt, als Indikator für das Ausmaß der

politischen Involvierung, welche von großer Bedeutung für die Erklärung der Wahlbeteiligung ist, da eine starke psychologische Einbindung in die Politik eine Stimmabgabe wahrscheinlicher macht.

Nicht integriert werden wahlspezifische Faktoren die Ausprägungen institutioneller, struktureller und sozialer Art besitzen, wie beispielsweise Wahlhierarchie, Wahlmüdigkeit und Wahlkämpfe, welche im Modell nach Gaisböck und Walter in Form eines Exkurses abgehandelt werden. Es soll jedoch, unter Berücksichtigung des medialen Diskurses, in einem eigenen Exkurs besonderes Augenmerk auf die Wahl-Mobilisierung (und eventuelle Mobilisierungsdefizite) gelegt werden. Schließlich soll anhand der Analyse auch die Frage beantwortet werden, ob die beiden momentan populären Lösungsvorschläge, nämlich der Einsatz des Internets für die Wahlmobilisierung und das Auftreten von Jugendorganisationen eine wirkungsvolle Methode zur Förderung der Wahlbeteiligung sind.

Als letzter Bestandteil der Analyse soll schließlich auch ein Blick auf die Bedeutung von Lebenszyklus- und Generationseffekten geworfen werden, um festzustellen, inwiefern sich die heutigen JungwählerInnen von früheren Generationen unterscheiden. Damit soll ein Ausblick auf das mögliche zukünftige Wahlverhalten geschaffen werden. Mittels der Bezugnahme auf individuell-persönliche, soziale aber auch institutionelle Positionen der untersuchten Personengruppe stellt die Analyse letztlich automatisch auch eine Bezugnahme auf den Vorwurf der politischen Apathie Japans junger Erwachsener dar.

2.4 Überlegungen zur Methodologie

Wahlbeteiligung und Nichtwahl sind zwei Seiten derselben Medaille, weshalb die Erklärungsgrößen der Wahlbeteiligung auch die der Nichtwahl sind. Auch wenn die Entscheidung zur Stimmabgabe auf der Mikroebene, das heißt bei dem einzelnen Bürger, angesiedelt ist, so lässt sie sich jedoch wie bereits dargestellt auf Phänomene der Makro- und Meso-Ebene zurückführen. Um zu eruieren, ob und inwiefern die Phänomene dieser drei Ebenen die Entscheidung zur Stimmabgabe beeinflussen, benötigt man in der Forschung nun Daten, welche sowohl in Form von

Individual- wie auch Aggregatdaten⁹ vorliegen können. Werden beide kombiniert, verfügt man über Daten für die Erforschung möglicher Einflussgrößen auf Mikro-, Meso- oder Makro-Ebene. Jedoch ist bei der Interpretation von Aggregatdaten Vorsicht geboten, da Zusammenhänge der Aggregatebene nicht auch zwangsläufig auf der Individualebene beobachtbar sein müssen. Man bezeichnet dies als ökologischen Fehlschluss (Caballero 2005:331-332).

Prinzipiell sind Individualdaten besser für die Analyse der Wahlenthaltung geeignet, auch wenn sie ebenfalls Nachteile aufweisen. Zwar kann in Umfragedaten eine Vielzahl individueller Größen berücksichtigt werden, welche sich zudem mit Informationen über Merkmale der Meso- und Makro-Ebene erweitern lassen, jedoch ist zu beobachten, dass die in Umfragen berichtete Wahlbeteiligung zumeist höher ausfällt als die offizielle Wahlbeteiligung. Die Ursachen hierfür liegen sowohl bei den Methoden der Umfrageforschung als auch der amtlichen Statistik (Caballero 2005:333).

Bedeutendste Ursache für die Abweichungen zwischen Nichtwähleranteilen in Umfragen und amtlichen Statistiken sind Probleme bei den Umfragen. Die meisten Untersuchungen basieren auf nationalen Stichprobe-Umfragen und ihre abhängigen Variablen sind normalerweise vorliegende Wahlstimmen. Jedoch weiß man auch, dass die vorliegenden Ergebnisse in Umfrageergebnissen höher sind als offizielle Zählungen. Das heißt, in Umfragen entsprechen die Ergebnisse oft nicht den tatsächlichen Ergebnissen einer Wahl: Lag die tatsächliche Wahlbeteiligung einer bestimmten Wahl bei 70%, so kann dieser Wert bei den Befragten einer Umfrage zu derselben Wahl 15 bis 20% höher sein (Miyake 2005a:80-81; Miyake 2005b:84).

Begründen kann man dies einerseits damit, dass sich Personen, welche für Befragungen nicht erreichbar sind oder diese verweigern, seltener bei Wahlen beteiligen und es andererseits auch Befragte gibt, welche zwar vorgeben zu wählen, dies jedoch tatsächlich nicht tun – ein Phänomen, welches als *Overreporting* bezeichnet wird. Damit tragen sowohl die Nichterfassung von NichtwählerInnen als auch „unaufrichtige“ NichtwählerInnen zur Überschätzung der Wahlbeteiligung in Befragungen bei. Prinzipiell ist zwar eine Falschaussage in beide Richtungen denkbar - so gibt es neben den unaufrichtigen NichtwählerInnen auch unaufrichtige

⁹ Individualdaten bieten Informationen über einzelne Individuen, Aggregatdaten hingegen liefern Informationen über Gruppen von Individuen (Caballero 2005:331).

WählerInnen, welche entgegen ihrem tatsächlichen Verhalten bei Umfragen angeben, sich nicht an Wahlen zu beteiligen - jedoch ist deren Anteil verschwindend gering und der umgekehrte Fall weit häufiger. Als einen Grund für *Overreporting* sieht man besonders die soziale Erwünschtheit des Wählens. Zum *Overreporting* neigen insbesondere Personen mit höherer Bildung, stärkerer Parteibindung, höherem Pflichtgefühl gegenüber dem Wählen, stärkerem Politikinteresse, ausgeprägter *political efficacy*, mit intensiverer Mediennutzung sowie Personen im mittleren Alter, da diese sich eher einer sozial erwünschten Antwort bewusst sind. Da aber Merkmale, die mit dem *Overreporting* korrelieren, dieselben sind wie jene, von denen man annimmt, dass sie die Wahlbeteiligung fördern, kann dies dazu führen, dass die Zusammenhänge zwischen jenen Merkmalen und der Wahlbeteiligung in Umfragen verzerrt beziehungsweise überschätzt werden. Das daraus resultierende methodische Dilemma, einerseits auf Umfragedaten angewiesen zu sein und andererseits zu wissen, dass diese unter Umständen verzerrt sind, ist letztlich nicht zu vermeiden (Caballero 2005:334-336).

Die Verwendung von Umfragedaten ist folglich zwar Problemen unterworfen, jedoch bei vorliegender Analyse sinnvoll und notwendig. Daher ist es wichtig sich diese Probleme bewusst zu machen und sie bei der Handhabung der Daten zu berücksichtigen.

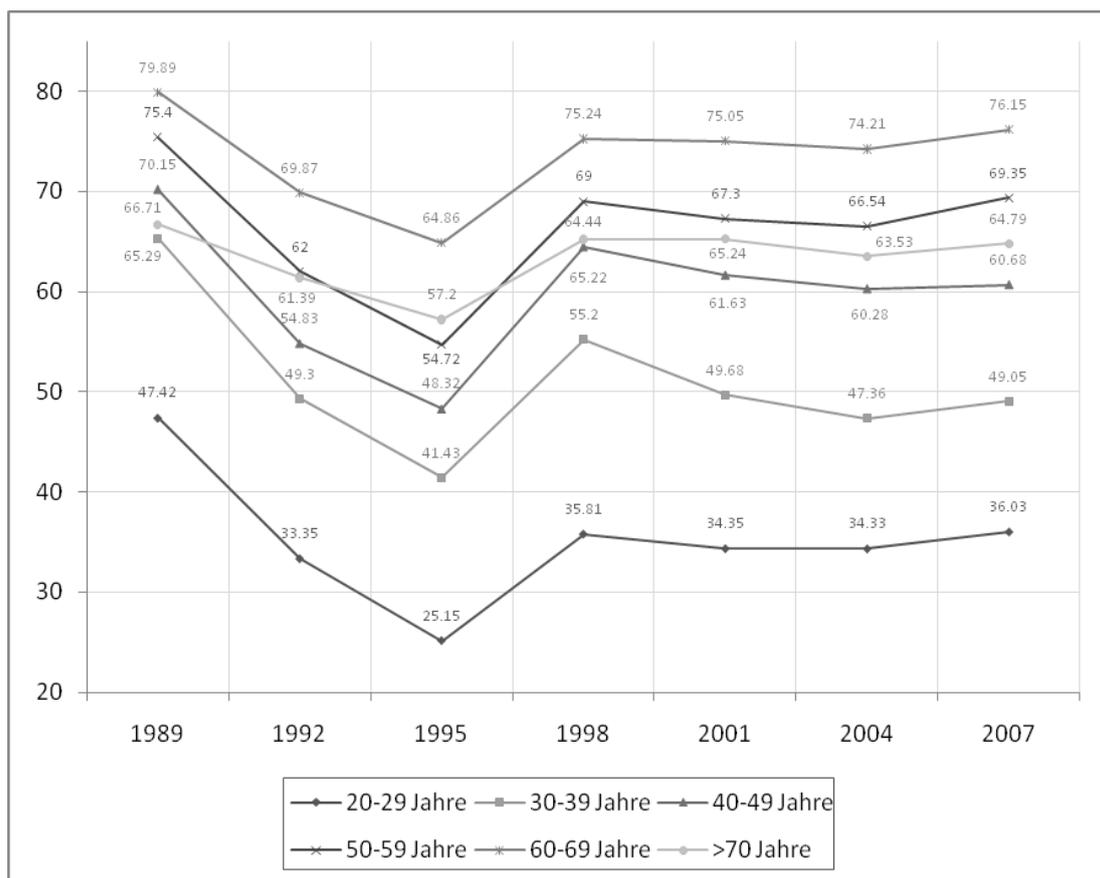
3 Analyse der Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter

Der Analyse der Determinanten der Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter zwischen 20 und 29 Jahren vorgelagert, soll zunächst ein Blick auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung dieser geworfen werden. Wie bereits dargestellt, wird generell das Bild einer jungen Wählerschicht mit niedriger und sinkender Wahlteilnahme transportiert. Im Folgenden soll daher untersucht werden, welche Tendenzen sich anhand der Entwicklung der Wahlbeteiligung ablesen lassen. Da unter den Formen politischer Partizipation die nationalen Wahlen an erster Stelle stehen (Neumann 2002:83), wird hierfür auf Daten der Wahlen zum Ober- aber vor allem Unterhaus zurückgegriffen. Die Wahlbeteiligung zu Lokalwahlen wird in vorliegender Arbeit nicht untersucht werden.

3.1 Entwicklung der Wahlbeteiligung

Zur allgemeinen Wahlbeteiligung in Japan, stellt Stefanie Neumann in ihrem Werk von 2002 fest, dass die Wahlbeteiligung aller nationalen wie auch lokalen Wahlen seit 1946 gesunken ist¹⁰. Die Wahlbeteiligung der beiden nationalen Wahlen ist hierbei zwar nicht gleich hoch, weist jedoch eine Parallelität in ihrer Abnahme auf (Neumann 2002: 94-96). Nachfolgende Abbildung zeigt die Wahlbeteiligung bei den Oberhauswahlen von 1989 bis 2007 aufgespalten nach Altersgruppen.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung an Oberhauswahlen nach Alter; 1989 - 2007 (in %)



(Quelle: Meisuikyō 2011c)

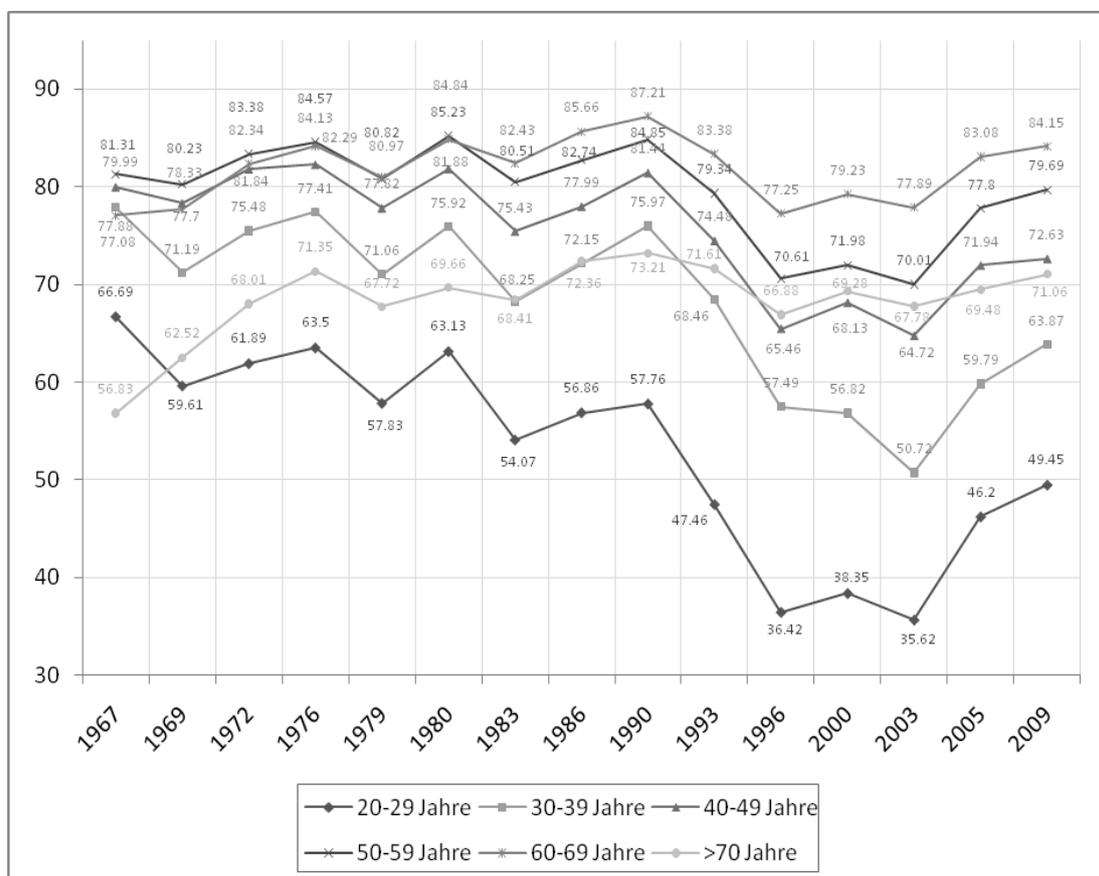
Wie in Abbildung 1 ersichtlich, ist das Wahlniveau der Altersgruppe der 20 bis 29 Jahren über die Jahre hinweg bei allen Wahlen zum Oberhaus zwischen 1989 bis 2007 generell geringer als jenes älterer Altersgruppen. Desweiteres ist die Differenz

¹⁰ Der generell abnehmende Trend in der Wahlbeteiligung ist bei den lokalen Wahlen stärker ausgeprägt als bei der Wahl zum Unter- und Oberhaus (Neumann 2002: 94-96).

zwischen der Altersgruppe der 20 bis 29-Jährigen und 30 bis 39-Jährigen größer als zwischen nachfolgenden älteren Generationen. Betrachtet man die Entwicklung der Wahlbeteiligung der jüngsten Wählerschicht für sich, so erkennt man, dass die Wahlbeteiligung zwischen 1989 und 1995 zunächst von 47,42% auf 25,25% sank. Danach stieg sie wieder um etwa 10% an und hielt sich bei den folgenden Wahlen immer bei etwa 35%. Es ist in den letzten Jahren also kein signifikanter Abwärtstrend in der Wahlteilnahme an der Oberhauswahl zu beobachten.

Die Wahlbeteiligung ist bei der Unterhauswahl im allgemeinen höher als bei der Oberhauswahl, was unter Umständen darauf zurückzuführen ist, dass das japanische Unterhaus mächtiger ist (Richardson 1983:189). Im Folgenden sollen die Trends in der Wahlbeteiligung der Unterhauswahl daher näher betrachtet werden.

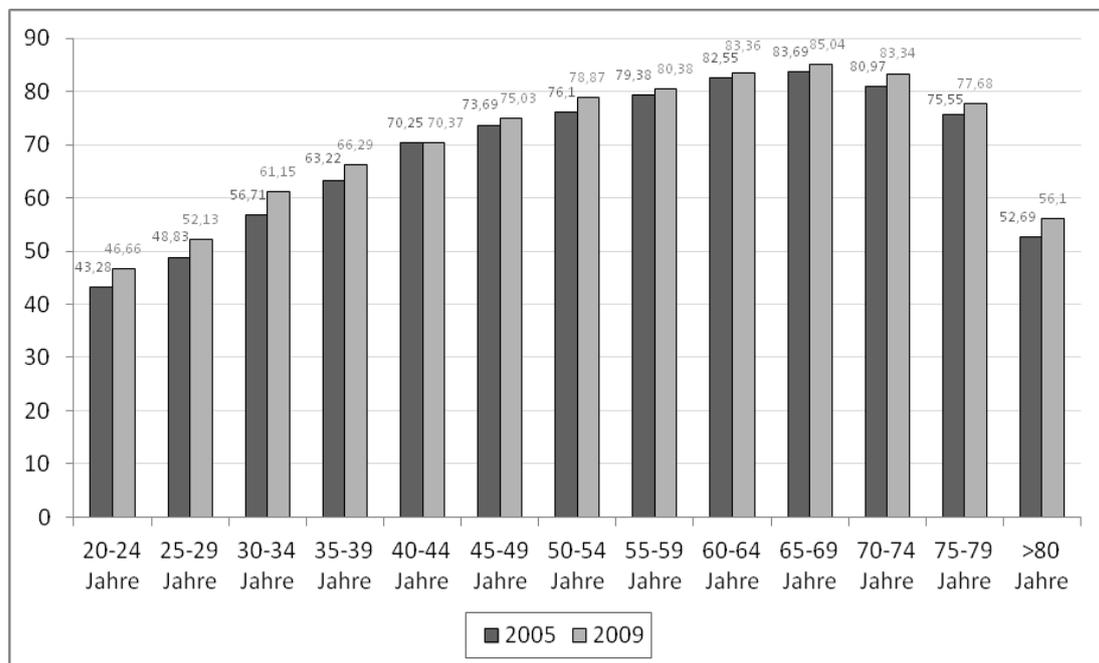
Abbildung 2: Wahlbeteiligung an Unterhauswahlen nach Alter; 1967 - 2009 (in %)



(Quelle: Meisuikyō 2011b)

Sieht man sich die Veränderungen in der Wahlbeteiligung bei den Unterhauswahlen von 1967 bis 2009 nach Alter, wie in Abbildung 2 dargestellt, an, so erkennt man, dass die Wahlbeteiligung der jungen Generation an Wahlberechtigten schon lange um einiges geringer ist, als die der älteren. Nach einigem auf und ab begann nach dem Jahr 1990 ein steiler Abstieg. Bei der Wahl zum Unterhaus 1990 lag die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren noch bei 57,76%, bei der Wahl 1996 jedoch nur noch bei 36,42% und erreichte damit einen Tiefpunkt. Im Jahr 2000 stieg die Wahlbeteiligung gering an (auf 38,35%), sank dann jedoch wieder auf 35,62%. Bei den letzten beiden Wahlen 2005 und 2009 verzeichnete man schließlich aber wieder einen Anstieg in der Wahlbeteiligung: 2005 wählten 46,2% und 2009 49,45%. Dies bedeutet, dass seit 2003 keineswegs ein Abwärtstrend in der Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter besteht, sondern im Gegenteil, wie bei anderen Altersgruppen auch, ein Aufwärtstrend beobachtbar ist.

Abbildung 3: Wahlbeteiligung an Unterhauswahlen nach Alter; 2005 und 2009 (in %)



(Quelle: Meisuikyō 2010:28)

Beim genaueren Betrachten der Wahlbeteiligung der Wahlen zum Unterhaus 2005 und 2009 in Abbildung 3, aufgespaltet nach Altersklassen zu jeweils fünf Jahren, an, erkennt man, dass das Wahlniveau mit dem Alter steigt. Die Altersgruppe mit der geringsten Wahlbeteiligung ist jene der 20 bis 24-jährigen Wahlberechtigten, deren

Wahlbeteiligung bei der letzten Unterhauswahl 2009 bei 46,66% lag. Danach steigt die Wahlbeteiligung kontinuierlich mit zunehmendem Alter an und ist schließlich bei der Gruppe der 65 bis 69-Jährigen mit 85,04% am höchsten. Ab dem 70. Lebensjahr nimmt die Wahlbeteiligung wieder ab, verzeichnet ab dem 80. Lebensjahr einen abrupten Abstieg und liegt nur noch bei 56,10%. Am Vergleich der Wahlniveaus der Unterhauswahlen 2005 und 2009 ist außerdem abermals zu erkennen, dass die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen anstieg - besonders bei den jüngeren Generationen.

Aus obig präsentierten Ergebnissen kann man schließen, dass in Japan ein enger Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung besteht (Vgl. Meisuikyō 2010:36-37). Noch einmal zusammengefasst lassen sich folgende Tendenzen erkennen:

- Die Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter ist generell geringer als jene älterer.
- Die Wahlbeteiligung nimmt mit dem Alter zu, erreicht ihren Höhepunkt bei etwa 65 bis 69 Jahren nimmt erst danach wieder ab.
- Die heutige Generation an jungen Wahlberechtigten weist eine geringere Wahlbeteiligung auf als jene früherer Generationen.
- Das Wahlniveau der jungen Erwachsenen ist bei den letzten beiden Unterhauswahl gestiegen.

Die Erkenntnis, dass die Wahlbeteiligung an Unterhauswahlen bei den letzten beiden Wahlen einen Aufwärtstrend erkennen ließ, ist hierbei zu unterstreichen. Damit kann die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen in kurzfristiger Betrachtung nicht als sinkend bezeichnet werden, selbst wenn sie in der langfristigen Betrachtung einem Abwärtstrend ausgesetzt war.

3.2 Determinanten der Wahlbeteiligung

Man kann davon ausgehen, dass die Wahlbeteiligung junger Erwachsener in Japan von vielen verschiedenen komplexen Faktoren beeinflusst wird. Dies macht auch die Theorie zur Wahlbeteiligung, wie dargestellt, deutlich. Im Folgenden soll versucht

werden, die Aspekte zur Beeinflussung der Wahlteilnahme der heutigen Generation junger Wahlberechtigter zu untersuchen.

3.2.1 Institutionelle Faktoren

Die institutionellen Faktoren stellen die rechtlichen Grundlagen politischer Partizipation in Japan dar. Zunächst soll geklärt werden, welche Formen der politischen Beteiligung durch Verfassung und Gesetz ermöglicht werden.

In Japan ermöglichen die verfassten Beteiligungsrechte den BürgerInnen Formen direkter (Bürgerabstimmungen und -initiativen) und indirekter (lokale und nationale Wahlen) Partizipation. Grundlegendes demokratisches Recht sind die Wahlen (Neumann 2002:82-83)¹¹.

3.2.1.1 Wahlrecht und Wahlsystem

Die Konstitution Japans garantiert das allgemeine Wahlrecht, die Stimmgleichheit und das Wahlgeheimnis, welche die Basisprinzipien des Wahlsystems darstellen. Das allgemeine Wahlrecht für öffentliche Ämter wird allen japanischen StaatsbürgerInnen ab dem 20. Lebensjahr zuerkannt¹². Damit gibt es seit 1945 im Wahlrecht keine Diskriminierung nach Geschlecht, Rasse, sozialem Status, Besitz oder entrichteten Steuern. Desweiteren garantiert die Konstitution Stimmgleichheit in Bezug auf die Möglichkeit des Wählens und der Gleichwertigkeit jeder einzelnen Stimme. Das Wahlgeheimnis garantiert allen WählerInnen das Recht, im Öffentlichen wie auch Privaten, ihre Stimmwahl für sich zu behalten. Personen, die in öffentlichen Wahlen gewählt werden, repräsentieren nicht einen bestimmten Teil der Bevölkerung, wie beispielsweise eine bestimmte Klasse, eine politische Partei oder ortsansässige Personen eines Wahlkreises, sondern alle BürgerInnen als Gesamtes. Die Konstitution legt fest, dass das Parlament nur aus gewählten Mitgliedern besteht, das heißt, Abgeordneten aller BürgerInnen (Local Governance 2007:1-2).

¹¹ Zwei weitere Bereiche wären Wahlkampagnen, sowie lokale und nachbarschaftliche politische Aktivitäten und Bürgerbewegungen (Neumann 2002:93).

¹² 2007 im Parlament das *kokumin-tōhyōhō* („Gesetz zur Volksabstimmung“) beschlossen, welches das Wahlrecht ab 18 Jahren vorsieht und dieses damit zum Forschungsgegenstand machte. Momentan ist gilt jedoch noch, dass in Japan mit 20 Jahren die Volljährigkeit und gleichzeitig auch das Wahlrecht erlangt wird (Ida 2009:18).

Das japanische Parlament besteht aus einem Oberhaus (*sangiin*, Haus der Räte, *House of Councillors*) und einem Unterhaus (*shūgiin*, Abgeordnetenhaus, *House of Representatives*). Das Unterhaus hat hierbei die größere Macht inne. Weist das Oberhaus eine Gesetzesvorlage des Unterhauses zurück, so kann dieses Gesetz trotzdem durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Unterhauses verabschiedet werden. Der Premierminister, welcher das Regierungsoberhaupt darstellt, wird durch Stimmenmehrheit zumeist aus der stimmenstärksten Partei gewählt. Zu seiner Unterstützung bildet er ein Kabinett aus politischen Verbündeten (Richardson 1983:189).

Bei dem Oberhaus liegt die Amtszeit der Abgeordneten im Gegensatz zum Unterhaus bei sechs Jahren, alle drei Jahre wird es zur Hälfte neu gewählt. Die Abgeordneten werden direkt gewählt, wobei die Präfekturen als Wahlkreise dienen (Asia for Educators 2010). Die meisten Lokalwahlen für präfekturelle und lokale Ämter finden alle vier Jahre statt, jedoch hängt dies von den Umständen ab (Richardson 1983:189).

Die Wahlen zum Unterhaus finden alle vier Jahre statt (Richardson 1983:189). Das Wahlsystem für das Unterhaus wurde im Jahr 1994 völlig neu eingeführt. Gewählt wird durch Einzelpersonenwahlkreise (Wahl eines Kandidaten) und Verhältniswahlblöcke (Wahl einer Partei). (Murakami 2009:28). In diesem sogenannten Grabenwahlsystem gibt der WählerInnen bei der Unterhauswahl also zwei Stimmen ab: Eine für einen Direktkandidaten seines Einzelpersonenwahlkreises und eine zweite für eine Partei seines Verhältniswahlkreises (Neumann 2002:84).

Die Wahladministration wird in jeder administrativen Einheit des Landes, das heißt auf Präfektur- und Gemeinde-Ebene (*to-do-fu-ken* Präfekturen und *shi-chō-son* Gemeinden; wie Städte und Dörfer), von eigenen Wahlkomitees (Wahlgremien, Wahlkommissionen) durchgeführt. Die Gesetze zur Festlegung der Methoden von Wahlkampagnen sind in Japan sehr streng. Geregelt wird das Wahlsystem durch das *Wahlgesetz für Öffentliche Ämter (kōshoku-senkyohō)* aus dem Jahr 1950 (Richardson 1983:189-190).

Anzumerken ist, dass man mit Erhalt des Wahlrechts automatisch von der Regierung als wahlberechtigt registriert wird und vor jeder Wahl eine Benachrichtigung zugesandt bekommt. Aus diesem Grund kann die Beteiligung an Wahlen mit geringen Kosten, das heißt, einem geringen persönlichen Aufwand, für

den einzelnen Bürger aufgefasst werden. Dies kann sich im Vergleich zu anderen Staaten positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken (Neumann 2002:93-94). In der Vergangenheit haben Reformen im Wahlsystem in Japan außerdem bereits positive Veränderungen in der Wahlbeteiligung hervorgebracht. Beispiele hierfür sind die Erleichterung des Wählens für Wahlberechtigte im Ausland und die Verlängerung der Wahlzeiten 1998, welche eine allgemeine Steigerung von etwa 5 % brachten (Miyake 2005a:76).

Wie bereits erwähnt, liegt das Wahlalter in Japan bei 20 Jahren. Das *Wahlgesetz für Öffentliche Ämter* legt, neben dem aktiven Wahlrecht ab dem 20. Lebensjahr, das passive Wahlrecht mit 25 Jahren im Unterhaus und mit 35 Jahren im Oberhaus fest. Die japanische Verfassung bestimmt das Wahlrecht nur dahingehend, dass es mit dem Mündigkeitsalter einhergehen muss. Konkret bedeutet dies, dass sie kein Alter festlegt und der Gesetzgebung in der Festlegung der Altersgrenze freie Hand gelassen wird (Maeda 2003:52).

Die Senkung des Wahlalters zur Steigerung der politischen Partizipation der JungwählerInnen steht schon seit mehreren Jahren zur Debatte. Drei Gründe begünstigen den Vorschlag der Senkung des Wahlalters. So wäre die Absenkung erstens eine Gegenmaßnahme zur Überalterung. Bedenkt man die rasche Überalterung der japanischen Gesellschaft, so erhält die Senkung des Wahlalters eine notwendige Bedeutung. In der momentanen Bevölkerungsstruktur hat die Politik die Neigung sich den Belangen der älteren Generationen zuzuwenden, weil diese eine größere Anzahl an Stimmen einbringen (Ida 2003:147). Ein zweiter Grund wäre, dass die Absenkung eine fast notwendige Maßnahme zum Entgegenwirken der Politikflucht der Jugend ist. Das Wählen steht in Relation mit der politischen Sozialisierung, das heißt, auch mit der An-Erziehung von (politischem) Verantwortungsgefühl und Pflichtgefühl. Es ist daher problematisch, dass zwischen der Politikerziehung in der Oberstufe und dem Erhalt des Wahlrechts zwei Jahre liegen. Ein dritter Grund wäre noch die Anpassung an globale Maßstäbe (Ida 2003:148). Seit den 1990er Jahren ist das Wahlrecht ab dem 18. Lebensjahr weltweit sehr verbreitet und Japan stellt mit dem Wahlrecht ab 20 Jahren eine weniger Ausnahmen dar (Okazawa 2002:2-3).

Okazawa Norio, Professor an der Waseda Universität, hält wegen der niedrigen Erwartungen der jungen Generation in die partizipatorische Politik, eine Steigerung

der Wahlbeteiligung durch die Absenkung des Wahlalters keinesfalls für garantiert (Okazawa 2002:5). Jedoch gibt es durchaus junge Erwachsene, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen würden. Ein Beispiel wären Schulabgänger, die sich dazu entscheiden zu arbeiten anstatt zu studieren: „When people start working, they begin to see connections with politics“. Dementsprechend würde die Senkung des Wahlalters vielen jungen Menschen die Möglichkeit zur politischen Partizipation bieten (Nagata 2008a).

3.2.1.2 Parteiensystem

Im Gegensatz zu den USA und vielen europäischen Staaten ist das japanische Parteiensystem von verschiedenen Unterbrechungen gekennzeichnet. So bestand das Parteiensystem vor 1993 noch aus fünf Hauptparteien, darunter die LDP. Das dominante Parteiensystem brach jedoch 1993 zusammen, was zur Gründung neuer Parteien, zur Auflösung und dem Wiederauftauchen von Parteien und zur Konstruktion neuer politischer Gruppen und Koalitionen führte. In diesem Sinne ist das Parteiensystem der 1990er Jahre durch eine Phase enormen Parteien-Realignments gekennzeichnet (Kawata 1999:30). Nichtsdestotrotz war das Parteiensystem Japans aber durch die langjährige Ein-Partei-Dominanz der LDP gekennzeichnet. Erst seit 1996 entwickelte sich dieses zu einem Zwei-Parteiensystem hin (Murakami 2009:27).

Vor der Wahl 2009 bestand das Parteiensystem aus fünf stabilen Parteien: Der LDP und DPJ als große Parteien, der mittel-großen Kōmei-Partei (Kōmeitō) und der Kommunistischen Partei Japans (KPJ, Nihon-kyōsantō) und Sozialdemokratischen Partei (SDP; Shamintō) als kleine Parteien (Murakami 2009:30).

Die LDP war seit ihrer Gründung 1955, bis auf eine kleine Unterbrechung 1993 bis 1994, durchgehend an der Regierungsspitze (Murakami 2009:35). Im Jahr 2009 konnte sie ihre Stellung jedoch nichtmehr halten, nachdem sie von Skandalen und dem ständigen Wechseln des Parteiführers geschwächt war. Die DPJ, welche sich bis 2009 zur größten Oppositionspartei aufgeschwungen hatte, trug schließlich bei den Unterhauswahlen einen erdrutschartigen Sieg davon (DIHKJa 2011). Die DPJ ging schließlich mit der SDP und der Neuen Volkspartei (NVP; *kokuminshintō*) eine Koalition ein und bildete mit 16. September das Kabinett Hatoyama (YRI Tokyo 2009:195).

Der Anstieg der Wahlbeteiligung 2009 kann mit der Bedeutung der Wahlen im Kampf um die Regierungsmacht in Verbindung gebracht werden. Die Tageszeitung *Yomiuri Shinbun* führte kurz vor der Wahl eine Umfrage durch, um Veränderungen im Bewusstsein der Wahlberechtigten in Verbindung mit der Unterhauswahl 2009 zu untersuchen. Es zeigte sich hierbei, dass das Interesse der Wahlberechtigten an der Unterhauswahl und der Wille zu Wählen (weiter) gestiegen war. In Bezug auf die beiden konkurrierenden Parteien DPJ und LPD stellte man fest, dass die Unterstützung für die DPJ, unabhängig von Wohnsitz und Alter, weiter gestiegen war, vor allem nun die der LDP überstieg. Desweiteren konnte die DPJ die Nicht-StammwählerInnen (*mutōhasō*) seit Anfang des Jahres 2009 für sich gewinnen, welche bei der Unterhauswahl 2005 noch zur Unterstützung der LDP neigten. Die Wahlbeteiligung im Einzelpersonenwahlkreis sowie bei der Verhältniswahl war schließlich im gesamten Grabenwahlsystem die höchste (YRI Tokyo 2009:195).

Ein sehr wichtiger Faktor der zur Steigerung der Wahlbeteiligung, auch unter den JungwählerInnen, beigetragen hat, ist zweifelsfrei das Motivationspotential, welches die Möglichkeit besitzt, durch seine Stimmabgabe zwischen zwei etwa gleichstarken Parteien über die Regierungsausübung zu entscheiden (Neumann 2002:103). Es ist anzunehmen, dass die Zunahme der Wahlbeteiligung auf der Tatsache beruht, dass es um die Wahl der Regierungsgewalt zwischen der LDP und der zentralen Oppositionspartei DPJ ging. Die Umfrage der *Yomiuri Shinbun* zeigte, dass das Interesse der Wahlberechtigten an der Unterhauswahl 2009 ungewöhnlich hoch war und in der Zeit kurz vor der Wahl immer weiter stieg. Dieses große Interesse wurde auch im Wunsch wählen zu gehen wiedergespiegelt, da auch mehr Personen als zuvor angaben, sich an der Wahl beteiligen zu wollen (YRI Tokyo 2009:194-195).

3.2.2 Strukturelle Faktoren

Im Folgenden werden politische, wirtschaftliche und soziale Struktur bzw. Faktoren und deren Einfluss auf junge Wahlberechtigte untersucht. Im Bereich der politischen Struktur stellt sich hierbei die Frage, inwiefern die junge Generation durch die dominanten Parteien repräsentiert wird bzw. inwieweit DPJ und LDP von JungwählerInnen unterstützt werden. Bezüglich der Wirtschaftsstruktur soll untersucht werden, welchen Einfluss die wirtschaftliche Situation auf das Wahlverhalten der

jungen BürgerInnen hat. Die Sozialstruktur schließlich umfasst soziale und sozioökonomische Faktoren.

3.2.2.1 Politische Struktur

Wie im vorherigen Kapitel bereits dargestellt, handelt es sich bei den beiden dominanten Parteien im Parteiensystem Japans um die LDP und die DPJ, die seit der Unterhauswahl 2009 die Regierungsmacht inne hat. Zunächst sollen diese beiden Parteien kurz vorgestellt werden und darauf folgend soll untersucht werden, für welche der Parteien die Unterstützung durch JungwählerInnen stärker ausfällt.

Die LDP gilt als konservative, marktwirtschaftlich orientierte Partei. In ihrem Wahlprogramm zur Unterhauswahl 2009 versprach sie ein jährliches Wirtschaftswachstum von zwei Prozent und die Neuordnung des Steuersystems unter Anhebung der Mehrwertsteuer. Weitere Vorhaben sind das Schaffen kostenloser Kindergärten und Vorschulen, das Senken der Treibhausgasemissionen und das Ersetzen der 47 Präfekturen durch ein System der Regionen. Die LDP leidet aber immer noch unter den Folgen des Skandals um den Verlust von Rentendaten durch einen Software-Fehler und Missmanagement im Jahr 2007, von welchem fast die Hälfte der Bevölkerung betroffen ist (DIHKJa 2011).

Die DPJ, welche als liberale Mitte-Links Partei gilt, war seit ihrer Gründung 1996 in der Opposition und neben der LDP zweitstärkste Kraft in der japanischen Politik. Zu ihrem Wahlprogramm 2009 zählten höhere Agrarsubventionen und Kindergeld. Außerdem spricht sich die Partei gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder aus und möchte die Kohlendioxidemission senken. Infolge eines Spendenskandals im März 2009 trat der langjährige Parteivorsitzende Ozawa Ichirō zurück und wurde durch Hatoyama Yukio ersetzt¹³ (DIHKJa 2011).

¹³ Hatoyama war nach seiner Wahl zum Premierminister ebenfalls in einen Spendenskandal verwickelt. Im Juni 2010 wurde Kan Naoto zum neuen Premierminister gewählt (JIHKJ 2011).

Tabelle 1: Parteiunterstützung nach Alter, 2009 (in %)

	DPJ	LDP	Andere	Keine	K.A.
20-29 Jahre	26,5	19,9	4,7	45	4
30-39 Jahre	32,5	21,7	5,6	36,5	3,6
40-49 Jahre	28,4	24,2	9,6	33,9	4,2
50-59 Jahre	27,4	31,2	8,5	28	5
60-69 Jahre	28,6	41	7,7	18,4	4
70-79 Jahre	34,3	41,5	10,4	10,8	2,9
>80 Jahre	21,2	53	6	13,6	6,1
Gesamt	29,3	32,3	8	26,3	4,1

(Quelle: Meisuikyō 2010:64)

Tabelle 1 zeigt Daten der Meinungsumfrage der Meisuikyō über die Parteiunterstützung nach Altersgruppen. Zunächst sollte hervorgehoben werden, dass unter den 20 bis 29-Jährigen der Befragten 45% sagten, keine Partei zu unterstützen - eine Proportion, welche mit zunehmendem Alter abnimmt. Auf die Parteiunterstützung im Generellen soll im Rahmen der individuellen, sozialpsychologischen Faktoren näher eingegangen werden, während dieser Teil der Arbeit sich auf die Parteiausrichtung beschränkt.

Die meist unterstützte Partei unter den 20 bis 29-Jährigen ist, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, mit 26,5% die DPJ, gefolgt von der LDP mit 19,9%. Auch in den nachfolgenden Altersklassen der bis 49-Jährigen ist die DPJ die meistunterstützte Partei. Bei den 50 bis 59-Jährigen verlagert sich dies auf die LDP. Die stärkste Parteiunterstützung im Gesamten findet sich dann bei den Altersgruppen ab 60 Jahren für die LDP (sie liegt bei etwa 41%, bei den über 80-Jährigen sogar bei 53%).

Bei der Umfrage der Meisuikyō gab aber wiederum nur ein geringerer Anteil der Befragten zwischen 20 und 29 Jahren an, die DPJ tatsächlich gewählt zu haben, während in allen anderen Altersgruppen jeweils fast die Hälfte der Befragten angab, die DPJ gewählt zu haben - ein Zustand, der sich laut Bericht der Meisuikyō daraus ergibt, dass „die DPJ von dem Alter unabhängig alle Altersklassen im Sturm erobert hat“. Dass der Anteil unter den jungen Befragten niedriger ist, ist laut Meisuikyō darauf zurückzuführen, dass viele Wahlberechtigte dieser Altersgruppe auf ihr Stimmrecht verzichtet haben. Im Gegensatz dazu ist es bei den Befragten mit 80

Jahren und älter so, dass zu einem größeren Anteil die LDP gewählt wurde, was vielleicht daran liegt, dass man von je her an diese gewöhnt und mit ihr vertraut ist. Desweiteren wird angenommen, dass die steigende Proportion an LDP-WählerInnen ab dem 30. Lebensjahr die Gewohnheit an die lange liberaldemokratische Regierung widerspiegelt (Meisuikyō 2010:49-50)¹⁴. Diese Ergebnisse zeigen, dass junge Wahlberechtigte zwar die DPJ (eher als die LDP) unterstützten, diese jedoch nicht unbedingt durch ihre Stimmabgabe äußerten, wie es bei anderen Altersgruppen der Fall ist.

Yonekawa Hideki stellte 1990 bei einer Untersuchung unter Oberschülern fest, dass, wenn eine Parteiunterstützung vorhanden war¹⁵, es die regierende Partei (damals die LDP) war. Daraus schloss er, dass diese jungen Menschen konservativ und ohne jeglichen Wunsch nach einer politischen oder sozialen Veränderung waren (Sugimori 1999:54). Da die heutigen jungen Wahlberechtigten jedoch zeigten, dass sie die sich im Aufschwung befindende Oppositionspartei in größerem Maße unterstützen als die regierende Partei, trifft dies wohl nicht auf die gegenwärtige Generation junger Erwachsener zu und es kann ihnen unter diesen Umständen bis zu einem bestimmten Grad der Wunsch nach einer politischen Veränderung zugesprochen werden. Dass sich dieser Wunsch nicht in demselben Maße in ihrer Wahlteilnahme widerspiegelt, bestätigt jedoch wiederum eine gewisse Passivität.

Die Untersuchung der Einbettung junger Erwachsener in die politische Struktur kann an dieser Stelle noch um die ideologische *hokaku*-Kategorisierung erweitert werden. Die *hokaku*, oder auch *hoshu-kakushin*-Ideologie kann als japanisches Äquivalent zur klassischen Rechts-Links-Ideologie in westlichen Gesellschaften betrachtet werden (Nakatani 2006:5) und diente lange Zeit, bis in die 1980er Jahre, als konservativ-liberale Achse zur Kategorisierung politischer Parteien. Die konservative Position (*hoshu*) steht hierbei für „traditionelle Werte“ und Kapitalismus, die wiederum von der reformatorischen Seite (*kakushin*) abgelehnt werden, welche demokratische Systeme und Sozialismus unterstützen (Hirano 1999:66). Eine genaue Definition der beiden Begriffe ist jedoch schwierig. Wirtschaftliche Schwerpunkte sind die Selbstständigkeit der Marktmechanismen oder die

¹⁴ Die Verhältniswahl weist fast idente Tendenzen auf (Meisuikyō 2010:51-52).

¹⁵ Beinahe 40% gaben an, keine Partei zu unterstützen (Sugimori 1999:54).

Beherrschung der Marktmechanismen¹⁶. Es handelt sich also um ein vielschichtiges und kompliziertes Gerüst (Meisuikyō 2010:66).

Die Unterteilung in „Konservatismus“ (*hoshu*) und „Reform“ (*kakushin*) wurde zwar über eine lange Zeit vorgenommen, wenn es um das Bewusstsein der japanischen BürgerInnen oder den Standpunkt von Parteien ging, jedoch wurde die Zweckmäßigkeit dieser Kategorisierung in den letzten Jahren stark angezweifelt. Da jedoch letzten Endes keine neuen Kategorien übernommen wurden, wurde für die Bewertung des Bewusstseins der WählerInnen in der Untersuchung der Meisuikyō auf diese „Konservatismus-Reform“-Unterteilung zurückgegriffen. Es wurde nun danach gefragt, ob man sich eher als „konservativ“ oder „reformatorisch“ betrachtet würde, wenn man diese Begriffe verwenden würde (Meisuikyō 2010:66).

Der Überblick über die Ergebnisse der Umfragen zu den letzten fünf Unterhauswahlen zeigt, dass es allgemein kaum eine Veränderung in der ideologischen Selbsteinschätzung gab. Fast die Hälfte der Befragten gab an, in der Mitte zu stehen bzw. es nicht sagen zu können. Jeweils knapp über 20% antworteten mit „eher konservativ“, 15% „konservativ“ und vergleichsweise gering war der Anteil der „eher reformatorisch“ (ca. 13%) oder „reformatorisch“ (etwa 3,5%) eingestellten (Meisuikyō 2010:66).

Laut Watanuki Jōji unterstützen BürgerInnen jene Partei, die ihrer eigenen Position auf dieser Achse am nächsten ist und es gibt einen starken Zusammenhang zwischen den Generationen an WählerInnen und ihren Wertvorstellungen. Desweiteren nimmt er an, dass die Verbindung zwischen dem Alter und der Parteiunterstützung in Japan größer ist als in anderen Ländern. Ideologie und Werte haben logischerweise nicht bloß einen Einfluss auf die Parteiunterstützung, sondern auch auf die Wahlbeteiligung direkt. Die Identifikation mit „traditionellen Werten“ wird oft mit der Wahl für die LDP in Verbindung gebracht, ihre Antipathie mit der Stimmabgabe für die DPJ. Watanuki stellte Ende der 1990er Jahre fest, dass dieser Trend mit den Jahren abnahm (Hirano 1999:66-69), jedoch zeigte die Untersuchung der Meisuikyō, dass diese Verbindung zwischen Ideologie und Parteiwahl auch heute

¹⁶ Laut Nakatani Miho besteht der Unterschied seit den 1970er Jahren vor allem in den Bereichen Wohlfahrt, Partizipation und Themen der Gleichberechtigung. Konservatismus bedeutete Unterstützung für kleine Regierungen, Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum. Reform auf der anderen Seite stand für große Regierungen, Gleichheit und Partizipation (Nakatani 2006:5).

noch größtenteils erhalten geblieben ist. In Einzelpersonenwahlkreisen und Verhältniswahl war die gleiche eindeutige Tendenz zu erkennen. Während der Anteil der DPJ-WählerInnen quasi mit dem Grad der ideologischen „Reform“ zunimmt, ist der Anteil der „reformatorischen“ WählerInnen der LDP vergleichsweise sehr gering. Interessant ist auch, dass unter jenen, welche angeben in der Mitte zu stehen, etwa die Hälfte die DPJ wählte, aber nur je 16% bzw. 18,9% den LDP. Dies deutet auf eine sehr starke Polarisierung auf Seiten der LDP hin, da es eine eindeutige Mehrheit an „konservativen“ WählerInnen gibt. Im Gegensatz dazu ist die Wählerschaft der DPJ zwar eher „reformatorisch“ gesinnt, auch wenn die Gewichtung im Vergleich nicht derartig eindeutig ist (Meisuikyō 2010:67).

3.2.2.2 Wirtschaftsstruktur

Zunächst soll ein Überblick über die Wirtschaft Japans gegeben werden, um im Folgenden darzustellen, in welcher wirtschaftlichen Situation sich Japans junge Erwachsene befinden.

Die japanische Wirtschaft der Nachkriegszeit war durch ein großes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet, welches das Land zur drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigen ließ. Seit den 1960er Jahren verzeichnete die japanische Wirtschaft jährlich einen Zuwachs zwischen vier und zehn Prozent. Dieses Wirtschaftswachstum nahm schließlich erst Ende der 1980er Jahre, als die Seifenblasenökonomie (*bubble economy*) aufgrund von Fehlspekulationen am japanischen Aktien- und Immobilienmarkt platzte, ein Ende. Aufgrund des folglich deutlich verlangsamten Wirtschaftswachstums (zwischen ein und zwei Prozent) werden die 1990er Jahre daher als das „verlorene Jahrzehnt“ bezeichnet. Zwar versuchte die Regierung durch Konjunkturprogramme die Wirtschaft zu stimulieren, jedoch war die Arbeitslosenrate im Jahr 2002 mit 5,4% die höchste seit Ende des Pazifischen Krieges. Anfang des neuen Jahrtausends sah es so aus, als würde sich die Wirtschaft Japans langsam wieder erholen, jedoch folgte 2008 der nächste Rückschlag durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Japans wirtschaftliche Situation ist daher durch eine anhaltende Rezession gekennzeichnet (DIHKJb 2011).

Zu den gegenwärtigen Problemen der japanischen Wirtschaft, welche einen direkten Einfluss auf die Zukunft der heutigen JungjapanerInnen haben werden, gehören beispielsweise die Staatsverschuldung, das Pensionssystem und der

Arbeitsmarkt. Die heutige Generation junger JapanerInnen wird extrem hohe Staatsschulden von geschätzt 192 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (im Jahre 2009) erben, welche ein großes Problem für die japanische Wirtschaft sind (DIHKJb 2011). Auch müssen die jungen BürgerInnen Programme wie das Pensionssystem finanzieren, welche für sie selbst nicht mehr funktionieren können (Masters und Beech 2009c). Die junge Generation kennt auch das Prinzip der lebenslangen Anstellung nicht und junge Angestellte sind heute die ersten, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen müssen, wenn Unternehmen Entlassungen durchführen (Masters und Beech 2009a; N.N. 2009a). In der Vergangenheit waren japanische Firmen dafür bekannt, ihren Mitarbeitern eine lebenslange Anstellung zu garantieren. Dieses System geriet jedoch seit den 1990er Jahren zunehmend ins Wanken (DIHKJb 2011). Generell ist vielfach auch von schwindenden Job-Aussichten zu Rede (Fujioka 2009; N.N. 2009b). So gibt es beispielsweise keine Garantie mehr eine gute Arbeit zu finden, selbst mit einem Universitätsabschluss. Und auch der Lebensverdienst der jungen Generation von heute wird mit sicherer Wahrscheinlichkeit geringer sein, als der ihrer Eltern-Generation (Kotani 2004:31). Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen von Meinungsumfragen wieder, wie beispielsweise der *Sekai seinen ishiki-chōsa* („Weltweite Umfrage des Bewusstseins Jugendlicher“), bei welcher die Sorge um Job und Geld in den letzten Jahren um über 20% stieg und nun bei 64,6% lag (Kankai Tsūshinsha 2004:6).

Gerade aus der wirtschaftlichen Situation heraus sehen also zahlreiche Meinungsbildner die junge Wählerschicht zum Handeln gezwungen. Kotani Satoshi stellt sich die Frage, weshalb Japans junge Generation nicht aktiv versucht, eine Veränderung herbeizuführen, ja nicht sogar protestiert, wie es bereits in der Vergangenheit der Fall war. Kotani räumt zwar ein, dass die De-Politisierung der Jugend kein rein japanisches Phänomen ist, sondern ein weltweiter Trend, jedoch wirft er der japanischen Jugend vor, passiver zu sein als protestierende Altersgenossen im Ausland (Kotani 2004:31). Ob dieser Vergleich in dieser Form Bestand aufweist, mag dahingestellt sein, aber nichtsdestotrotz wirft er eine interessante Frage auf.

In der Diskussion zum politischen Desinteresse der jungen Generation gibt es die Ansicht, dass die Politikflucht der Jugend ein Resultat der „wohlhabenden Gesellschaft“ ist, also das wirtschaftliche Wachstum zur politischen Apathie der

Jugend führte. Die Hypothese, dass ein hoher Lebensstandard zu politischer Apathie führt wird von Ida Masamichi „Lebenszufriedenheits-Hypothese“ (*seikatsumanzoku-kasetsu*) genannt (Ida 2009:17-20). Nun bleibt aber immer noch die Frage unbeantwortet, warum eine Jugend deren ökonomische Aussichten in der langanhaltenden Stagnation eigentlich nicht gut aussehen, nicht in größerem Maß politisch aktiv wird. Es sollte hierbei angemerkt werden, dass junge Menschen in Japan nicht immer so passiv waren wie die heutige Generation. Die *babyboom*-Generation Japans, in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre geboren und auch *dankai no sedai* genannt, war Ende der 1960er Jahre als Fackelträger der Studentenbewegung und Gegenbewegung sehr aktiv (wie junge Menschen in anderen Ländern dieser Zeit ebenfalls). Viele der Eltern der heutigen jungen Generation wiederum gehören zur *post dankai* Generation, in der ersten Hälfte der 1950er Jahre geboren. Dieser Generation, die nach dem Zusammenbruch der Studentenbewegungen in die Pubertät kam, wird eine fehlende Dynamik nachgesagt. Sie will sich keinen Idealen verschrieben, weshalb sie auch als *shirake sedai* oder „indifferente“ Generation bezeichnet wird (Kotani 2004:31-32).

Laut Kotani Satoshi ist es der Wohlstand ihrer Eltern, der es den jungen Menschen in Japan erlaubt, die Realität zu ignorieren. Beispiele die dies bestätigen sind Yamada Masahiros „parasitäre Singles“ (*parasaito shinguru*), also junge unverheiratete Erwachsene, die auch nach dem Universitätsabschluss das gemütliche Leben bei den Eltern genießen, den Haushalt ihrer Mutter überlassen und ihr eigenes Einkommen als Taschengeld nutzen. Die langfristige Rezession, in der sich Japan befindet, wirkt sich zwar auch auf die Jobaussichten junger Menschen aus, welche folglich in größerem Maße als *furiitaa* arbeiten, also keinen regulären Job ausüben, sondern mit Zeitarbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, jedoch können sie dadurch, dass sie noch bei ihren Eltern leben, ihren eigenen Konsum finanzieren. Ein weiteres Beispiel wären auch noch *hikikomori*, junge Menschen, die sich zu Hause einsperren und jegliche soziale Kontakte abbrechen. Es gibt zahlreiche Gründe aus denen junge Menschen *hikikomori* werden, jedoch brauchen sie als Voraussetzung einen eigenen Raum, in den sie sich zurückziehen können, der in den meisten Fällen im Haushalt der Eltern ist, welche sie auch mit Essen versorgen. Laut Kotani war die Zahl junger Menschen, die als *parasaito shinguru*, *furiitaa* oder *hikikomori* leben, vor nicht einmal zehn Jahren bereits besorgniserregend hoch und

es besteht kein Zweifel, dass es der Wohlstand der Eltern ist, der diese Abhängigkeit ermöglicht (Kotani 2004:33-34).

Auch Jin-Min Chung, Professor der Politikwissenschaftlichen und Diplomatischen Fakultät der Myongji Universität in Korea, führt die wachsende Distanz der BürgerInnen zur Politik auf das Wirtschaftswachstum zurück. So brachte die wirtschaftliche Entwicklung der 1960er und 1970er Jahre eine steigende Urbanisierung, ein steigendes Bildungsniveau, einen höheren Lebensstandard, größere geographische Mobilität und soziale Flexibilität mit sich, was zur Schwächung der Einbindung der BürgerInnen in die sozialen Netzwerke ihres Wohnorts, ein geringeres Interesse an Wahlen und zur Schwächung der Parteiidentifikation führte (Neumann 2002:98-99). Alle drei Faktoren stellen wichtige Determinanten der Wahlteilnahme dar.

Dem hinzufügen kann man auch die Einflussgröße des Gefühls der politischen Wirksamkeit. Je weiter entwickelt und reicher eine Gesellschaft ist, desto stärker etabliert sind auch ihre sozialen und ökonomischen Systeme und desto stabiler und unveränderbarer sind ihre Sphären der sozialen Hierarchie. Dadurch bieten sich wiederum weniger Möglichkeiten für die jüngeren Generationen. Eine solche Situation kann das Gefühl der politischen Wirksamkeit der jüngeren Generationen untergraben, wodurch diese nach Orten suchen, an denen sie die Kontrolle über die Situation zurückgewinnen. In einer entwickelten, modernen, kapitalistischen Gesellschaft ist es demnach natürlich, dass junge Menschen sich auf ihr Privatleben fokussieren, individuelle Einstellungen entwickeln und ihre Interessen von gesellschaftlichen oder politischen Themen abziehen (Sugimori 1999:50).

Damit verwundert es kaum, dass zahlreiche Studien vermerken, dass die jungen Generationen, im Vergleich zu älteren, immer weniger kollektivistisch und dafür immer individualistischer werden. Laut Sugimori können eben diese egozentrischen Einstellungen (*jibunshugi*) ein Grund für deren politische Indifferenz sein. Zu solchen Einstellungen zählen beispielsweise kein Verantwortungsgefühl für die Arbeit; keinen Wunsch nach tiefen zwischenmenschlichen Beziehungen zu haben; die Ansicht, dass Altruismus einen selbst verletzen könnte; der Wunsch nach engen Beziehungen nur innerhalb der eignen kleinen Gruppe; die Harmonie nur durch schwache zwischenmenschliche Beziehungen aufrecht zu erhalten; eine Heirat nicht für eine Notwendigkeit zu halten (Sugimori 1999:50-51).

Bei all diesen Überlegungen zum Zusammenhang der wirtschaftlichen Struktur mit dem politischen Verhalten ist jedoch unbedingt zu bemerken, dass Idas Untersuchung letztlich zeigte, dass keine Korrelation zwischen der Lebenszufriedenheit und politischer Apathie besteht, weshalb die „Lebenszufriedenheits-Hypothese“ von Ida wieder verworfen wurde (Ida 2009:17-20). Auch Kubota Issei, Kusaka Tamami und Fujisaki Akira nehmen zwar an, dass durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation die gesellschaftliche Zufriedenheit junger Generationen sinkt, jedoch lässt sich auch für diese letztlich kein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Gesellschaft und der Wahlbeteiligung erkennen und die Behauptung, dass die Wahlbeteiligung sinkt je größer die Zufriedenheit ist, kann nicht standhalten (Kubota, Kusaka und Fujisaki 2006).

3.2.2.3 Sozialstruktur

Zunächst soll ein Blick darauf geworfen werden, welchen Anteil junge Menschen an der Gesamtbevölkerung haben. Danach wird auf den Grad der sozialen Integration und den formellen Bildungsgrad eingegangen und deren Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung eingegangen.

3.2.2.3.1 Bevölkerungsstruktur

Daten und Statistiken zeigen, dass von 1970 bis 2000 erstens der Anteil der jungen mündigen Bevölkerung immer kleiner wurde und zweitens der Anteil der jungen Bevölkerung an der Gesamtwählerschaft proportional noch geringer wurde. Der niedrigere Prozentsatz der jungen BürgerInnen spiegelt die Alterung der Bevölkerung wieder. Die Proportion junger Menschen in Japan wird kleiner, aber auch der Anteil an JungwählerInnen wird immer kleiner. Umgekehrt bedeutet dies, dass der Anteil an Personen im mittleren und gehobenen Alter größer wurde. Durch das Schrumpfen des Anteils der jungen Bevölkerungsschicht und der Jungwählerschicht wurde eine Struktur geschaffen, in der die Stimme der Jugend nur schwer reflektiert wird (Mori Y. 2005:25-26).

Petra Stefenelli spricht hierbei vom „Bedeutungsverlust der Jugendphase“, herbeigeführt durch die ungünstige demographischen Entwicklung, die steigende Lebenserwartung. Durch diese sind junge Menschen zahlenmäßig unterrepräsentiert

und das Gewicht in der Bevölkerungsverteilung wird auf die älteren Generationen verschoben. Die quantitative Minderheit der jungen Generationen erschwert es ihnen, ihre Interessen gegenüber der wachsenden älteren Bevölkerung durchzusetzen. Das Problem hierbei liegt darin, dass Entscheidungen, die heute in der Politik getroffen werden, vor allem zukünftige Generationen betreffen. Daher ist es von Wichtigkeit, deren Interessen dementsprechend zu berücksichtigen und Jugendliche selbst in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Junge Menschen in größerem Maß die Möglichkeit zu geben in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen zu werden, ist daher eine Notwendigkeit, welche, wie bereits angesprochen, durch das Herabsenken des Wahlalters erreicht werden kann (Stefenelli 2005:5).

Ein ebenfalls großes Problem besteht wohl darin, dass die Verantwortung für die Gesellschaft einer alternden Bevölkerung auf den Schultern der jungen Generation lasten wird (Fujioka 2009; N.N. 2009b). Japan ist die am schnellsten alternde Nation der Welt. Rechnungen besagen, dass im Jahre 2050 fast die Hälfte der japanischen Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird. Hinsichtlich dessen kann es als problematisch betrachtet werden, wenn die junge Bevölkerungsschicht, welche die Verantwortung für die explodierende Überalterung wird schultern müssen, sich vermutlich bereits jetzt in der Gesellschaft marginalisiert fühlt (Masters und Beech 2009a).

In der Forschung spricht man letztlich, was die Wahlbeteiligung angeht, von einem „politischen Vakuum“ in Japan (Kakuchi 2003). Die Politik neigt sich eher den Interessen der Alten zu (N.N. 2009b). Dies verwundert nicht, da nicht nur die prozentuale Wahlbeteiligung der älteren Generationen um einiges höher ist, sondern auch deren Anteil an der Bevölkerung. Während 2010 14,14% der Gesamtbevölkerung zwischen 20 und 29 Jahren war, lag der Anteil der 60 bis 69-Jährigen bei 18,17% (MIC Statistics Bureau 2011). Stellt man sich dann die Frage, nach wem die Politiker ihre Maßnahmen ausrichten sollen, fällt die Wahl auf die älteren Generationen, auch wenn es die junge Generation ist, welche zukünftige Probleme wird schultern müssen (Masters und Beech 2009a). Auf Seite derer, die Politik machen, ist man wenig versucht, Wahlberechtigte mit einzubinden, die keine Wählerstimmen einbringen (N.N. 2009a). Folgt man dieser Logik, so wäre die Steigerung der Wahlbeteiligung junger Erwachsener die Lösung des Problems:

„Wenn die Wahlbeteiligung der Jugend steigt, wird die Politik nicht umhin kommen, an die Angelegenheiten der Jugend zu denken“ (N.N. 2007).

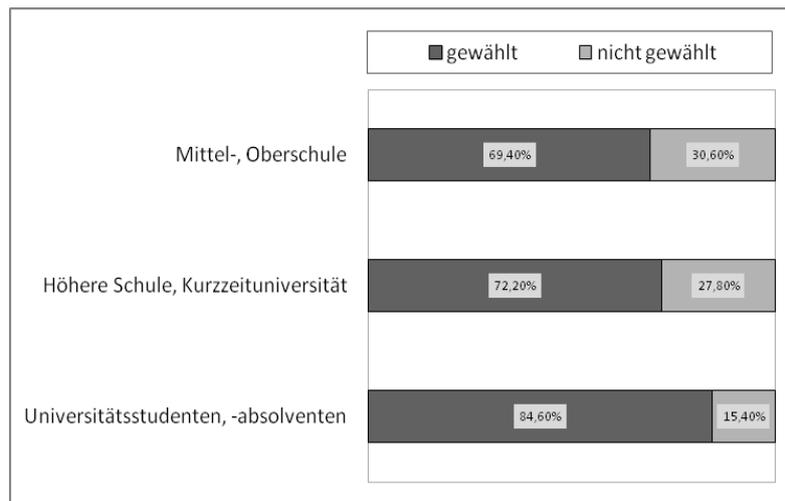
3.2.2.3.2 Sozialer Integrationsgrad

Indikatoren für die soziale Einbindung sind besonders Familienstand, Haushaltsgröße und die Mitgliedschaft in Organisationen. Die Untersuchung des sozialen Integrationsgrades stellt uns im Falle junger Erwachsener jedoch dahingehend vor ein Problem, dass diese, wie auch im Falle der sozioökonomischen Variablen Einkommen und Beruf, noch nicht als vollständig in die Gesellschaft entlassen gelten können. Wie bereits in der Begriffserklärung besprochen, befinden sich junge Erwachsene in einer Phase des Überganges. Nichtsdestotrotz haben Aspekte wie Arbeit und Heirat auch mit der Wahlbeteiligung der jungen Wahlberechtigten zu tun. Arbeits- und Eheleben spielen bei der Entwicklung gesellschaftlichen und politischen Interesses eine wichtige Rolle. Dass es vermehrt junge Menschen gibt, die diese Erfahrungen nicht machen und daher nicht wissen wo sie selbst in der Gesellschaft stehen, kann daher als Grund für die geringe Wahlteilnahme betrachtet werden (Mori Y. 2005:30).

3.2.2.3.3 Formeller Bildungsgrad

Der durchschnittliche formelle Bildungsgrad in Japan zählt zu den höchsten der Welt. Zu den höheren Bildungseinrichtungen zählen vier-Jahres Universitäten und drei-Jahres Junior Colleges. Insgesamt besuchen etwa 45% der relevanten Altersgruppe entweder Universitäten oder Junior Colleges und die Proportion an StudentInnen des tertiären Bildungssektors hat konstant zugenommen. Neben den obig genannten Bildungseinrichtungen gibt es aber auch noch eine große Anzahl unregelter, privater Fachhochschulen (*senmongakkō*) (Sugimoto 2003:115).

Abbildung 4: Formeller Bildungsgrad und Wahlverhalten, 20- bis 39-Jährige



(Quelle: Meisuikyō 2010:37)

Wie aus Abbildung 4 ersichtlich, ist der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Wahlverhalten groß. Die Wahlrendenz derer, die Mittel- oder Oberstufe abgeschlossen haben, liegt bei 69,4%. Dem gegenüber liegt sie bei denen, welche auf einer höheren Schule oder auf einer Kurzzeituniversität waren bei 72,2% und ist schließlich bei UniversitätsstudentInnen und -absolventen mit 84,6% am höchsten. Je höher also das formelle Bildungsniveau ist, desto größer ist auch die Wahlrendenz.

Das Ergebnis der Umfrage der Meisuikyō über den Zusammenhang von Bildung und Wahlbeteiligung deckt sich schließlich auch mit anderen Untersuchungen. Auch eine Umfrage von Kawakami ergab, dass 61% der UniversitätsstudentInnen, Magister- und Doktors-Abschlüsse und 40 % der StudentInnen an Kurzuniversitäten, Fachhochschulen oder der Fachstudien wählten (Kawakami 2005:11).

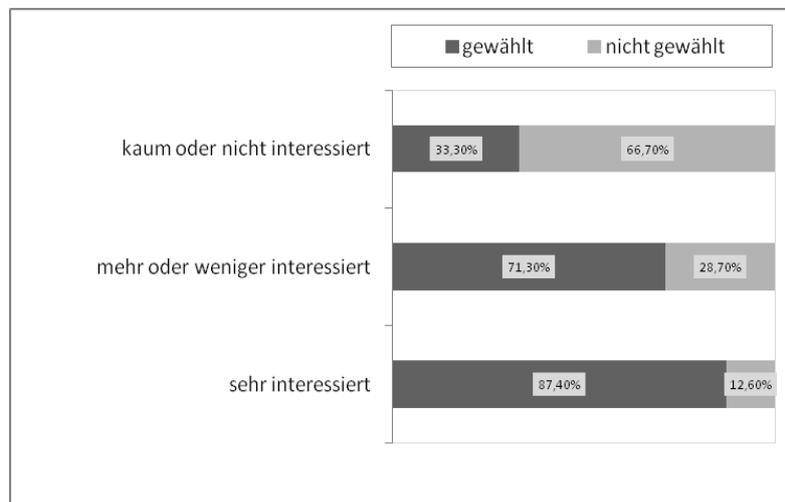
3.2.3 Individuelle Faktoren

Die individuellen Faktoren stellen sozialpsychologische Determinanten dar. Die im folgenden untersuchten Einflussgrößen haben einen signifikanten Effekt auf die Wahlbeteiligung und sollen helfen, den Grad der psychologischen Involvierung in die Politik zu verstehen.

3.2.3.1 Politisches Interesse

Das politische Interesse unter den von Ida befragten StudentInnen war relativ hoch. Etwa 80% der Befragten gaben an, sich für Politik (eher) zu interessieren und nur 12% sagten, sie wären (eher) desinteressiert (Ida 2009:19). Im Vergleich zu Daten aus umfassenderen Untersuchungen, kann dieses Ergebnis jedoch nicht als allgemein gültig betrachtet werden. Eine weitere Umfrage ergab, dass das Interesse junger JapanerInnen im internationalen Vergleich geringer ist, als bei ihren amerikanischen und koreanischen Altersgenossen. Zwar war das Interesse in dieser Befragung von 37,2% auf 46,7% gestiegen, jedoch gaben demgegenüber 69,2% der befragten JungamerikanerInnen und 53,3% der JungkoreanerInnen an, Interesse an Politik zu haben (Kankai Tsūshinsha 2004:5).

Abbildung 5: Politikinteresse und Wahlverhalten, 20 bis 39-Jährige

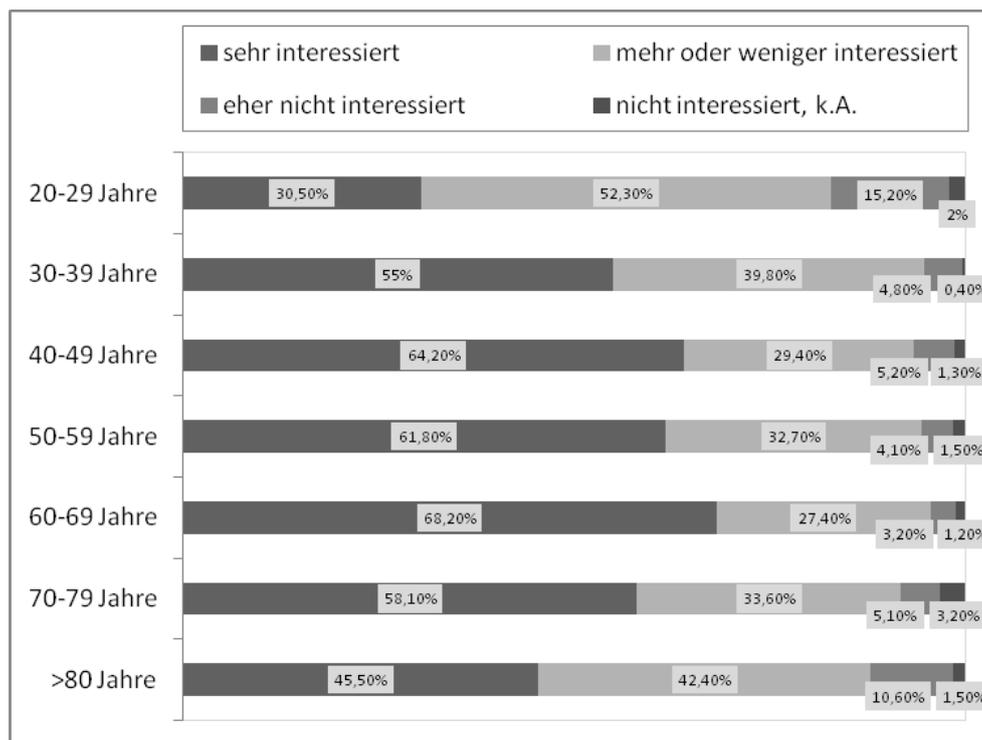


(Quelle: Meisuikyō 2010:41)

Abbildung 5 zeigt das Ausmaß des Interesses für Landes- und Lokalpolitik. Unter den Befragten zwischen 20 und 39 Jahren, die angaben, dass sie sich kaum oder gar nicht für Politik interessieren, liegt die Wahltendenz bei 33,3%. Demgegenüber liegt sie bei jenen, die sich „mehr oder weniger“ interessieren, bei 71,1% und jenen, die sich „sehr“ interessieren, bei 87,4%. Das heißt, das Politikinteresse hat einen starken Einfluss auf die Wahltendenz. Das Ergebnis der Befragung der Meisuikyō stimmt also mit den Annahmen der Wahltheorien überein, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme mit dem Grad an Politikinteresse steigt.

Die Meisuikyō untersuchte auch das Interesse an den Wahlen. Allgemein hat das Interesse an den Unterhauswahlen in den letzten Jahren stark zugenommen. Gaben bei der 41. Unterhauswahl 1996 nur 19,4% an, „großes Interesse“ zu haben, stieg das Interesse über die folgenden Jahre bis es bei den 44. Wahlen zum Unterhaus 2005 schließlich bei 41,1% und bei den Wahlen von 2009 bei 58,9% lag (Meisuikyō 2010:33).

Abbildung 6: Interesse an Wahlen nach Alter



(Quelle: Meisuikyō 2010:34)

Sieht man sich Abbildung 6 zum Interesse an der Unterhauswahl 2009 nach Alter an, so bemerkt man, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Interesse an der Wahl und dem Alter gibt. So liegt der Anteil derer, welche „sehr interessiert“ waren, bei den Befragten zwischen 20 und 29 Jahren bei 30,5%, bei den 30 bis 39 Jährigen bei 55,0% und unter den 40 bis 49-Jährigen schließlich bei 64,2%. Danach sinkt das Interesse wieder auf 61,8% unter den 50 bis 59-Jährigen, erreicht aber unter den 60 bis 69-Jährigen wieder 68,2% und ist damit in jener Altersgruppe am höchsten. In den folgenden Altersgruppen sinkt das Interesse wieder. Zusammengefasst bedeutet dies, dass das Interesse unter den jungen Erwachsenen deutlich geringer ist als

unter älteren Altersgruppen, also das Interesse an politischen Wahlen dieselbe Tendenz aufweist wie das Wahlverhalten.

Untersuchungen legen nahe, dass die Wahlbeteiligung unter jungen Wahlberechtigten steigen würde, wären diese mehr an politischen Themen interessiert (Sugimori 1999:55-56) und auch Kawakami betont, dass das Interesse an Politik (und Gesellschaft) eng mit dem Wahlverhalten verknüpft ist. Die Ergebnisse seiner Umfrage zeigen, dass zwischen der Wahlbeteiligung von Politikinteressierten und Uninteressierten ein relativ großer Unterschied besteht. Kawakami stellt der Gruppe derer, die sich für politische Themen interessieren, in seiner Untersuchung außerdem jene junge Menschen gegenüber, die sich hauptsächlich für Mode und Musik interessieren, und stellt fest, dass bei diesen die Wahlbeteiligung gering ist. So haben auch diejenigen, die sich nicht für Musik und Mode interessieren, wiederum eine Wahlbeteiligung von 64,3%. Kawakami schließt daraus, dass es Unterschiede in der Wahlbeteiligung danach gibt, ob die Interessen im privaten oder im öffentlichen Bereich liegen (Kawakami 2005:12).

Die Untersuchung Idas ergab, dass das Politikinteresse nicht vom Grad der Lebenszufriedenheit, Grad der Politikzufriedenheit oder Politikerimage bestimmt wird, sondern davon, inwiefern man sich des Zusammenhang zwischen Leben und Politik bewusst ist. Je stärker man den Zusammenhang zwischen dem eigenen Leben und der Politik empfindet, desto größer wird das politische Interesse (Ida 2009:21-22). Die Abnahme des Politikinteresse im Laufe der Zeit erklärt er dadurch, dass zwar bis in die 1960er Jahre *high politics*, wie Diplomatie, die wichtigsten Streitpunkte der Politik waren, jedoch mit dem raschen Wirtschaftswachstum und den Ölschocks nach und nach lebensbezogene Themen (d.h. *low politics*), wie Konjunkturmaßnahmen und Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit, ins Zentrum rückten, was zur Verdünnung des Bewusstseins der jungen Erwachsenen für den Zusammenhang des eigenen Lebens mit der Politik führte. Ida sieht dies als unter Umständen fundamentalen Grund für die Apathie junger Mensch in Japan (Ida 2009:26).

Ida untersuchte daher auch, ob die befragten StudentInnen sich der Verbindung des eigenen Lebens mit der Politik bewusst sind. Im Durchschnitt gaben die Befragten an, eher keine Verbindung zu sehen. Nur etwa 14% gaben an, einen (engen) Zusammenhang zu sehen. Man muss aber beachten, dass viele der StudentInnen noch nicht in die Gesellschaft entlassen wurden (Ida 2009:19-20).

Auch Stefenelli führt das abnehmende politische Interesse junger Menschen (in Österreich) nicht auf die generelle Unlust sich zu engagieren, sondern vor allem auf die Distanz zur institutionellen Politik zurück. Sie führt dies aber wiederum darauf zurück, dass Heranwachsende in der konventionellen Politik wenige Beteiligungsmöglichkeiten sehen, da es an Mitsprachemöglichkeiten mangelt (Stefenelli 2005:5). Diese Theorie ist wahrscheinlich auch auf Japan anwendbar, da dort sogar das allgemeine Wahlrecht erst mit dem 20. Lebensjahr erhalten wird. Wahlen sind, wie dargestellt, die grundlegendste Art der politischen Partizipation und junge Menschen erhalten diese Möglichkeit zur politischen Teilnahme folglich erst relativ spät. Im nachfolgenden Kapitel wird auf das Effektivitätsbewusstsein junger Erwachsener in Japan eingegangen.

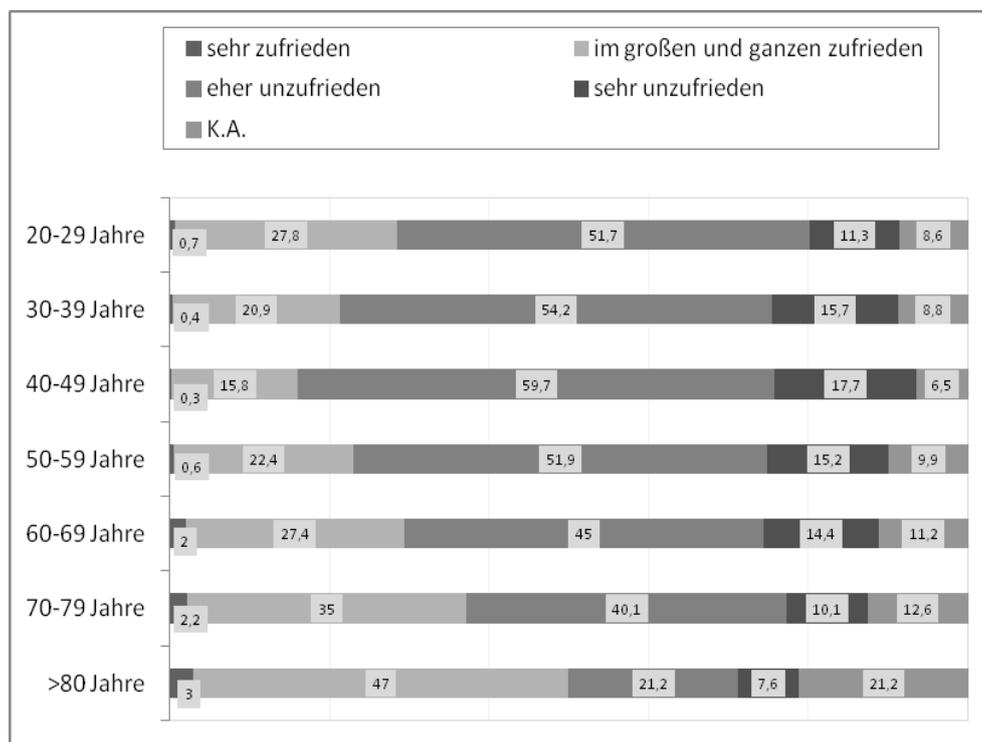
3.2.3.2 Formen politischer Zufriedenheit

Eine Umfrage der *Asahi Shinbun* im Juli 2007 unter WählerInnen zwischen 20 und 39 Jahren ergab, dass 59% der Befragten nicht glaubten, ihre Wählerstimme würde einen Unterschied machen (Fujioka 2007). Laut Yoshimura Yōko, der früheren Vorsitzenden der Meisuikyō der Präfektur Niigata, hat das Wählen mit der Wertigkeit, die das Wählen inne haben kann – nämlich, dass man mit seiner Stimme tatsächlich eine Veränderung bewirken kann - zu tun. Im Vereinsbericht *Senkyo* wurden 2004 Meinungen und Vorschläge von StudentInnen zur niedrigen Wahlbeteiligung der JungwählerInnen vorgestellt. Ein Student äußerte folgende Meinung: „Da sich nichts ändert, selbst wenn man wählen geht, habe ich aufgegeben“ (Yoshimura 2005:9).

Kawakami spricht von einer In- und Output-Beziehung, in der die „eigene Anstrengung“ Grundlage der Demokratie ist und man die Gesellschaft mittels der Beteiligung an Wahlen nach den eigenen Wünschen verändert. Seine Untersuchung ergab auch, dass 53,7% derer die meinten, man könne durch eigene Anstrengungen Zufriedenheit erlangen, wählten. Von jenen, die angaben, um Zufriedenheit zu erlangen, muss man die Gesellschaft ändern, wählten sogar 72,1%. Desweiteren beteiligten sich bloß 30,5% von jenen an der Wahl, die denken, ihre Stimme würde keinen Unterschied machen (weil so und so die meisten wählen würden). Von jenen, die dieser Aussprache widersprachen, beteiligten sich hingegen 68,6% (Kawakami 2005:15).

An dieser Stelle findet man sich wieder bei der Frage nach der Macht der einzelnen Stimme. Es gibt tatsächlich Beispiele, die belegen, dass Wahlen durch ein oder zwei Stimmen entschieden wurden. Kawakami sieht daher eine Notwendigkeit darin, die Einsicht zu vermitteln, dass man mit seiner Stimme die Macht hat etwas zu verändern¹⁷. Schließlich enthielten sich 50,6% derer, die der Aussage „man hat nicht die Macht zu beeinflussen was die Regierung macht“ zustimmten, ihrer Stimme, während 71,7% derer, die dem widersprachen, an der Wahl teilnahmen (Kawakami 2005:15). Das Problem ist aber immer noch, dass bei einer derart großen Anzahl an Wahlberechtigten nur wenige glauben, dass ihre Stimme einen Einfluss hat.

Abbildung 7: Politikzufriedenheit und Wahlverhalten nach Alter (in %)



(Quelle: Meisuikyō 2010:73)

¹⁷ Die Macht der einzelnen Stimme, welche bereits im Rahmen des rationalistischen Ansatz angesprochen wurde, spielt der „ökonomischen Theorie des Wählens“ zufolge dahingehend eine Rolle, dass der rationale Wahlberechtigte dann seine Stimme abgibt, wenn es die Zeit und Mühe wert ist, das heißt, seine Stimme das Ergebnis entscheiden könnte. Demnach würde ein Wahlausgang, der als knapp erwartet wird, die Wahlbeteiligung steigern. Entscheidend sind hierbei auch die Massenmedien und die Demoskopie, da die Endphase des Wahlkampfes möglichst spannend vermittelt werden muss. Im deutschen Sprachraum ist der Zusammenhang zwischen einem knappen Wahlausgang und der Wahlbeteiligung jedoch noch nicht empirisch belegt (Gaisböck und Walter 2005:53).

Abbildung 7 zeigt die Politikzufriedenheit nach Altersklassen. Den niedrigsten Grad an Zufriedenheit mit der Politik weist hier überraschenderweise einmal nicht die jüngste Generation, sondern die Altersgruppe der 40 bis 49-Jährigen auf. Nur insgesamt 16,1% dieser gaben an, mit der Politik „sehr“ oder „im großen und ganzen“ zufrieden zu sein. In der Altersgruppe der 20 bis 29-Jährigen sagten insgesamt 28,5%, dass sie mit der Politik zufrieden seien. Am höchsten ist der Grad der Politikzufriedenheit bei den Befragten ab dem 80. Lebensjahr.

Bei Idas Untersuchung wiederum gab keiner der Befragten an, „sehr zufrieden“ mit der Politik zu sein und nur etwa 10% waren „(eher) zufrieden“. Demgegenüber gaben etwa 60% an, eher bis sehr unzufrieden zu sein (Ida 2009:20).

Das Image der Politik scheint auch nicht gut zu sein. Nur 10% gaben an, ein eher bis sehr gutes Bild der Politiker zu haben und 65% sagten, ein eher bis sehr schlechtes Bild zu haben (Ida 2009:20). Die Befragten sollten desweiteren auch angeben, welches Bild sie von der Politik haben: Stark-schwach, rein-unsauber, gerecht-ungerecht, konservativ-reformistisch, transparent-intransparent, warm-kalt, zuverlässig-unzuverlässig, alt-neu, logisch-unlogisch, reflektiert-reflektiert die öffentliche Meinung. Die befragten StudentInnen zeichneten folgendes Bild der Politik: Stark, aber unsauber, ungerecht, konservativ, intransparent, kalt und unzuverlässig, alt und reflektiert nicht die öffentliche Meinung. Hierbei lassen sich Anzeichen politischen Zynismus erkennen. Das negative Image der Politik ist nicht nur Reflexion der gegenwärtigen Lage einer Zeit, sondern wird in Form von Misstrauen und politischem Zynismus im Prozess der politischen Sozialisierung von Generation zu Generation weitergegeben. In anderen Worten, das negative Image der Politik ist Teil der politischen Kultur Japans (Ida 2009:23).

Eine Umfrage der Stadt Kurashiki zum Bewusstsein zeigte, dass es überwältigend viele junge Erwachsene gibt, welche der Politik misstrauen (Kubota, Kusaka und Fujisaka 2006), und in dem Vereinsbericht der Meisuikyō gab es ebenfalls zahlreiche Hinweise auf das Misstrauen in die Politik. Kawakami setzt sich in seiner Untersuchung ebenfalls mit der Verbindung zwischen dem Vertrauen in die Politik und dem Wahlverhalten der jungen Erwachsenen auseinander. Auch seine Umfrage ergab, dass zwar das Vertrauen in die Politik nur sehr gering ist, dies jedoch faktisch keinen statistischen Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung hat. So liegt die Wahlbeteiligung derer, die angaben, in die Arbeit der Verwaltung zu

vertrauen, bei 62,9%, die derer, die angeben kein Vertrauen zu haben, lag aber bei ebenfalls relativ hohen 55,8% (Kawakami 2005:14).

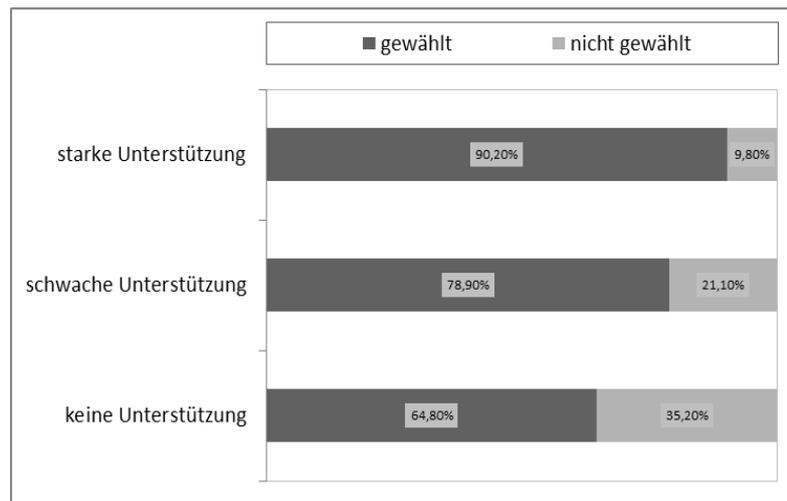
Yoshimura erzählt, dass es in der Vergangenheit zu der Aussage „in Japan ist das Misstrauen in die Politik eine Reproduktion des Misstrauens in sich selbst“ kam, die bis heute im Gedächtnis geblieben ist. Kern der Aussage ist ihrer Meinung nach, dass die Enttäuschung und das Misstrauen in die Politik dadurch immer größer werden, dass verschiedene Probleme nicht von der Politik gelöst werden können. Andererseits sei Japan aber eine Gesellschaft in der man zwar sagt, die Politik sei schlecht, dem jedoch nur schweigend zusieht. Für die meisten Menschen sei die Politik eine „ferne, andere Welt“ und wiederholt eine „derartige“ Politik zu wählen scheint eine Sache der japanischen Gesellschaft (Yoshimura 2005:9).

Politisches Misstrauen wird aber nichtsdestotrotz oft als Grund für die politische Apathie junger Erwachsener angegeben. Ida nennt dies „Politikmisstrauens Hypothese“ (*seiji-fushin-kasetsu*) (Ida 2009:26). Jedoch konnte Ida in seiner Untersuchung keine Korrelation zwischen dem Grad an Politikinteresse, dem Grad an Politikzufriedenheit und dem Politikerimage erkennen. Folglich sind das Misstrauen und die Unzufriedenheit mit der Politik nicht die Gründe für die Politikflucht der JungwählerInnen und die Hypothese wurde verworfen (Ida 2009:20).

3.2.3.3 Parteiunterstützung

Auch wenn die Parteiunterstützung in Japan, wie in den USA und Europa, als einflussreichste Determinante für das Wahlverhalten angesehen wird (Hirano 1999:65), unterscheidet sich Japan aus der psychologischen Perspektive, was die Parteibindung oder -identifikation angeht, doch von den USA oder Europa. So wird in den USA die Parteibindung im Allgemeinen von der parteilichen Ausrichtung der Eltern bestimmt, worauf das „Party Identification Model“ der Michigan Schule ihren Fokus legt. In Europa wiederum sind es soziale Gruppen, deren gemeinsame Interessen, gemäß dem „Social Cleavage Model“, von den Parteien repräsentiert werden. Keines der beiden Modelle scheint jedoch geeignet die Parteiunterstützung in Japan ausreichend zu beschreiben, da die Familie in den meisten Fällen parteiunabhängig ist und Parteien in Japan nicht in tiefen *cleavages* verwurzelt sind (Kawata 1999:29-30).

Abbildung 8: Parteiunterstützung und Wahlverhalten, 20 bis 39-Jährige



(Quelle: Meisuikyō 2010:43)

Abbildung 8 zeigt die Ergebnisse der Befragung der Meisuikyō über den Zusammenhang zwischen Parteiunterstützung und Wahlbeteiligung unter den 20 bis 39-Jährigen. Jene, welche angaben, eine Partei „sehr“ zu unterstützen (im Gegensatz zu „ein wenig“ und „gar nicht“), gingen zu 90,2% wählen. Die Wahl tendenz jener, welche sagten, eine Partei „ein wenig“ zu unterstützen, und jener, welche keine Partei unterstützten, war (mit 78,9% und 64,8%) geringer¹⁸.

Trotz des großen Einflusses der Parteiunterstützung, zeigten Untersuchungsergebnisse aber auch, dass anzunehmen ist, dass die Parteiunterstützung unter japanischen WählerInnen weniger hervorstechend ist und keine starke Bedeutung für das politische Selbst hat (Kawata 1999:30). Die japanische Parteiunterstützung kann daher als eine Art unverbindliche psychologische Unterstützung angesehen werden. Ein Beispiel hierfür ist das von Richardson hervorgehobene „gewohnheitsmäßige Wählen“ (*habitual voting*), bei dem WählerInnen konsistent für eine Partei wählen, jedoch über keine starke psychologische Parteibindung verfügen (Hirano 1999:65).

Auch Neumann sieht in der vergleichsweise schwachen emotionalen Parteizugehörigkeit eine wichtige Besonderheit der politischen Kultur Japans. Die

¹⁸ Bei den älteren Altersgruppen war die Wahl tendenz, derer welche keine Partei unterstützen höher (79,1% und 90,3%) - es gab also, im Gegensatz zu den jüngeren Generationen, keinen großen Unterschied in der Wahl tendenz hinsichtlich der Parteiunterstützung (Meisuikyō 2010:42-43).

Begründung für diese und die damit verbundene geringe Zahl an Parteimitgliedschaften liegt ihrer Meinung nach in dem negativen Bild von Politikern und Parteien (Neumann 2002:107). Viele junge Erwachsene stehen außerdem vor dem Problem, dass sie so empfinden, dass keine der Parteien ihrem Standpunkt nahe kommt (Mori Y. 2005:30).

In vielen westlichen Demokratien ist seit Jahrzehnten ein Aufweichen der traditionellen Parteibindungen zu beobachten. Das heißt, der Anteil an StammwählerInnen, die sich bei Wahlen immer für die gleiche Partei entscheiden, nimmt ab. Dies führt nicht bloß zum Wechsel zwischen Parteien, sondern unter Umständen auch zur Stimmenthaltung (Kleinhenz 1995:50-51). Laut Chung trifft dies auch auf den Fall Japan zu und das Absinken der Wahlbeteiligung im Laufe der Zeit ist auf die wachsende Zahl von Nicht-StammwählerInnen (*mutōha*) zurückzuführen. Diese entscheiden, aufgrund der wachsenden Distanz zu den Parteien, vor jeder Wahl erneut über ihre Teilnahme bzw. Parteipräferenz (Neumann 2002:98). Die zurückgehende Parteibindung kann also nicht bloß in einem Wechsel der Wahlentscheidung, sondern auch im Wahlverzicht resultieren, denn die Parteidentifikation beeinflusst nicht nur die Entscheidung für eine bestimmte Partei, sondern stärkt auch die Partizipationsbereitschaft (Kleinhenz 1995:51-52)

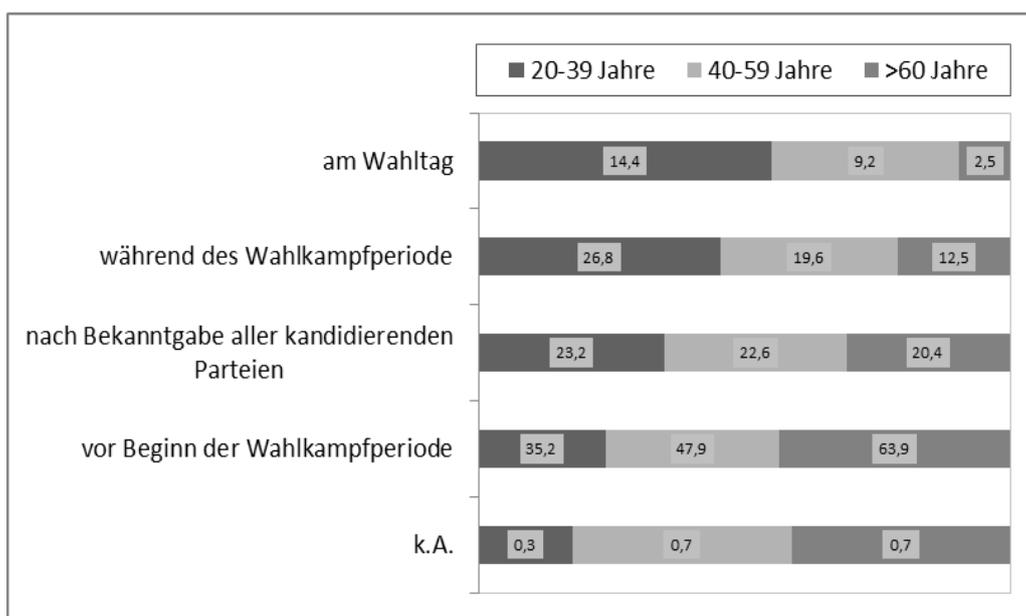
Die Herausbildung politischer Loyalität findet, aufgrund der fehlenden Politisierung innerhalb der Familie, in Japan in späteren Lebensjahren statt als in den meisten westlichen Ländern. Die Rolle der Familie liegt vielmehr darin, einen Rahmen für die Auswahl einer Partei zu schaffen, als eine bestimmte Parteipräferenz zu übermitteln. Erst mit dem Eintritt in die Arbeitswelt oder während der tertiären Bildung nehmen die Anschauungen junger Erwachsener mit steigendem Alter durch die Sozialisierung von außen mehr Form an. Die politische Ausrichtung mag damit zwar in der Familie beginnen, jedoch kommen die Haupteinflüsse von außerhalb dieser, wie eben dem Arbeitsplatz oder dem tertiären Bildungssystem, und zwar erst nach dem Erreichen der Mündigkeit. Das bedeutet weiter, dass die finanzielle Situation und die Stellung im Erwerbsleben die schlussendliche Parteiausrichtung beeinflussen (Kawata 1999:31-33)¹⁹.

¹⁹ Anders als Kawata, gibt Sugimori an, dass verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die Formung politischer Einstellungen bereits in der Grundschule beginnt und die meisten WählerInnen mit 20 Jahren bereits wissen, wen sie wählen werden (Sugimori 1999:47).

Da also angenommen wird, dass die psychologische Identifikation fehlt (bzw. noch nicht stark ausgeprägt ist), beeinflusst die Parteiunterstützung das aktive Verhalten junger Erwachsener nur wenig (Kawata 1999:31).

Eine Folge des instabileren Wählerverhaltens ist, dass kurzfristige Faktoren für die Wahlentscheidung an Bedeutung zunehmen. Dies sieht man auch an der Verlagerung des Entscheidungszeitpunktes. Mehr WählerInnen wissen oft bis kurz vor der Wahl nicht, wen sie wählen sollen (Kleinhenz 1995:50).

Abbildung 9: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Alter; Verhältniswahl (in%)



(Quelle: Meisuikyō 2010:48)

Während, wie in Abbildung 9 ersichtlich, 20 bis 39-Jährige sich eher gegen Ende des Wahlkampfes für eine Partei entscheiden, treffen die über 60-Jährigen ihre Wahl eher am Anfang.

Nichtsdestotrotz besteht auch in Japan ein Zusammenhang zwischen positiver bzw. negativer Parteiunterstützung und politischer Partizipation. So ist es wahrscheinlicher, dass eine Person eine Partei unterstützt bzw. ablehnt, je besser sie politisch informiert ist, wobei beides in der Regel zu einer höheren Partizipation führt. Jedoch sind Studien zufolge loyale Parteigänger am besten über politische Themen informiert, nehmen am häufigsten an Wahlen und Wahlkampagnen teil und sind in ihrem Wahlverhalten am konstantesten und es stellt sich die Frage, ob bei

dem großen Anteil derer, die den Parteien distanziert gegenüberstehen, die Stabilität des Parteiensystems erhalten bleiben kann (Neumann 2002:108-109). Miyake äußert sich hierzu folgendermaßen:

This [the negative and the positive partisans' behaviour] provides Japanese electoral behaviour with conditional stability, voting patterns remain stable so long as the contending parties and the relative attractiveness of their perceived images remains unchanged (Zit.n. Neumann 2002:109).

Und Neumann hierzu weiter:

In Japan zeigt sich, dass ein negatives Bild von den Parteien oder Politikern nicht zwangsläufig zu einer Ablehnung der Möglichkeiten verfasster politischer Partizipation wie Wahlen oder der Teilnahme an Wahlkampagnen führt, sondern das demokratische System an sich Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Diese Aussage wird von einer Besonderheit des Wahlverhaltens unterstrichen: In Japan gehen auch nicht informierte Bürger häufiger zur Wahl als überzeugte Gegner der Parteien und können daher zu der Kategorie der mobilisierten WählerInnen gezählt werden (Neumann 2002:109).

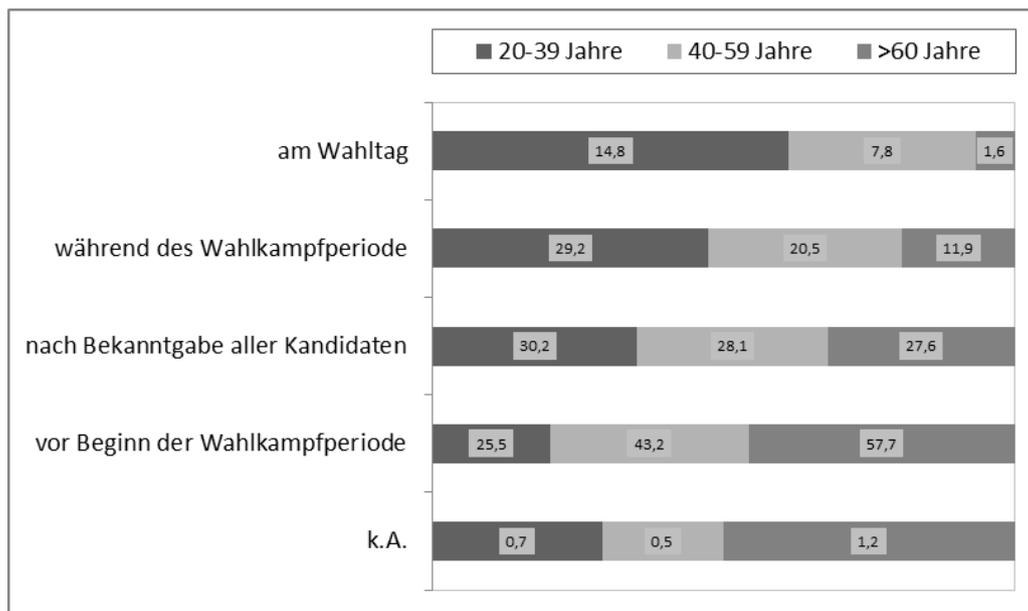
Der Einfluss der Parteien ist in Japan aber nicht in gleichem Maße ausschlaggebend wie in anderen demokratischen Industriestaaten. Dies liegt schon alleine daran, dass der Einfluss der Kandidaten sehr groß ist (Neumann 2002:104).

3.2.3.4 Kandidatenorientierung

Japans Politik gilt allgemein als sehr personenfokussiert. So müssen WählerInnen bei Wahlen nicht ein Kreuz an entsprechender Stelle machen, sondern den Namen des Kandidaten, dem sie ihre Stimme geben wollen, selbst eintragen. Dadurch ist es natürlich auch Ziel von Wahlkämpfen, den BürgerInnen die Namen der Kandidaten soweit einzuprägen, dass sie sich bei der Wahl an diesen erinnern können (DIHKJa 2011). Darauf aufbauend verwundert es kaum, dass die Kandidatenorientierung (oder *candidate evaluation*) neben der Parteiunterstützung in Japan traditionell als eine der wichtigsten Einflussgrößen im Wahlverhalten angesehen wird (Hirano 1999:69).

Der Enthusiasmus der JungwählerInnen ist durch die Kandidaten anscheinend nur schwer zu entfachen, wenn man bedenkt, dass, wie Umfragen und Interviews immer wieder zeigen, viele junge Wahlberechtigte, nicht wissen wen sie überhaupt wählen sollten: „I can't vote. I would go if I had time, but even then, there's no one I want to vote for“ (Fujioka 2007). So zeigen auch Umfragen, dass viele auch kurz vor der Wahl noch nicht entscheiden könnten, wem sie ihre Stimme geben sollen.

Abbildung 10: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Alter; Personenwahlkreis (in%)



(Quelle: Meisuikyō 2010:47)

Bei der Frage danach, wann man sich dazu entscheidet einen Kandidaten zu wählen (Einzelpersonenwahlkreis), lässt sich in Abbildung 10 eine ähnliche Tendenz wie den Wahlzeitpunkt von Parteien (Verhältniswahl) betreffend beobachten. Es zeigen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Altersklassen. Bei den jüngeren Erwachsenen zwischen 20 und 39 Jahren, gaben 30,2% an, sie würden sich für einen Kandidaten entscheiden, sobald die Kandidaten feststehen. Aber 29,2% entscheiden erst während den Wahlen und 14,8% am Wahltag, was im Vergleich zu anderen Altersgruppen recht viel ist. Daraus lässt sich schließen, dass die Altersgruppe der 20 bis 39-Jährigen vergleichsweise erst Ende des Wahlkampfes entscheidet. Dem gegenüber, entscheiden die über 60-Jährigen eher am Anfang des

Wahlkampfes. 57,7% treffen ihre Wahl vor der Wahlperiode und 27,6% wenn die Kandidaten feststehen.

Laut Hirano sind nicht Faktoren die mit dem persönlichen Image der Kandidaten in Verbindung stehen ausschlaggebend, wie beispielsweise Verlässlichkeit- und Kompetenz-Faktoren in den USA. Stattdessen werden Kandidaten von einem nutzengetriebenen Standpunkt aus bewertet. Das heißt der WählerInnen fragt sich, welchen Nutzen die Wahl des Kandidaten ihm persönlich oder auch seiner Umgebung bringen wird (Hirano 1999:69).

Nishino Takehiko von Ring, einer Freiwilligengruppierung, welche sich um die Steigerung der Wahlbeteiligung bemüht, sieht ein Problem darin, dass es keine charismatischen Führungspersonen gibt, wie beispielsweise Obama in den USA, für welchen die Jugend wählen gehen will und den sie stark unterstützen (Fujioka 2009). Der ehemalige Premierminister Koizumi Junichiro schaffte es zwar die Wahlbeteiligung der jungen Generation durch seine „rock-star persona and snappy sound bites“ zu steigern (Fujioka 2007), jedoch war es auch ihm, als wohl beliebteste politische Führungsperson in der jüngsten Geschichte Japans, bloß gelungen 46,2% der 20 bis 29 Jährigen 2005 zum Wählen zu bewegen (Nagata 2008a). Shiratori Rei, politischer Experte an der Tōkai Universität, begründet Koizumis Beliebtheit während der Wahl 2000 mit seiner Freimütigkeit und dem Versprechen bei wichtigen Veränderungen mit mehr Nachdruck zu handeln. Da er jedoch in der Zeit danach nicht viel erreicht hatte, schwand das Interesse, besonders unter den jungen WählerInnen. Er meint, viele junge Erwachsene wenden sich von den Politikern ab, da sie denken, sie kommen auch ohne sie aus, womit sie in großem Gegensatz zu der älteren kriegserfahrenen Generation stehen (Kakuchi 2003).

Die Tage, an denen die jungen WählerInnen zu den Wahlreden gingen, scheinen jedenfalls wieder vorbei zu sein. Premierminister Abe Shinzo schaffte es nicht, mit seinem Charisma an das Koizumis und dessen Durchblick was Medien betrifft heranzukommen (Fujioka 2007). Außerdem meint Yamazaki Seiko des Dentsu Communication Institute, dass junge Menschen sich nicht von Themen wie der Pensionsreform oder Nord Korea Politik, Schlüsselthemen Abes, betroffen fühlen (Fujioka 2007).

Tochinai Katsuhiko ist Wahlberater, welcher schon mit einigen Politikern zusammengearbeitet hat, und gibt ebenfalls Politikern die Schuld an der politischen

Teilnahmslosigkeit der Jugend, spricht aber diesbezüglich von einer anderen Problematik. Seiner Meinung nach hätten es Politiker wie Asō Tarō mit seiner Vorliebe für Manga übertrieben. Gleichzeitig steigen Persönlichkeiten aus der Unterhaltungsbranche in die Politik ein und stoßen damit in Richtung Populismus. Tochinnai sagt, dass junge Erwachsene diesen Trend nicht positiv bewerten und politische Belange vielleicht nicht mehr ernst nehmen (Nagata 2008a).

Kawakami meint außerdem, Politiker würden das Gefühl der Angespanntheit nicht sehen. Es sei der Wunsch nach Politikern, welche die Anliegen der jungen Menschen repräsentieren, vorhanden, jedoch würden Politiker sich zu sehr den Anliegen der älteren Bevölkerungsschicht zuwenden (Kawakami 2005:19). Auf der einen Seite heißt es nun, dass sich politische Maßnahmen auf die Interessen der Alten konzentrieren, *weil diese wählen* und eine Steigerung der Wahlbeteiligung unter JungwählerInnen dazu führen würde, dass Politiker mehr Notiz davon nehmen, was diese zu sagen haben (Fujioka 2009). Auf der anderen Seite heißt es aber, dass ältere Generationen wählen, weil sich die Politik auf deren Belange konzentriert, was jüngere Generationen wiederum „verschreckt“ (Nagata 2008a).

Zwar wird bemängelt, dass von Seiten der Politiker nur wenig dafür getan werden würde, um die Jugend anzusprechen, jedoch schließt sich an dieser Stelle der Kreis wieder, denn für viele ist es die politische Apathie, welche diese mit ihren Belangen bei Politikern auf taube Ohren stoßen lässt (N.N. 2009b). Das heißt also, dass sich Politik und Politiker mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, den Belangen und Problemen der Jugend nicht genug Aufmerksamkeit zu schenken und ungenügend dafür tun, das Interesse dieser zu fördern (Fujioka 2007), dies jedoch darauf basiert, dass die Gruppe der jungen Wahlbeteiligten nicht wählt und Politikern und Parteien damit auch keine Stimmen einbringt - ganz im Gegensatz zu älteren Generationen.

Sugimori identifiziert ein weiteres Problem. Seine Befragung weiblicher Universitätsstudentinnen ergab, dass diese Politiker nicht als Mitglieder ihrer Eigengruppe (*in-group*), sondern ausnahmslos als einer Fremdgruppe (*out-group*) zugehörig ansehen. Dies scheint eines der gravierendsten Probleme der politischen Einstellung bzw. des Bewusstseins junger JapanerInnen zu sein. Gemäß der „Social Identity Theory“ entwickelt sich Feindlichkeit leicht gegenüber den Mitgliedern von Fremdgruppen (Sugimori 1999:45-46).

Jüngere Kandidaten beispielsweise könnten eine größere Wahlbeteiligung der jüngeren Generation mit sich bringen (Kawakami 2005:19). Die Mitglieder der DPJ sind durchschnittlich jünger, als die der LDP (Masters 2009). Dass bei der Unterhauswahl 2009 unter den JungwählerInnen die Unterstützung der DPJ, wie bereits dargestellt, größer war, unterstützt diese Annahme.

3.2.3.5 Themenorientierung

Laut Hirano haben zahlreiche Wissenschaftler hervorgehoben, dass politische Belange (*policy issues*) keinen großen Einfluss auf das Wahlverhalten haben bzw. politische Themen nur selten den Wahlausgang beeinflusst haben. Der Einfluss politischer Themen ist zwar limitiert, jedoch stellte Miyake in den 1980er Jahren fest, dass Themen dann einen starken Einfluss haben, wenn es sich um WählerInnen mit einem sehr negativen Bild der politischen Parteien handelt (Hirano 1999:70).

Tabelle 2: Interesse an politischen Themen nach Alter (in%)

20-39 Jahre	40-59 Jahre	>60 Jahre
Konjunktur und Arbeit 62	Konjunktur und Arbeit 71,5	Pension 70,6
Maßnahmen zur Überalterung 54	Pension 65,4	Med. Behandlung und Pflege 69,4
Pension 46,7	Med. Behandlung und Pflege 55,5	Konjunktur und Arbeit 59,3
Med. Behandlung und Pflege 46	Steuern 41,2	Preise 31,9
Steuern 39	Bildung 34,8	Steuern 31,6
Bildung 37	Umstrukt. d. öffentl. Finanzen 30,4	Umweltprobleme 28,1
Umstrukt. d. öffentl. Finanzen 23,7	Maßnahmen zur Überalterung 29,6	Bildung 25,8
Regierungsgewalt 23,3	Einkommensunterschiede 29,6	Maßnahmen zur Überalterung 25,4
Einkommensunterschiede 22,3	Umweltprobleme 25,3	Regierungsgewalt 22,6
Umweltprobleme 19,7	Regierungsgewalt 24,7	Einkommensunterschiede 22,5

(Quelle: Meisuikyō 2010:69)

Tabelle 2 zeigt das Interesse an politischen Themen. Ein Thema das alle Altersgruppen beschäftigt ist „Konjunktur und Arbeit“. „Pension“ und „medizinische Behandlung und Pflege“ sind Themen, welche mit zunehmendem Alter wichtiger werden. Andererseits nimmt das Thema „Gegenmaßnahmen zur Überalterung“ bei den jüngeren Altersgruppen zu. Dies zeigt, dass man sich am meisten mit Problemen beschäftigt, die einem selbst am nächsten sind.

Es werden aber nicht alle gesellschaftlichen Belange von der Politik aufgegriffen. Parteien und Politiker schieben Probleme, die ihnen keine Stimmen einbringen, auf. Ein aktuelles Beispiel hierfür, auf die Jugend bezogen, wäre das Thema Arbeitsplätze, welches zwar als gesellschaftliches Problem existiert, aber nicht in der Politik aufgegriffen wird (Mori Y. 2005:25). Die Jugend-Arbeitslosigkeit, ein Resultat dessen, dass Unternehmen in wirtschaftlich schweren Zeiten unerfahrene Angestellte entlassen, stellt wie bereits im Kapitel zur Wirtschaftsstruktur dargestellt, ein Problem dar. Im Juni 2009 lag die Arbeitslosenrate der 15 bis 24-jährigen bei 8,7%, im Vergleich zu einer durchschnittlichen Rate von 5,2% (Fujioka 2009).

Ein weiteres Problem ist die niedrige Geburtenrate. JungwählerInnen waren gegen den Plan der Demokraten, Familien mit Kindern finanziell zu unterstützen, da dies seine Wirkung verfehlt und das Geld eher für Langzeit-Projekte, wie Kindertagesstätten, verwendet werden sollte (Fujioka 2009). Die jungen Wahlberechtigten sind enttäuscht über die Programme der Regierung, besonders das fehlerhafte Pensionssystem, in welchem sie ihr Geld nicht mehr zurück bekommen werden („Ponzi Schema“) (Masters und Beech 2009c). Das Pensionssystem Japans ächzt unter der alternden Bevölkerung und manche junge JapanerInnen zahlen nur ungern in das System ein, da Schätzungen voraussagen, dass die Rückzahlrate bis zu dem Zeitpunkt an dem sie selbst in Pension gehen, bis auf die Hälfte der gegenwärtigen Rate gesunken sein wird (Fujioka 2009).

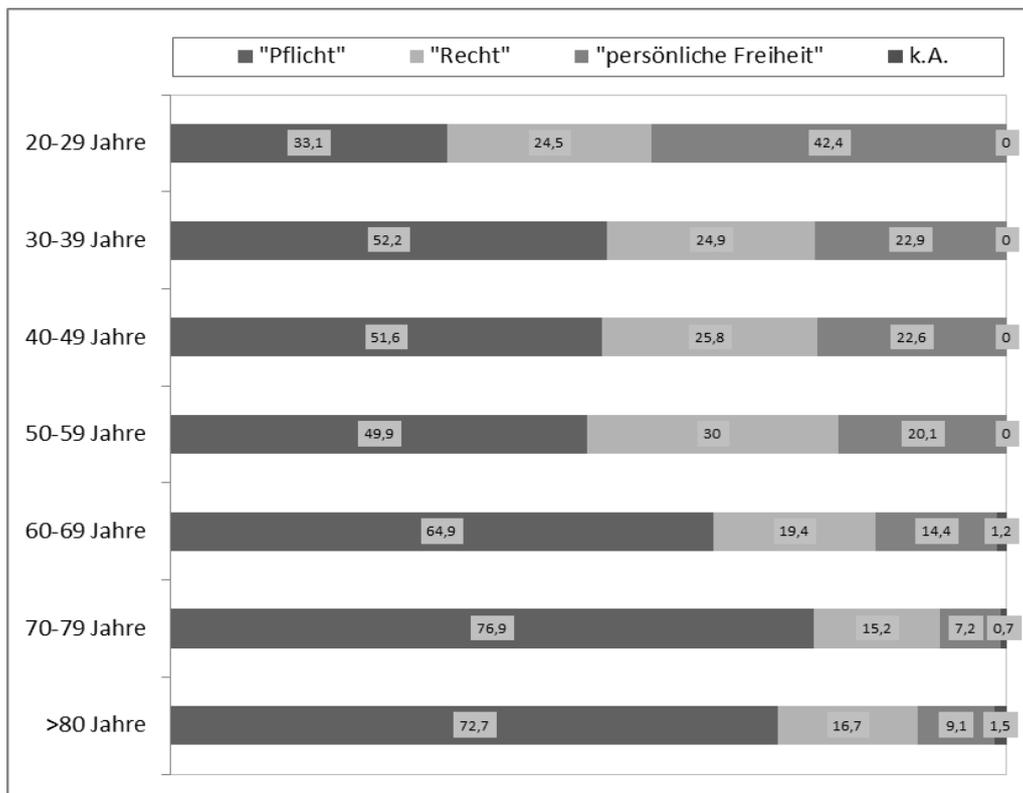
Laut Mori findet heutzutage außerdem eine Amalgamierung und Zerflechtung der politischen Parteien statt, was zu einer Unklarheit über die Politik der Parteien führt. Folglich findet die heutige Jugend keine Partei, die ihrem Standpunkt nahe ist. Gleichzeitig versucht aber auch keine der Parteien aktiv eine Politik, die die Jugend ansprechen würde, zu machen (Mori Y. 2005:28). Dies drückt sich schließlich in der Desillusionierung der jungen Wahlberechtigten aus, die schließlich unsicher sind, ob die DPJ besser mit ihren Problemen umgehen kann als die LDP (Fujioka 2009).

3.2.3.6 Akzeptanz der Wahlnorm

Der Nutzen, den man daraus zieht, eine bestimmte Partei oder einen Kandidaten zu wählen, ist meistens nicht mit Händen greifbar, sondern abstrakt. In einer Zeit, in der es schwer fällt, zwischen den Parteien zu unterscheiden, ist es für viele vielleicht eine Bürde zur Wahl zu gehen. Es gibt viele Wahlberechtigte, die es am Wahltag

vorziehen, etwas anderes zu machen. Bei Nationalwahlen wählen aber trotzdem 50 bis 60% der Wahlberechtigten. Man sagt, dies liegt darin begründet, dass das Wählen einem ein Gefühl der Zufriedenheit gibt oder auch ein Pflichtgefühls befriedigt (Mori Y. 2005:28-29).

Abbildung 11: Wahlnorm nach Alter (in%)



(Quelle: Meisuikyō 2010:35)

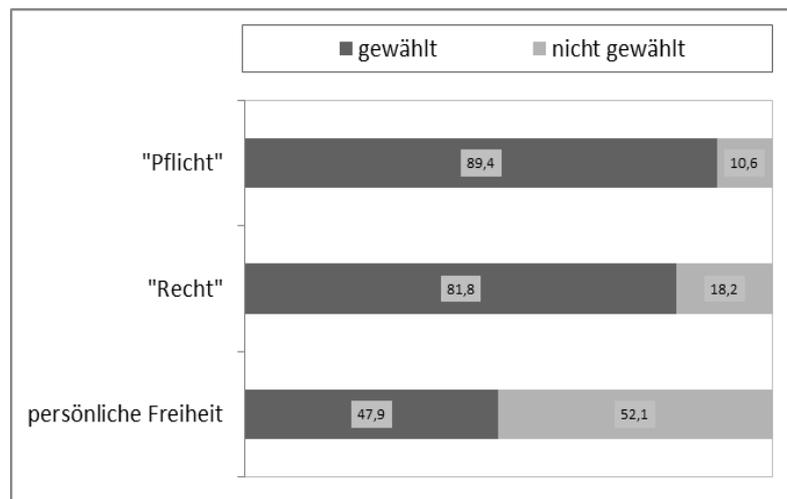
Abbildung 11 zeigt das Bewusstsein gegenüber dem Wählen. Hierbei wurde danach gefragt, was man über das Wählen denkt. Es gab vier Antwortmöglichkeiten: „Wählen ist eine Pflicht gegenüber dem Staat“, „Wählen ist ein Recht, dem man nicht entsagen sollte“, „Wählen ist eine persönliche Freiheit“ oder „ich weiß es nicht“ (k.A.). Während in der Altersgruppe der 70 bis 79-Jährigen 76,9% angaben, das Wählen sei „Pflicht gegenüber dem Staat“, lag der Anteil unter den 20 bis 29-Jährigen bei vergleichsweise geringen 33,1%. Demgegenüber sagten 42,4% der 20 bis 29-Jährigen, zu wählen sei eine „persönliche Entscheidung“ (bei den 70 bis 79-Jährigen nur 7,2%). Damit nimmt der Anteil derer, welche das Wählen als persönliche Freiheit

betrachten, je jünger die Altersklasse wird zu, und der jener, die es als „Pflicht gegenüber dem Staat“ sehen, mit steigendem Alter.

Eine Umfrage der Wahlkommission der Stadt Kurashiki kam zu demselben Ergebnis. Junge Erwachsene zwischen 20 und 30 Jahren sahen auch hier das Wählen am meisten als „persönliche Freiheit“. 50 bis 59-Jährige betrachteten es als „Recht“ und die Gruppe der über 60-jährigen als „Pflicht“. Diese drei Antworten reflektieren die Wertvorstellungen der Generationen (Kubota, Kusaka und Fujisaki 2006).

Dies deutet darauf hin, dass das Pflichtbewusstsein junger Wahlberechtigter gegenüber den Wahlen gesunken ist und noch nie so gering war (Vgl. Mori Y. 2005:29-30). Kubota, Kusaka und Fujisaka weisen zwar darauf hin, dass es unter den jungen Wahlberechtigten auch solche gibt, die das Wählen als „Pflicht“ ansehen, sich aber ohne Grund ihrer Stimme enthalten, sodass Bewusstsein und Handeln also nicht übereinstimmen (Kubota, Kusaka und Fujisaki 2006), jedoch lässt sich beim Zusammenhang von Wahlnorm und Wahlbeteiligung doch eine eindeutige Tendenz erkennen.

Abbildung 12: Wahlnorm und Wahlverhalten, 20 bis 39-Jährige (in%)



(Quelle: Meisuikyō 2010:40)

Abbildung 12 kann man entnehmen, dass unter den 20 bis 39-jährigen Befragten die Wahlbeteiligung derer, welche das Wählen als „persönliche Freiheit“ bewertet hatten, bei 47,9% lag. Dies ist im Vergleich zu jenen, welche sagten Wählen sei „ein Recht dem man nicht entsagen sollte“ (81,8%) oder „eine Pflicht“ (89,4%) gering. An den

Ergebnissen der Befragung dieser Altersgruppe ist abzulesen, dass die moralische Bewertung des Wählens einen Einfluss auf die Wahl tendenz hat. Im Vergleich, lässt sich bei den beiden älteren Altersabschnitten folgende Tendenz erkennen: Im Gegensatz zur jungen Altersgruppe, zwischen 20 und 39 Jahren, ist kaum ein Unterschied zwischen der Wahl tendenz, derer die sagten Wählen sei ein „Recht“ und derer die sagten es sei eine „Pflicht“ zu erkennen.

3.2.4 Exkurs: Wahlmobilisierung

Wie das Wort „Wahl-Mobilisierung“ suggeriert, geht man davon aus, dass es in der Kommunikation einen einseitigen Strom gibt: Von den Zuständigen der Wahlmobilisierung, wie beispielsweise etwa den Kandidaten oder Meinungsbildnern, hin zu den Wahlberechtigten. Jedoch ist es schwierig, die Aktivitäten von Wahlkampagnen und Meinungsbildnern zu messen, weshalb man bei Untersuchungen normalerweise auf die Seite der Wahlberechtigten zurückgreift. Die zwei wichtigen Zugänge sind schließlich jene über das soziale (oder politische) Netzwerk und die über die politische Informationsumwelt (Miyake 2005a:69-70).

Das soziale Netzwerk, ob persönlich oder innerhalb von Organisationen, ist gewöhnlich wichtiger als die eigentlichen Wahlkampagnen, da Wahlkampfperioden in Japan kurz sind und die Kampagnen strengen Beschränkungen unterliegen. So haben beispielsweise private Vortragsversammlungen (*kojin-ensetsukai*) eine größere Wirkung als das Aufhängen von Postern. Was die Informationsumwelt angeht, ist jüngsten Forschungen zufolge (auch in sozialen Netzwerken und in Organisationen) der direkte und absichtliche Einfluss dieser unbestritten. Aber auch die zufällige Wechselwirkung zwischen Mitgliedern (auf der waagerechten) wird betont (Miyake 2005a:69-70).

Tabelle 3: Berührung mit Wahlwerbung nach Alter (in %)

	20-29 Jahre	60-69 Jahre	Gesamt
TV-Spots	55,6	63,2	60,6
Zeitungen	34,4	49,8	45,2
Propagandaautos	25,8	44,5	34,3
Offizielle Informationsblätter	12,6	24,9	22,7
Plakate	23,8	15,7	18,6
Werbeballons, Reklameschilder u.ä.	6,6	20,1	15,5
Reklame in öffentl. Verkehrsmitteln	15,9	9,2	11,2
Radio	11,3	12,9	10,2
Flugblätter	5,3	10,2	10,1
Internet	20,5	3,7	6,8
Magazine	11,9	5,7	6,2
Straßenreden u.ä.	7,3	7	6

(Quelle: Meisuikyō 2010:81)

Tabelle 3 zeigt, wo junge Wahlberechtigte mit Wahlmobilisierung in Berührung kommen. TV Spots stehen an erster Stelle, gefolgt von Zeitungen, Propagandaautos und schließlich dem Internet.

Zu den wichtigsten Quellen für Wahlinformationen zählen traditionell aber eigentlich offizielle Wahlschriften (Neumann 2002:106). Diese scheinen, wie in Tabelle 3 ersichtlich, junge WählerInnen schlechter zu erreichen als andere Medien. Kawakami stellte in seiner Untersuchung fest, dass 66,9% derer, welche angaben Wahlinformationen (ernsthaft) zu lesen, auch an der Wahl teilnahmen (Kawakami 2005:18). Jedoch ist anzunehmen, dass man diese bloß liest, wenn man sich ohnehin für Politik interessiert, was eine Wahlteilnahme ohnehin wahrscheinlicher macht. Es verwundert daher auch nicht, dass von der Verwaltung herausgebrachte Informationsblätter von der jungen Generation nicht gelesen werden, von den älteren Generationen aber sehr wohl. Das heißt, dass auch die Informationen zu den Wahlen, die in solchen Informationsblättern herausgegeben werden, zwar die älteren, aber nicht jungen Wahlberechtigten erreichen. Man steht vor einem sehr großen Problem, wenn es darum geht der jungen Generation Wahlinformationen zukommen zu lassen - ein Problem, das die Wahlausschüsse alleine wahrscheinlich nicht lösen kann (Kawakami 2005:8).

Kawakami schlägt generell eine wirkungsvolle Wahlaufklärung als Strategie für die Steigerung der Wahlbeteiligung junger BürgerInnen vor²⁰. Der wichtigste Bestandteil der Werbung, im Unterschied zur Propaganda, ist das sogenannte *targeting*. Wenn es um Jugendliche geht, ist aber eben vor allem das *targeting* wichtig, da, wie man auch an den Umfrageergebnissen sehen konnte (z.B. Kawakamis Unterteilung Politik- und Modetrendinteressierter), die „Jugend“ keineswegs homogen ist (Kawakami 2005:20-22).

Ein wichtiger Aspekt ist die Mediensucht junger JapanerInnen. Oft läuft der Fernseher zu Hause den ganzen Tag, und wenn man unterwegs ist, hört man Musik. Auch zwischenmenschliche Beziehungen werden durch die Medien instandgehalten. So sind Fernsehprogramme wichtige Gesprächsthemen und Mobiltelefone stellen wohl das wichtigste Werkzeug zur Kommunikation dar (Kotani 2004:35). Kawakamis Vorschlag, „Musik und Mode“ als Zugang zu nutzen, um auf Themen der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, scheint daher nicht als weit hergeholt. In den 1990er Jahren beispielsweise, schrieb ein Student in den USA eine Arbeit über den Rockmusiker Frank Zappa, der seine Fans dazu aufrief, sich als WählerInnen registrieren zu lassen und damit auf große Resonanz stieß. Dass Rockstars wie Zappa einen zum Wählen aufrufen, ist man in der japanischen Kultur nicht gewohnt. Unternehmen, Künstler und andere Personen der Öffentlichkeit haben aber, laut Kawakami, eine gesellschaftliche Verantwortung. So könnten einflussreiche Personen aus Musik, Mode, und Sport Trends auslösen und als Meinungsbildner in den Medien organisiert zu mehr Interesse für Politik und Umwelt aufrufen (Kawakami 2005:12-14).

Was Wahlen angeht, ist der Einfluss der Medien als Informationsquellen sehr groß, auch auf die junge Generation. Kawakami untersuchte daher den Einfluss von Fernsehen, Zeitungen und Internet auf die Wahlteilnahme. Seine Umfrage ergab, dass 72,9% der WählerInnen aufgrund von Fernsehaussendungen entscheiden, ob sie wählen oder nicht. 51,1% machen Zeitungsartikel zur Entscheidungsbasis und 64,2% die Homepages der Parteien (Kawakami 2005:17-18).

²⁰ In der Forschung gibt es nur wenige, die sich mit der Erforschung von Verwaltungspropaganda und mit Propagandastrategien auseinandersetzen wie Kawakami. Natürlich gibt es Leute, die sich mit öffentlicher Werbung für Politik beschäftigen, nicht aber so bei Partei- und Regierungspropaganda und Werbung (Kawakami 2005:20).

Wechselt man die Perspektive, ergab die Umfrage Kawakamis folgendes: 61,9% derer, die Zeitungsartikel zur Entscheidungsbasis machen, nahmen an den Wahlen teil. Die Wahlbeteiligung derer, die dies nicht taten war mit 50,5% um über 10% geringer. Was Fernsehsendungen angeht, so wählten 52,9% derer, die diese als Entscheidungsbasis heranziehen, demgegenüber aber 62,5% jener, die das nicht tun. Die Wahlbeteiligung derer, die viel Fernsehen liegt bei 49,7%, bei jenen, die 2-3 Stunden fernsehen bei 58,6% und schließlich bei denen, die selten fernsehen bei 59,9%. Dies zeigt, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen Fernseh- und Wahlverhalten gibt²¹. Beim Zeitunglesen zeigt sich ein noch größerer Unterschied in der Wahlbeteiligung. Von jenen, die keine Zeitung lesen, wählten 48,2%, die manchmal lesen 66,1%, und die täglich über 30 Minuten Zeitung lesen 70,8%. Das ist außergewöhnlich hoch. Jedoch ist der Anteil jener, die wirklich viel Zeitung lesen, verhältnismäßig gering. Die jungen Leute zwischen 20 und 29 Jahren, die es aber tun, sind eifrige WählerInnen (Kawakami 2005:18).

Gemäß dem großen Einfluss der Medien²², ist Suzuki Kan, DPJ-Mitglied des japanischen Oberhauses, der Auffassung, dass es im Grunde überraschend leicht sein müsste, das Misstrauen der jungen Menschen in die Politik zu beseitigen, wenn die Massenmedien sich des Problems annehmen würden, dass Berichte zur Politik zu eintönig sind. Durch die Informationsmethoden der Massenmedien würde die Politikflucht beschleunigt werden, obwohl das Parlament jeden Tag über wichtige Angelegenheiten, die das Volk betreffen, debattiert (Suzuki 2009:7-8).

Von Seite der Parteien wird mittlerweile teils versucht, die jungen Wahlberechtigten zu erreichen. Vor der Unterhauswahl 2009 wurden in Spielhallen und Internetcafés Poster mit der Aufforderung wählen zu gehen aufgehängt. Aber besonders das Internet wurde als Weg entdeckt, die Aufmerksamkeit der „Jugend“ zu erlangen. So gab es unter anderem Blogs auf politikbezogenen Homepages und Internetbeiträge die sich speziell an die Jugend richten. Auch mit Yahoo hat man zusammengearbeitet, um Werbung zu machen (N.N. 2009a). Jedoch gibt es

²¹ Unterschiede im Fernsehverhalten zeigen sich hier bei dem Bildungsgrad. Die mit höherem Bildungsgrad sehen weniger fern. Personen mit einem Oberschulabschluss sehen sehr viel fern (Kawakami 2005:18).

²² Der generelle Einfluss der Medien auf Wahlergebnis und Wahlbeteiligung gilt als unbestritten. So wird in der Forschung beispielsweise argumentiert, dass ein von den Medien vorhergesagter knapper Wahlausgang sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt, während zuversichtliche Vorhersagen, über Gewinn oder auch Niederlage, sich negativ auswirken (Hirano 1999:74).

hinsichtlich der Nutzung des Internets im Zusammenhang mit Wahlkampagnen Probleme mit dem Wahlgesetz.

Auf die Nutzung des Internets zur Mobilisierung Wahlberechtigter wird im folgenden Kapitel gleich eingegangen. Eine weitere Art der Mobilisierung, welche vor der Wahl 2009 viel Aufmerksamkeit erfuhr, sind Freiwilligen-Gruppierungen junger JapanerInnen. Ein Beispiel wäre Harada Kensukes Studentengruppe *ivote*. Auf diese soll im Anschluss an die Bedeutung des Internets eingegangen werden.

3.2.4.1 Internet

Laut OECD Statistik verfügten 2007 51,7% aller Haushalte Japans über einen Breitband-Internetzugang (Kiyohara 2010:16). Daten des MIC zeigten außerdem, dass der Einschaltungsgrad der 20 bis 29-Jährigen 2008 bei 96,3% lag (Kiyohara 2010:15)²³. Diese Werte belegen, dass das Internet unter jungen Menschen heutzutage weit verbreitet ist. Da außerdem Untersuchungen, wie im vorangehenden Kapitel angeführt, die potentielle Rolle des Internets in der Wahlmobilisierung nahelegen, erscheint die Verbreitung politischer Informationen über das Internet als wirkungsvolle Mobilisierungsmöglichkeit junger Wahlberechtigter (Vgl. Kawakami 2005:17-18). Jedoch geht diese Rechnung nicht ohne weiteres auf und die politischen Webseiten werden teils kritisiert. So sind die Homepages der Verwaltungsorgane zu unübersichtlich, weil sie mit Informationen vollgepackt sind. Dies wird darauf zurückgeführt, dass viele dieser Seiten vom Blickpunkt der Politiker aus gemacht werden (Suzuki 2009:7-8).

Ein Sprecher der DPJ merkte an, dass die Parteien Inhalte zur Verfügung stellen müssten, welche den Zugang zu Politik erleichtern und bemerkte die Popularität YouTubes. Er sagte, die Partei würde regelmäßig Pressekonferenzen auf der offiziellen Website hochladen, jedoch wäre die Seite größtenteils auf Text basierend. Er meinte auch, man wäre interessiert mehr Videos einzusetzen und weil es manchmal schwierig sei, Politik zu verstehen, hofft er, dass YouTube als Tor fungieren könnte, um den Leuten die Politik der DPJ näher zu bringen. Er sagte, man würde versuchen, die Videos kurz zu halten, da lange Clips die Zuseher langweilen

²³ Junge Menschen sind den Gebrauch des Internets heutzutage gewohnt, vor allem im Vergleich zu den älteren Generationen (Kiyohara 2010:19).

könnten. YouTube wird in diesem Fall dazu genutzt, den Leuten die Partei und ihre Maßnahmen näher zu bringen, während die offizielle Homepage dazu dient, detaillierte Informationen zu verbreiten (Nagata 2008b).

Die Inhalte des hochgeladenen Videomaterials sind zwar verschieden, doch nutzen neben der DPJ mehrere Parteien YouTube. Ein Sprecher der LDP sagte, die Partei habe ihre eigene Website und ein e-Mail-Magazin begonnen, um Informationen zu ihren Aktivitäten zu verbreiten. Da junge JapanerInnen dazu tendieren würden, von Politik gelangweilt zu sein, versucht auch die LDP ihre Maßnahmen einfacher zu erklären und greift auf visuelle Mittel zurück anstatt auf große, dichte Textmengen. Nichtsdestotrotz sagt der Sprecher der LDP, hätte die Partei Bedenken gehabt, Material leichteren Inhalts auf der offiziellen Website zu veröffentlichen, weil sie fürchtete kritisiert zu werden, Politik nicht ernst zu nehmen. Daher entschied die Partei, eine eigene Website zu erstellen mit größtenteils einfacherem und amüsantem Inhalt, um sie von der Haupt-Website zu differenzieren. Auf ihrem YouTube-Kanal, der dazu dient die Partei vorzustellen, veröffentlichte die LPD beispielsweise Touren durch das Parlament und das Parteigebäude – inklusive einem Auftritt des ehemaligen Premierminister Abe – und stieß damit auf große Resonanz. Auch die anderen Parteien, wie beispielsweise SDP und KPJ, fanden ihren Weg ins Internet (Nagata 2008b).

Obwohl die Parteien also das Potential des Internets erkannt haben und auch schon zum Teil nutzen, um bei jungen Menschen einen Fuß in die Türe zu bekommen, ist der Gebrauch des Internets unter Politikern noch immer nicht weit verbreitet und deren Webpages sind meist weder detailliert noch aktuell genug (Nagata 2008a). Außerdem, sagt Igarashi Jin, Professor an der Hōsei Universität, habe die Internetreklame einen Haken. Informationen aus dem Internet zu bekommen, setzt voraus, dass die Benutzer sich dazu entscheiden, eine Seite zu öffnen. Anders als bei dem Verteilen von Handzetteln oder wenn man etwas zufällig im Fernsehen sieht, ist dies nur möglich, wenn die Internetbenutzer sich ganz bewusst auf eine Homepage begeben. Nichtsdestotrotz ist das Internet ein gutes Medium, um die Leute für Politik zu interessieren, sagt er, da es wahrscheinlich schwer für die Parteien sei, Informationen auf konventionelle Art und Weise zu verbreiten (Nagata 2008b).

Auch Kawabe Kentarō von Yahoo Japan meint, dass der Zugang zu Informationen auf deren Basis sie Entscheidungen treffen können, für Japans junge WählerInnen essentiell sei, um zu WählerInnen zu werden. Da er damit hoffte, die Wahlbeteiligung der Jugend zu erhöhen, versuchte er sich 2006 an einer Website über Politik mit Nachrichten aus der Politik, Online-Journals von Gesetzgebern und Comicstrips zu den Aufgaben des Parlaments. Die Seite, welche aber ebenfalls durch das Gesetz einigen Einschränkungen unterworfen ist, erlaubt BesucherInnen den Austausch ihrer Ansichten zu Gesetzgebern und politischen Maßnahmen. Kawabe sagt auch, man habe herausgefunden, dass junge BesucherInnen der Seite besonders Gefallen an der Interaktion fanden, da sie es ihnen ermöglicht, ihre eigenen Ansichten mit anderen auszutauschen. Im Vorfeld der Wahl stieg die Anzahl der Besucher auf eine Million pro Tag an (Fujioka 2007).

Internetplattformen haben es demnach leicht gemacht, Videomaterial mit einem großen Publikum zu teilen. Da YouTube sehr beliebt ist, könnte es eine Lösung darstellen, Internetbenutzer durch dieses Mittel auf Politik aufmerksam zu machen. Jedoch, auch wenn japanische Politiker Websites nutzen, verbietet das Wahlgesetz Internetwerbung als Wahlkampfmittel, und die Parteien dürfen ihre Websites mit Beginn des Wahlkampfs nicht mehr updaten (Nagata 2008b).

Artikel 142 und 143 des *Wahlgesetzes für Öffentliche Ämter* regulieren, welche „Literatur und Bilder“ für Wahlkampagnen eingesetzt werden dürfen. Das MIC interpretiert die Bedeutung dieser Artikel. Während aber beispielsweise Postkarten und Flugzettel als „Literatur und Bilder“ für Kampagnen eingesetzt werden dürfen, ist die Verwendung des Internets - obwohl Webseiten unter der Interpretation des MIC als „Literatur und Bilder“ geregelt werden und für den Zweck regulärer politischer Aktivitäten eingesetzt werden dürfen - im Wahlkampf verboten (Kiyohara 2010:16).

Daher dürfen Japans Politiker das Internet nicht für ihre Wahlkampagnen nutzen und die Kandidaten fahren in Propagandaautos (siehe Abbildung 13) durch Japan, bewaffnet mit Bannern, Flyern und Lautsprechern, und halten an Bahnhöfen und Straßenecken Reden (Masters 2009). Der Nutzer Kaila K zeigt sich in seinem Artikel auf der Internetseite *Youth and Politics* sehr erstaunt darüber, dass das Internet in Japan nicht für Wahlkampagnen eingesetzt werden darf. So wird dem Internet, wie bereits angesprochen, eine wichtige Rolle für die hohe Wahlbeteiligung der JungwählerInnen bei den Wahlen in den USA beigemessen, da dieses es den

Jugendlichen ermöglichte mit den Politikern in Interaktion zu treten – in einem Maße, das vorher nie möglich gewesen war (Kaila K 2008).

Abbildung 13: Propagandaauto der LDP



(Quelle: Masters 2009)

Die Präsidentschaftswahlen in den USA stellen das bekannteste und außergewöhnlichste Beispiel der Verwendung des Internets zur Wahlmobilisierung dar. Barak Obamas Kampagne 2008 gelang es, das Internet und auch Handy-Nachrichten erfolgreich für die Mobilisierung junger WählerInnen einzusetzen. In diesem Fall eröffnete die Informations- und Kommunikationstechnik (*information communication technologies*, ICT) eine neue Ära des Wahlkampfes. Auch andere Länder, wie Korea, nutzen das Internet zu Wahlkampfzwecken und beobachteten positive Effekte auf die Partizipation (Kiyohara 2010:15-16).

Das heißt also, das Internet erleichtert den Zugang zu neuen WählerInnen. Auf die persönlichen Websites der Politiker kann während der Zeit der Wahlkampagnen zwar zugegriffen werden, jedoch können sie während dieser Periode nicht auf den neuesten Stand gebracht werden. Wahlberater argumentieren, dass das Wahlgesetz erneuert werden soll, um Internet-freundliche Kampagnen zu ermöglichen (Masters 2009). Eine Abänderung des Gesetzes würde die Aktualisierung offizieller Websites erlauben, was von Vorteil wäre, wenn man davon ausgeht, dass diese von

Jugendlichen genutzt werden würden, um vor der Wahl Informationen zu beziehen (Nagata 2008a).

Nach seiner nunmehr über fünfzehnjährigen Präsenz auf dem Medienmarkt, sind das Internet und die damit verbundene digitale Kommunikation längst Bestandteil des Alltags vieler Menschen. Auch Politik und Verwaltung nutzen elektronische Medien um intern Daten zu übertragen und mit der Öffentlichkeit in Dialog zu treten. Mit seiner Effizienz und Schnelligkeit hat das Internet für die Weiterleitung und den Austausch von Informationen und die Aktivierung von Debatten neue Maßstäbe gesetzt. Daher erscheint das digitale Netz für eine qualitative Neugestaltung des klassischen Beziehungsdreieck Politik, Medien und Öffentlichkeit durchaus erheblich. Iris Huth drückt es folgendermaßen aus: „Richtig angewandt könnte das Internet dazu beitragen, politische Prozesse bürgernäher und demokratischer auszugestalten und die Partizipation des Bürgers am staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Handeln deutlich zu erhöhen“. Die Meinungen zur Nutzung des Internets sind jedoch konträr, einerseits enthusiastisch und andererseits skeptisch, warnend oder gar ablehnend, weshalb es Debatten zur sogenannten *e-democracy* (elektronische Demokratie) und *e-government* (virtuelles Regieren) gibt (Huth 2004:464-465).

So wird in der allgemeinen Debatte oft ein Bild von einer digitalen Demokratie gezeichnet, welche den BürgerInnen eine neue Form der politischen Partizipation eröffnet. Politisch interessierte, gut informierte BürgerInnen können das Internet nutzen, um mit politischen Institutionen und Akteuren sachorientiert zu kommunizieren oder sich im Netz aktiv zu beteiligen (Huth 2004:467).

In der DPJ ist man der Auffassung, dass die Abschaffung des Verbots des Einsatzes des Internets mit dem Zweck der Wahlwerbung (Stichwort *netto-senkyo*) ein wichtiger Schritt für die Steigerung der Qualität der Demokratie wäre. Jedoch ist man innerhalb der LDP noch nicht zu einer Entscheidung gekommen. Die DPJ hat bereits mehrere Male versucht das Wahlgesetz im Parlament zu ändern. Weshalb die LDP passiv bleibt, erklärt sich Suzuki Kan der DPJ damit, dass 70% der Internetnutzer die DPJ unterstützen würden (Suzuki 2009:8)²⁴.

²⁴ Die Gültigkeit dieser Aussage konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht überprüft werden, jedoch zeigten Untersuchungen in den USA ebenfalls, dass Beteiligte im Internet dazu tendieren, liberaler als der Durchschnitt zu sein (Best und Krueger 2005:199).

Suzuki argumentiert, dass die Leute in der Zeit, in der sie am meisten Fragen stellen wollen, keine Möglichkeit haben, mit Politikern zu kommunizieren. Er selbst hat mit Ausnahme der Wahlkampfperiode ein wöchentliches Internetprogramm. Die DPJ hat die Revision des Gesetzes in ihr Parteimanifest aufgenommen. Die LPD verteidigte jedoch das Pre-Internet-Wahlgesetz, welches das Material der Wahlkampagnen in wesentlichen auf Postkarten, Poster und Flyer begrenzt (Masters 2009). Letzten Endes muss man sich aber bewusst machen, dass das Internet alleine die politische Partizipation junger Erwachsener nicht garantieren kann:

Dabei besteht für die Wissenschaft auch kein Zweifel darüber, dass wer bereits politisch interessiert, motiviert und aktiv ist, der versucht auch die neuen Potentiale des Internets auszunutzen. Wer bislang politisch unbeteiligt war, den vermag die neue Technik allein weder zu motivieren noch zu mobilisieren (Huth 2004:473).

Huth schließt letztlich aber auch, dass die Motivation der BürgerInnen, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen, trotz technischer Möglichkeiten und Erleichterungen sinken wird, wenn sie sich in ihren Interessen, Sorgen und Wünschen nicht ernst genommen fühlen. Das bedeutet, dass das in Demokratien vorhandene grundsätzliche Akzeptanz- und Vertrauensproblem nicht durch *e-government*-Angebote alleine behoben werden kann (Huth 2004:470-471).

Abgesehen von dieser Tatsache, ist es jedoch naheliegend, dass die Einbeziehung des Internets in Japans Wahlkämpfe eine große Hilfe beim Erreichen der jungen Zielgruppe wäre und ihre Partizipation steigern würde (Vgl. Kiyohara 2010:15). Da das Internet generell als geeignetes Werkzeug zur Massenmobilisierung angesehen wird, kann wohl auch seine politische Bedeutung nicht von der Hand gewiesen werden (Best und Krueger 2005:184).

3.2.4.2 Jugendorganisationen

Die japanische Regierung begann schon vor längerem, Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung und des Politikbewusstseins der jungen BürgerInnen zu ergreifen und zu diesem Zweck, Komitees ins Leben zu rufen. Ein Beispiel hierfür ist die bereits erwähnte Bewegung Meisuiyō unter der Leitung des MIC (Sugimori 1999:56), eine rechtsfähige Stiftung zur Förderung fairer Wahlen und politischer

Partizipation, welche in ganz Japan wirkt (Nagata 2008a). Der Wahlmobilisierung junger Erwachsener wenden sich aber besonders Organisationen aus jungen Freiwilligen zu. Beispiele hierfür sind unter anderem die Gruppen Katariba, Dot-jp und Ring.

Katariba, eine Gruppe, die sich nicht als politische, sondern eher als bildende Organisation betrachtet, hat es sich zur Aufgabe gemacht eine Plattform zu schaffen, die es der Jugend ermöglicht ihre Zukunftswünsche zu artikulieren. Zu diesem Zweck werden Workshops in öffentlichen Oberschulen veranstaltet, um der Jugend (politische) Rollenbilder näherzubringen. Außerdem werden Events organisiert, auf denen Jugendliche mit lokale Politikern zusammentreffen können (Masters und Beech 2009a, Masters und Beech 2009d). Dot-jp, ebenfalls eine NPO, hilft StudentInnen, Praktika in den Büros japanischer Politiker zu finden (Masters und Beech 2009a). Ring wiederum postet Videomaterial von Interviews von StudentInnen mit Politikern auf *YouTube* und organisiert Debatten unter Wahlkandidaten über Themen, die von jungen Leuten ausgesucht wurden (Fujioka 2009). Damit sieht man, das die Aktivitäten der Gruppen vielfältig und weit gestreut sind.

Zu den Gruppen, die im folgenden näher vorgestellt werden sollen, zählen Ivote, STEP und das Jugendkomitee der Stadt Jōetsu, welche alle drei von der Meisuikyō mit dem Yūryo katsudō hyōshō, einem „Preis für ausgezeichnete Aktivitäten“, ausgezeichnet wurden (Harada 2010:8, Tashiro 2009:32, Ikeda M. 2008:31). Auf diesem Weg soll dargestellt werden, welche Strategien diese verfolgen.

(a) Ivote

Die NPO Ivote wurde im April 2008 von Harada Kensuke, einem 23-jährigen Studenten, gegründet (Masters und Beech 2009b, Fujioka 2009), mit dem Ziel, die Wahlbeteiligung junger Erwachsener zu steigern. Dieses Vorhaben lässt sich auch aus dem Namen herleiten: I vote, Englisch für „ich wähle“. Angesprochen sollen vor allem junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren und StudentInnen werden. Diese sollen bei kommenden Wahlen mit mehr Wissen, Interesse und einer ausgeprägteren Meinung zu den Wahlurnen schreiten. Ivote wird ausnahmslos von StudentInnen geleitet, um an Gleichaltrige zu appellieren (Harada 2010:1).

Ivote wurde ohne Unterstützung, nur von StudentInnen gegründet. Anfangs bestand die Gruppe aus 7 Mitgliedern. Da es sich um keine amtlich anerkannte Studentengruppe handelte, fanden Treffen zunächst in Fastfood-Lokalen statt, wo man Gedanken austauschte und Diskussionen führte. In der Zeit von Winter 2008 bis Frühling 2009 wurden die Aktivitäten konkreter, man holte sich Ratschläge von Politikern und startete das Mail-Projekt und „Izakaya Ivote“. Damit wurde die Gruppe nach und nach unter StudentInnen bekannter und der Name Ivote tauchte erstmals in den Medien auf (Harada 2010:6).

Ivote unternimmt eine ganze Reihe verschiedener Aktivitäten, um junge Erwachsene anzusprechen. Da es zum Beispiel viele junge Erwachsene gibt, die sich zwar vornehmen zur Wahl zugehen, es dann aber letzten Endes nicht tun, rief Ivote ein Mail-Projekt ins Leben, für welches Interessierte sich im Internet registrieren können. Hierbei gibt man seine Mail-Adresse und das Wahldatum bekannt und bekommt dann rechtzeitig vor der Wahl eine Mail zugeschickt, die einen daran erinnert wählen zu gehen. Ivote versuchte über Internetblogs oder *Mixi*, durch die Zusammenarbeit mit anderen studentischen Gruppierungen oder NPOs, mittels Bekanntgabe auf verschiedenen Veranstaltungen oder in den Medien auf dieses Mail-Projekt aufmerksam zu machen (Harada 2010:1-2)²⁵.

Ivote organisiert auch Treffen zwischen Jugendlichen und Politikern aller Parteien in Izakaya (Kneipen), die von StudentInnen und Jugendlichen genutzt werden. Ziel ist es, jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu bieten, sich in einem lockeren Umfeld mit Politikern zu unterhalten und auszutauschen, was beiderseitig auf positive Resonanz stieß. Da es sich um ein Trinkfest (*nomikai*) handelt, erhofft man, dass auch Personen, die sich weniger für Politik interessieren, leichter ein Anreiz zur Teilnahme geboten wird als beispielsweise bei einer Lerngruppe oder derartigem (Harada 2010:3).

²⁵ In einem Artikel erschienen im Juli 2010, spricht Harada von 1181 Registrierungen insgesamt, ist mit dieser Zahl jedoch nicht zufrieden. Die geringe Teilnahme an dem Projekt führt er auf zwei Gründe zurück: Zunächst auf die fehlende Bereitschaft seine private Mail-Adresse an unbekannte Gruppen weiterzugeben und zweitens darauf, dass viele sich nicht die Umstände machen wollen, sich extra über das Internet zu registrieren, nachdem sie über Zeitungen oder Fernsehen von dem Projekt erfahren haben (Harada 2010:1-2).

(b) STEP - Students are Thinking about Election Press

STEP wurde 1999 von StudentInnen gegründet. Hintergrund der Gründung war ebenfalls die niedrige Wahlbeteiligung der jungen Wählerschicht, weshalb StudentInnen und junge Erwachsene im Mittelpunkt stehen. Das Konzept für die Aktivitäten, besteht aus drei Teilen: (1) Man leistet mit neuen Ideen junger Menschen (StudentInnen) Aufklärungsarbeit. (2) Man bietet StudentInnen Gelegenheit über Politik und Wahlen nachzudenken. (3) Man ruft vom Standpunkt Gleichaltriger dazu auf, sich an den Wahlen zu beteiligen (Tashiro 2009:32-33).

Dies geschieht beispielsweise mittels Performances auf Universitätsfesten während Wahlen und auf Festen der Mündigkeitserklärung. So werden auf Universitätsfesten Ratespiele und Tänze veranstaltet, um die Themen Politik und Wahlen mit Spaß zu vermitteln. Es werden auch bekannte Persönlichkeiten um Teilnahme gebeten. Auf den Festen der Mündigkeitserklärung werden beispielsweise Plauderecken eingerichtet, in denen die Teilnehmer über ihre Gedanken zu Politik und Wahlen sprechen können. Dies soll effektiv sein, da Gleichaltrige ein Gefühl der Sympathie vermitteln. Während der Wahl erregt man damit auch die Aufmerksamkeit der Massenmedien, die natürlich großen Einfluss haben (Tashiro 2009:33-36).

Weitere Aktivitäten sind Lerntreffen und Trainingslager. Jeden Monat findet ein Lerntreffen statt und einmal im Jahr ein Trainingslager. Weil man normalerweise nicht mit Freunden über Wahlen oder Politik spricht, bieten diese Treffen eine Gelegenheit, sich mit Leuten zu unterhalten und dabei auch etwas zu lernen, Wissen zu den Wahlen zu erlangen und das Bewusstsein zu Politik und Wahlen zu stärken. Die Trainingslager, die über eine Nacht gehen und zwei Tage dauern, bieten die Möglichkeit Dinge zu erarbeiten für die bei den Lerntreffen nicht genügend Zeit vorhanden ist. So werden beispielsweise Projektteams gebildet, Planungskonzepte aufgesetzt und Ideen gesammelt (Tashiro 2009:34-35).

(c) Das „Geht zur Wahl! Jugendkomitee“ der Stadt Jōetsu

Das Jugendkomitee der Stadt Jōetsu wurde 2006 gegründet. Auch hier will man mit Hilfe eigener Ideen das Interesse junger Erwachsener an den Wahlen wecken. Wie der Name schon sagt, sind die Mitglieder mit einem durchschnittlichen Alter von 22,7

Jahren relativ jung und umfassen alles von Oberschülern bis hin zu 30-Jährigen (Ikeda M. 2008:31-32).

Eine zentrale Aktivität ist das Aufführen von „Aufklärungs-Performances“ im Zuge nationaler und lokaler Wahlen. Es wird hierbei versucht, eine lockere Atmosphäre herzustellen. Veranstaltungsorte sind beispielsweise Shoppingcenter, in denen dann Steptänze oder andere Performances aufgeführt werden. Man nimmt aber auch an Universitätsfesten und öffentlichen Veranstaltungen in der Umgebung teil, wobei dies auch eine zentrale Aktivität zur Steigerung des Bekanntheitsgrades und zum Anwerben von Unterstützern ist (Ikeda M. 2008:32-33).

Abbildung 14: Meisui-kun, Familie und Freunde



(Quelle: Meisuiikyō 2011a)

Damit die junge Bevölkerung mit dem Thema Wahlen in Berührung kommt, wird in Zusammenarbeit mit der lokalen Meisuiikyō auch einmal im Jahr in einem Shoppingcenter das „Wahl-Festival der Stadt Jōetsu“ veranstaltet, auf dem man Wahlen „kennen und lernen“ kann. Es handelt sich um eine Veranstaltung, die wie ein *senkyo-matsuri* sein soll, wo man etwas über das Wahlsystem und die Geschichte des Wählens lernen kann. Aktivitäten für Kinder sind zum Beispiel Ausmalbilder von Meisui-kun, dem Maskottchen der Meisuiikyō (siehe Abbildung 14), und Performances wie Zaubertricks oder Volkslieder. Desweiteren werden Probe-Wahlen durchgeführt, bei denen Maskottchen, wie Meisui-kun oder das Maskottchen Niigatas Tokkikki öffentlich Versprechen abgeben und von den Anwesenden gewählt werden. Da zahlreiche Maskottchen vorgestellt wurden, nahmen viele Kinder mit ihren Eltern teil und es wurde zu einer Gelegenheit, dass auch Kinder die Atmosphäre einer Wahl kennen lernen konnten (Ikeda M. 2008:33-35).

Zwischen den verschiedenen Gruppen finden auch Kollaborationen statt. So veranstalteten beispielsweise Ivote und Ring öffentliche Diskussionen mit Politikern um die Aufmerksamkeit von junger Passanten auf sich zu ziehen und auch Nicht-Parteiunterstützer zu erreichen. Ein ständiger Begleiter der Bewegungen rund um die Meisuiikyō ist das Maskottchen Meisui-kun (Harada 2010:5-6). So können die TeilnehmerInnen der Veranstaltungen mit Meisui-kun Erinnerungsfotos machen lassen. Das Maskottchen stößt auf große Resonanz bei Events und dient ebenfalls PR-Zwecken (Ikeda M. 2008:33).

Abbildung 15: „Sommerfest der Twens“



(Quelle: The Economist 2009)

Im Sommer 2009 fand außerdem anlässlich der 45. Unterhauswahlen das „20 dai no natsumatsuri“ („Sommerfest der Twens“) an mehreren Orten in ganz Japan statt (Harada 2010:6). *Natsumatsuri*, was so viel wie „Sommerfest“ bedeutet, wird in diesem Fall nicht mit dem Kanji für „Festival“ geschrieben, sondern kommt hier von dem Wort *matsurigoto*, was „Regierung“ oder auch „Politik“ bedeutet (siehe Abbildung 15). Das Fest ist eine Kooperation mehrerer Gruppen und Privatpersonen an verschiedenen Orten in ganz Japan und ist speziell an Jugendliche gerichtet. Durch das Tragen von Yukata und das Aufstellen von Bannern wurde versucht, eine Festivalstimmung zu erzeugen, wodurch das Fest keine so förmliche Atmosphäre hatte. Am 23. August 2009 fand auch eine Parade mit 50 Teilnehmern in Shibuya in

Tōkyō statt. Gesamt fanden im Rahmen dieses Projekts an vierzehn Orten in ganz Japan Feste mit insgesamt 300 Teilnehmern statt und 30.000 Flyer wurden verteilt (Harada 2010:3-4).

Die Meisuiyō selbst startete auch ein Projekt im Internet, das sich speziell an junge JapanerInnen richtet: Die Voters Mall (siehe Abbildung 16). Die Seite ist interaktiv gestaltet und bietet Spiele, Downloads, Comics und Videomaterial rund um das Thema Wahlen, wobei versucht wurde, die Seite zielgruppengerecht zu präsentieren (Meisuiyō 2011d). Der Einsatz des Internets hatte sich im Fall der NPO Rock the Vote, welche es sich zum Ziel gemacht hat, die politische Partizipation junger Menschen in den USA zu steigern, bereits als bewährte Methode herausgestellt. Im Zuge der US Präsidentschaftswahlen 2008 gelang es ihnen, 2,6 Millionen Menschen für die Wahl zu registrieren (Kiyohara 2010:18).

Abbildung 16: Voters Mall



(Quelle: Meisuiyō 2011d)

Am Beispiel der USA zeigte sich, dass junge WählerInnen sich gerne freiwillig engagieren und Gruppen wie „Students for Barack Obama“ Erfolg bei der Mobilisierung anderer JungwählerInnen hatten (Kiyohara 2010:19). Umfrageergebnisse zeigten, dass der Anteil an Jugendlichen, die bereits Erfahrung mit Freiwilligenarbeit gesammelt haben, in den letzten Jahren in Japan gewachsen ist (Kankai Tsūshinsha 2004:5). Dass sich mehr junge Leute der Freiwilligenarbeit zuwenden und die Anzahl an NGOs steigt, könnte mit dem Sinken der Job-Chancen zu tun haben (Masters und Beech 2009a), unter dem Strich ist die

Partizipationsbereitschaft unter jungen Menschen jedoch ein positives Argument für die Wirkung von Studentengruppen und anderen jungen NPOs und NGOs.

Welchen Einfluss derartige Projekte auf die Wahlbeteiligung der Teilnehmer haben, ist aber leider trotzdem nur schwer feststellbar. Laut Harada ist man sich aber sicher, dass die landesweiten sowie lokalen Auftritte in den Medien dabei helfen konnten, das Bild einer Jugendbewegung, die an Wahlen interessiert ist und teilnimmt, zu schaffen und damit zum Wählen anzuregen (Harada 2010:5). Nichtsdestotrotz bleibt die Wirkung solcher Bewegungen fraglich.

Die Meisuiyō fragte im Rahmen ihrer Umfrage auch nach Wirkung und Bekanntheitsgrad ihrer Bewegung. Zwar war der Bekanntheitsgrad unter den 20 bis 29-Jährigen vergleichsweise gering, aber im Allgemeinen war die Wahlteilnahme unter jenen, die schon an Aktivitäten der Meisuiyō teilgenommen hatten oder diese zumindest kannten, ein bisschen höher (Meisuiyō 2010:80-81). STEP befragte bei einer ihrer Veranstaltungen die TeilnehmerInnen danach, ob sie von ihrem neuen Wahlrecht Gebrauch machen werden und stieß mit einer 70%igen Quote an jungen Befragten mit Wahlintention auf ein sehr positives Ergebnis (Tashiro 2009:34). Jedoch ist anzunehmen, dass jene Bewegungen wahrscheinlich ausschließlich JungwählerInnen erreichen, welche sich ohnehin für Politik interessieren (Sugimori 1999:56).

Weitere Probleme sind laut Harada, dass Außenstehende nur schwer Vertrauen in die Bewegung fassen und, obwohl Ivote keine finanzielle Förderung erhält, oftmals ihre Neutralität in Frage gestellt und angenommen wird, die Gruppe würde eine Partei unterstützen. Außerdem wirft Harada eine Problematik auf, die ansonsten wenig Beachtung findet: Er kritisiert, dass es in Japan ein Tabu darstellt, über Politik zu sprechen. Während es beispielsweise ein Gutes ist zu sagen, manche sich Gedanken um die Umwelt, wird es als unangenehm empfunden, wenn man dazu auffordert wird, über die eigene Zukunft oder die Gesellschaft nachzudenken. Diesen schon lange anhaltenden Zustand würde man zwar gerne verändern, ist sich jedoch dessen bewusst ist, dass dies wohl außerhalb der Kompetenzen liegt (Harada 2010:7-8).

Die Tabuisierung von Politik findet in der Literatur nur wenig Erwähnung. Kawakami erwähnt, dass es, im Gegensatz zum Ausland, in Japan nur wenige Gelegenheiten gibt, über die Bedeutung der Politik zu diskutieren. Dies bedeutet,

dass sich nicht viele Möglichkeiten zur Kommunikation über Politik bieten (Kawakami 2005:19). Yamada Hiroshi, Professor an der Kaetsu Universität, stellte fest, dass seine StudentInnen Probleme hätten, ihre politischen Meinung anderen gegenüber zu äußern (Yamada 2005:1). Mori Chikako aber fragte sich in einem Artikel der *Asahi Shinbun*, weshalb man bei Vorstellungsgesprächen der Firma Toyota junge Bewerber nach ihrem Politikinteresse befragte und fand die Antwort darin, dass politisch interessierte Bewerber in Unternehmen oft nicht erwünscht (*konomashikuna*) sind. In den 1970er Jahren war dieses Gerücht nicht bloß auf die Fabrikarbeit beschränkt und jungen Menschen im heutigen Japan scheinen sich dies verinnerlicht zu haben. Wirft man einen Blick in ein Handbuch für Vorstellungsgespräche, findet man Aufsätze „Wie man eine neutrale Haltung gegenüber der Politik hat“ und liest, dass es besser sei, politische Gesprächsthemen zu meiden und stattdessen Themen aus Gesellschaft und Wirtschaft aufzugreifen (Mori C. 2007). Das bedeutet, es wird einem nahe gelegt, dass es besser sei keine politische Meinung zu haben.

Laut Mori C. kann man kaum verneinen, dass Ratschläge wie „es ist ungefährlicher keine politische Meinung oder Interesse zu haben“ einen Einfluss auf die Bewusstseinsbildung der Jugend haben. Damit kommt das Desinteresse der Jugend an Politik daher, dass sie die „Atmosphäre“ ihrer Zeit deuten und sich dieser anpassen. Diese sagt ihnen, dass (neben all den anderen Faktoren) auch die „Risiken“ des Politikinteresses zu hoch sind. Das Gefühl, es sei „ungefährlicher“, kein politisches Interesse zu haben, ist daher weit verbreitet. Mori C. sieht daher wenig Chancen, das Politikinteresse und die Wahlbeteiligung der jungen Generation zu verbessern, wenn man diese „Atmosphäre“ nicht ändert, in der Desinteresse sowie Interesse als schlecht gelten (Mori C. 2007).

3.2.5 Lebenszyklus- und Generationeneffekte

Aufgrund der Tendenz, dass die Wahlbeteiligung meist in jüngeren Altersgruppen unterdurchschnittlich und in älteren überdurchschnittlich ist, wird in der Wissenschaft dem Alter selbst ein gewisser Erklärungsgehalt zugeschrieben. Laut den Lebenszykluseffekten wächst die Wahlbeteiligung nach einer Orientierungsphase in jungen Jahren mit der Einbindung in die Arbeitswelt und Bildung einer eigenen Familie und in Zusammenhang mit einem höheren Einkommen, zunehmender

(politischer) Erfahrung und Politikinteresse an. Im höheren Alter geht sie aufgrund der schwindenden Integration und altersbedingter Gebrechen wieder zurück. Dementsprechend zeigen zahlreiche repräsentative Wahlstatistiken einen annähernd kurvilinearen Verlauf der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit vom Alter. Die niedrigste Wahlbeteiligung ist allgemein zumeist unter den 21- bis 25-jährigen zu beobachten. Danach nimmt sie mit den folgenden Altersgruppen kontinuierlich zu, bis sie bei den 60- bis 70-jährigen am höchsten ist und unter den über 70-jährigen wieder abnimmt (Caballero 2005:357), ein Verlauf, der sich, wie dargestellt wurde, auch in Japan beobachten lässt. Laut Nagata Kazuaki ist es auf der ganzen Welt eine der ältesten Regeln in der Politik, dass die Jugend sich heraushält. Japan stellt hierbei keine Ausnahme dar (Nagata 2008a). Auch im Bericht über ihre Meinungsumfrage zur Unterhauswahl 2009 begründet die Meisuikyō die zunehmende Wahlbeteiligung vom jungen Erwachsenenalter bis ins gehobene Alter damit, dass mit zunehmendem Alter die Bindung an die Gesellschaft stärker wird und das Politikbewusstsein steigt (Meisuikyō 2010:28). Das Sinken der Wahlbeteiligung bei den ältesten Altersgruppen wird schließlich auch in Japan mit der Verschlechterung des Gesundheitszustands ab einem gewissen Alter in Verbindung gebracht (Kubota, Kusaka und Fujisaki 2006). Die steigende Ausstattung mit Ressourcen und der wachsende Integrationsgrad mit dem Alter spielen also eine wichtige Rolle für die politische Partizipation. Damit hängt das Alter zwar mit anderen sozialen Faktoren zusammen, behält aber immer auch einen gewissen Erklärungsgehalt für sich (Gaisböck und Walter 2005:32).

Der kurvilineare Verlauf der Wahlbeteiligung muss aber nicht zwingend auf Lebenszykluseffekte zurückzuführen sein, sondern kann auch durch Generationeneffekte begründet werden. Diesem zufolge erwerben jüngere Generationen andere Wertprioritäten, wie beispielsweise eine geringere Akzeptanz der Wahlnorm oder eine schwächere Parteibindung. Damit in Einklang steht die Beobachtung, dass in vielen Ländern in längsschnittlicher Perspektive die Wahlbeteiligung unter den jüngeren Alterskohorten deutlich stärker abgenommen hat als unter den älteren (Caballero 2005:357)

Jedoch besteht die Sorge, dass obig beschriebene Lebenszykluseffekte in den letzten Jahren immer mehr verloren gehen. Dass die Wahlbeteiligung mit dem Alter zunimmt, liegt laut japanischen Forschern daran, dass in fast 50% der Fälle,

BürgerInnen sich mit dem Alter mehr in Organisationen beteiligen, das politische Interesse steigt, das Pflichtgefühl stärker wird, der Kosten der Partizipation nicht mehr als hoch empfunden werden und die Parteiunterstützung und die Zugehörigkeit zur Region stärker werden. Jedoch sinkt beispielsweise die Teilnahme an politikinteressierten Organisationen (Mori Y. 2005:29). Es gibt also keine Garantie, dass die junge Generation von Heute jemals die Wahlbeteiligung gegenwärtiger älterer Generationen erreichen wird (Vgl. Kubota, Kusaka und Fujisaki 2006). Der starke Einfluss von Generationeneffekten liegt daher nahe.

Was den Generationeneffekten aber teils widerspricht, ist Kotanis Annahme, dass die heutige Jugend ihre Passivität bei ihren Eltern erlernt hat und aus den Dekaden des wirtschaftlichen Wohlstands entstanden ist. Er geht so weit zu sagen, dass der Generationskonflikt (*generation gap*) beinahe verschwunden ist, was er mit der Eltern-Kind-Freundschaft (*tomodachi oyako*)²⁶ als dominantes Beziehungsmodell der Eltern-Kind-Beziehung und der Gleichheit der Eltern- und Kind-Generation begründet, woraus schließlich die politische und gesellschaftliche Passivität der jungen JapanerInnen resultiert (Kotani 2004:40).

Die Passivität der heutigen jungen Generation begründet er darauf aufbauend folgendermaßen: Während der gesellschaftliche Widerstand der Jugend der 1960er Jahre mit ihrem Widerstand gegen ihre Eltern-Generation begann, fehlt dieses Gefühl der heutigen Generation junger JapanerInnen. Kotanis Logik zufolge ist das Gefühl junger Menschen der Unterdrückung durch die Gesellschaft vor allem eine Projektion des Gefühls der Unterdrückung durch ihre Eltern. Ist das Verhältnis zu den Eltern harmonisch, sind sie auch nicht unzufrieden mit der Gesellschaft. Demzufolge ist die Absenz des Generationenkonflikts die größte Determinante der Passivität junger Menschen in Japan. Unterschiede in Sensibilität und Bewusstsein zwischen den Generationen sind demnach also sogar eine Notwendigkeit und die *tomodachi oyako* Idee zerstört die Möglichkeit zum intergenerationellen Konflikt (Kotani 2004:40-41).

Im intergenerationellen Vergleich ist es schließlich interessant, dass die japanische Jugend der 1960er und frühen 1970er Jahre für politische Proteste

²⁶ Ablehnung autoritärer Erziehung, Beziehung der Eltern zu ihren Kinder freundschaftlich, diese unkonventionelle Form familiärer Beziehungen wurde in den 1970er Jahren „die neue Familie“ genannt (Kotani 2004:34).

verantwortlich war und die politische Apathie junger Erwachsener darauf folgend zunahm (Cummings 1983:352), also mit der Elterngeneration der heutigen JungjapanerInnen.

Mifune Tsuyoshi und Nakamura Takashi widmeten sich einer ausführlichen Kohortenanalyse, welche ergab, dass die Wahlbeteiligung der heutigen jungen Erwachsenen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zukünftig gering sein wird. Was Generationeneffekte (oder Kohorteneffekte) erzeugt, sind die Erlebnisse der Jugend und Kindheit und die wichtigsten Erfahrungen kommen von der politischen und gesellschaftlichen Lage. Dass die heutige junge Generation beispielsweise in der Zeit des seit den 1980er Jahren weitverbreiteten politischen Misstrauens aufgewachsen ist, wird einen Einfluss auf die Generationeneffekte haben und einen Verlust für die Wahlbeteiligung darstellen. Mifune und Nakamura mutmaßen, dass Zeiteffekte diesem Trend entgegenwirken könnten (Mifune und Nakamura 2009:104).

Zeiteffekte sind wahlspezifische Einflussgrößen, die wahrscheinlich auch soziopsychologische Faktoren umfassen und durch den Wahlkampf auf die Wahlberechtigten wirken. Zeiteffekte zeigen sich daher in dem Interesse an der Wahl oder etwa der Parteiunterstützung. Bei einem Anstieg der Wahlbeteiligung kann der starke Einfluss von Zeiteffekten angenommen werden. So können verschiedene Ereignisse als Gründe für das Ansteigen der Wahlbeteiligung dienen. In den Jahren 1980 und 1986 beispielsweise fanden Unter- und Oberhauswahl am selben Tag statt, was wahrscheinlich das Interesse an den Wahlen steigerte und folglich auch eine Steigerung in der Wahlbeteiligung mit sich brachte (Mifune und Nakamura 2009:94-96).

Das bedeutet, Zeiteffekte können den gegenwärtigen Generationeneffekten entgegenwirken und einen Einfluss auf die zukünftige Wahlbeteiligung haben. Eine solche Veränderung scheint jedoch in der langfristigen Betrachtung auch die aktive Mitarbeit der jungen Generation zu benötigen. Der oftmalige Vorwurf der politischen Apathie lässt jedoch keine positiven Veränderungen in der Zukunft vermuten. Im Folgenden soll daher anhand der bisherigen Analyse der Wahlbeteiligung versucht werden abzuhandeln, inwiefern diese Aussage gerechtfertigt ist.

4 Conclusio

Die Analyse zeigte also, dass die Gründe für die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter zahlreich und untereinander stark miteinander verwoben sind. Im folgenden sollen daher die Ergebnisse noch einmal zusammengefasst, Verbindungen hergestellt und Schlüsse gezogen werden.

Wahlsystem und Wahlrecht eröffnen jungen Erwachsenen ab dem 20. Lebensjahr prinzipiell die Möglichkeit zur politischen Beteiligung an Wahlen. Einen Vorteil hierbei stellt es dar, dass keine Registrierung erforderlich ist, um an Wahlen teilzunehmen und einem vor jeder Wahl eine Benachrichtigung zugesendet wird, da dies die Kosten der Wahlteilnahme stark verringert. Kritisiert wurde jedoch, dass das Wahlrecht in Japan erst mit 20 Jahren vergeben wird. Für dies gibt es, wie bereits erwähnt, mehrere Gründe. Den wichtigsten Beweggrund zur Absenkung des Wahlalters kann man, unter Berücksichtigung anderer Ergebnisse der Analyse, darin sehen, dass es eine wohl bereits notwendige Gegenmaßnahme zu den Folgen der Überalterung ist.

Der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung ist, wie dargestellt, aufgrund der Überalterung im Schrumpfen begriffen. Das bedeutet, dass aufgrund der längeren Lebenserwartung und der sinkenden Fertilitätsrate die Proportion junger Menschen an der Gesamtbevölkerung Japans immer kleiner wird, was zu einer Marginalisierung dieser führt. Die quantitative Minderheit macht es jungen Menschen von vorne herein schwerer, ihre Interessen in der Bevölkerung durchzusetzen. Dieses proportionale Ungleichgewicht wird dadurch noch extremer, dass die Wahlbeteiligung aller älteren Altersgruppen um so vieles höher ist. Der geringe Anteil an der Gesamtbevölkerung könnte nicht bloß einen Einfluss auf deren Gefühl der politischen Wirksamkeit haben, sondern lässt auch die Gefahr sozialer Ungleichheit entstehen. Schließlich ist es ein Resultat der Marginalisierung der Jugend, dass die Interessen und Anliegen der jungen Bevölkerungsschicht nicht in der Politik reflektiert werden.

Betrachtet man die wirtschaftliche Struktur Japans von einem großen Gesichtspunkt, so kann man nachvollziehen, dass man Japans junge Erwachsene unter Meinungsbildnern schon längstens zum Handeln gezwungen sieht. Ein unsicherer Arbeitsmarkt und ein unter der Überalterung ächzendes Pensionssystem

sind Themen, welche junge Erwachsene und ihre Zukunft direkt betreffen und diese auch beschäftigen, wie im Kapitel Themenorientierung besprochen wurde. Dies bedeutet, dass die Wirtschaftsstruktur Japans eine zunehmende politische Beteiligung unter JungwählerInnen theoretisch begünstigen sollte. Die geringe Wirkung dieser wirtschaftlichen Probleme wird mit dem unter jungen Menschen anscheinend immer noch vorherrschenden Bild der „japanischen Wohlstandsgesellschaft“ in Verbindung gebracht. Diesem zufolge kommen junge Menschen heutzutage in den Genuss des Wohlstands ihrer Eltern, weshalb sie Probleme in der Wirtschaft nur eingeschränkt wahrnehmen. Der Grad an Verantwortung, den junge Erwachsene heute selbst übernehmen müssen, ist geringer als unter früheren Generationen. Junge Menschen leben heute länger bei ihren Eltern, heiraten später oder gar nicht. Durch die Verlängerung der Jugendphase kommt es also nicht nur dazu, dass der soziale Integrationsgrad in dieser Lebensphase geschwächt wird, sondern auch, dass die Berührung mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen erst später stattfindet.

Arbeit und Eheleben sind wichtige Meilensteine für die Einbindung in die Gesellschaft. Dadurch, dass viele junge Erwachsene diese Momente erst zu einem späteren Zeitpunkt oder auch gar nicht erleben, kann man davon ausgehen, dass der soziale Integrationsgrad der heutigen JungjapanerInnen schwächer ist als jener früherer Generationen. Der soziale Integrationsgrad hängt schließlich mit der Entwicklung des Politikinteresses zusammen, weshalb ihm ein indirekter Einfluss auf die Wahlbeteiligung nicht abgesprochen werden kann.

Ein weiterer Aspekt der Wohlstandsgesellschaft ist außerdem die Verringerung des Gefühls, dass man etwas am etablierten System verändern könnte (oder sollte). Zwar ergab die Analyse, dass das Gefühl der politischen Wirksamkeit keinen starken Einfluss auf die Wahlteilnahme direkt zu haben scheint, jedoch glauben viele junge JapanerInnen nicht, dass sie durch eigene Anstrengungen eine Veränderung bewirken könnten. Dieses geringe Gefühl der *political efficacy* fördert schließlich den Individualismus und die Hinwendung zum privaten Bereich. Die heutige Jugend scheint ihren Fokus damit mehr auf ihr Privatleben zu legen als frühere Generationen. Dies führt schließlich zur Schwächung der Einbindung in soziale Netzwerke, zu einem geringeren Interesse an Gesellschaft und Politik und auch zur Schwächung der Parteibindung. Die „Lebenszufriedenheitsthese“ wurde zwar von

Ida verworfen, jedoch heißt dies nicht, dass nicht ein schwacher oder indirekter Einfluss bestehen bleibt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Abwendung vom öffentlichen Bereich einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Kawakami hob dies ebenfalls hervor. Er unterteilte die Jugend dementsprechend in eine politikinteressierte Gruppe, die eher zur Wahl tendiert, und eine Gruppe an Mode und Trend Interessierter, die nicht zur Wahlteilnahme tendiert.

Den individuellen Faktoren, also den sozialpsychologischen Determinanten, wird, wie in der Theorie eingehend besprochen, eine große Bedeutung in der Entscheidung der Wahlteilnahme zugesprochen. Die Akzeptanz der Wahlnorm und das Politikinteresse gelten hierbei als die beiden einflussreichsten Aspekte. Dies bestätigte sich auch im Falle von Japans JungwählerInnen. Während die älteren Generationen das Wählen noch größtenteils als Pflicht betrachten, die Akzeptanz der Wahlnorm also groß ist, sehen junge Menschen das Wählen vermehrt als persönliche Freiheit. Die Wahlnorm übt jedoch auch bei den jungen Menschen einen sehr großen Einfluss aus. Die Wahlbeteiligung unter denen, die das Wählen als Recht oder Pflicht betrachten, fiel mit 80 bis 90% sehr hoch aus, während demgegenüber nur etwa die Hälfte derer, die es als Freiheit ansehen, wählten. Desweiteren zeigte sich auch ein sehr starker Zusammenhang zwischen dem Interesse an Politik und Wahlen und dem Wahlverhalten. Wie dargestellt, wählten 70 bis 80% der Wahlinteressierten. Da verwundert es nicht, dass parallel zu dem Anstieg des Wahlniveaus in den letzten Jahren auch das Interesse zugenommen hat.

Bezüglich des politischen Interesses ist noch zu sagen, dass dieses eigentlich indirekt durch das hohe Bildungsniveau in Japan begünstigt werden sollte. Schließlich stellte sich nicht nur heraus, dass die Wahlbeteiligung mit steigendem formellem Bildungsgrad zunimmt, sondern auch, dass das Interesse an politischen Informationsquellen steigt.

Zwischen einer starken Parteibindung und der Teilnahme an Wahlen besteht auch bei den JungwählerInnen ein großer Zusammenhang. So erreichte die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen Mitte der 1990er Jahre, als das bis damals dominante Parteiensystem zusammenbrach, ihren bisherigen Tiefpunkt. Es stellte sich aber auch heraus, dass junge Wahlberechtigte sich seltener mit Parteien identifizieren.

Japans junge Erwachsene zeichnen sich insgesamt nicht durch eine starke oder auffällige Parteibindung aus. Wie dargestellt, gaben beinahe die Hälfte aller Befragten der Umfrage der Meisuikyō an, keine Partei zu unterstützen. Unter jenen, die angaben, eine Partei zu unterstützen, war eine größere Proportion der DPJ zugeneigt als der LDP. Zwar scheinen junge JapanerInnen auf der ideologischen *hohaku*-Achse gesetzttenfalls eher zu einer konservativen ideologischen Haltung (als zu einer reformatorischen) zu tendieren, was eine Identifikation mit der LDP nahelegt. Dies widerspricht aber nicht der proportional größeren Unterstützung der DPJ, da diese nicht nur reformatorisch orientierte, sondern auch unentschlossene, neutrale JungjapanerInnen für sich gewinnen konnte.

Letztlich muss aber festgehalten werden, dass die Parteiunterstützung nicht stark ausgeprägt ist und sich nicht notwendigerweise in einer Stimmabgabe äußert. Die Analyse ergab, dass es sich bei der Parteiunterstützung junger Erwachsener in Japan um eine passive Art der Unterstützung handelt. Dieses Passivität scheint auch dann nicht überwunden zu werden, wenn der Wunsch nach Veränderung da ist. Daher betrifft die Parteibindung das aktive Wahlverhalten dieser nur in eher weniger Fällen, dann aber stark. Es stellte sich außerdem heraus, dass die Unterstützung einer bestimmten Partei keine starke Bedeutung für das politische Selbst hat, sondern eher als unverbindliche psychologische Unterstützung betrachtet werden kann.

Da die Politik in Japan außerdem als sehr personenfokussiert gilt und die Kandidatenorientierung daher traditionell eine der wichtigsten Einflussgrößen ist, kann man sie im Falle Japans in der Hierarchie der sozialpsychologischen Determinanten vermutlich über die Parteibindung stellen. Die Analyse ergab aber trotzdem, dass die langfristige Bindung an die Kandidaten unter jungen Wahlberechtigten nicht besonders stark ist, da viele sich bei der Wahl erst recht kurzfristig für die Wahl eines bestimmten Kandidaten entscheiden. Ein Grund für die mangelnde Identifizierung mit Kandidaten kann der Mangel an charismatischen Politikern, welche die jungen Wahlberechtigten ansprechen, sein. Kandidaten neigen sich eher den Anliegen älterer Generationen zu.

Es ist wenig verwunderlich, dass sich junge Wahlberechtigte, genauso wie auch ältere Generationen, eher für politische Themen interessieren, die sie persönlich betreffen. Diese wären der Arbeitsmarkt und Gegenmaßnahmen zur Überalterung.

Die Politik der Parteien spricht die JungwählerInnen aber zumeist wiederum nicht an, was sich folglich scheinbar auch in der Kandidaten- und Parteibindung ausdrückt. Ein weiteres Problem kann sein, dass junge Erwachsene Probleme haben, anhand der Themen zwischen den Parteien zu unterscheiden.

Auch wenn die Frage nach der Politikzufriedenheit kein eindeutiges Ergebnis lieferte, scheint es jedoch so zu sein, dass Politiker kein gutes Image genießen. Das generelle Misstrauen in die Politik wurde in der Literatur als Teil der japanischen Kultur bezeichnet. Das Misstrauen und der politische Zynismus würden von Generation zu Generation weitergegeben werden. Schon diese Annahme legt nahe, dass der Einfluss der politischen Misstrauens nicht groß sein kann, da das Wahlniveau der Vorgängergenerationen trotz des gleichen Zynismus und Misstrauens vergleichsweise hoch ist. Auch Ida verwarf die „Politikmisstrauens-Hypothese“, da er keine Korrelation zum Politikinteresse feststellen konnte, dessen großer Einfluss unbestritten ist.

Um das Problem zu bekämpfen, wird mehrfach eine wirkungsvollere Wahlaufklärung als Strategie zur Steigerung der Wahlbeteiligung unter JungwählerInnen vorgeschlagen. Dies steht wohl damit in Verbindung, dass, wie sich auch im Zuge der Analyse herausstellte, ein Defizit in der Wahlmobilisierung durch Parteien, Kandidaten und Regierung vorhanden ist. So seien politische Berichte zu eintönig und erreichen junge Menschen nicht. Wie auch Kawakami anregt, scheint *targeting* für die Lösung der Problematik unerlässlich, vor allem um auch die Aufmerksamkeit von „Modetrendinteressierten“, die größtenteils tendenziell nicht wählen, auf die Politik zu lenken. Musik, Sport und dergleichen sollen daher helfen, JungjapanerInnen zu mobilisieren.

Das Internet wird bereits genutzt um JungwählerInnen zu mobilisieren, jedoch sind viele Seiten politischen Inhalts mit Informationen zu vollgepackt und unübersichtlich. Seiten wie YouTube, die sich bei jungen Menschen großer Beliebtheit erfreuen, scheinen eine wirkungsvolle Methode, um Informationen einfach zu verbreiten. Der Einsatz visueller Mittel mittels ICT ist vielversprechend, jedoch stellt es ein großes Problem dar, dass der Einsatz des Internets in Wahlkampagnen während der offiziellen Wahlkampfzeit durch das Wahlgesetz verboten wird. In den USA hatte das Internet einen großen Einfluss auf die Partizipation der

JungwählerInnen. Das Internet erleichtert den Zugang zu Informationen und wird von fast allen jungen JapanerInnen genutzt.

Die japanische Regierung unternimmt aber schon seit längerem Maßnahmen um der generell sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken. Ein Beispiel ist das ins Leben rufen der Organisation Meisuikyō, welche sich der Wahlmobilisierung widmet. Neben der Meisuikyō gibt es auch eine ganze Reihe an Organisationen, die sich speziell an junge Wahlberechtigte wenden und auch von solchen geleitet werden und teils auch mit der Meisuikyō zusammenarbeiten. Die Strategie die sie verfolgen ist, durch eigene Ideen Altersgenossen zur Teilnahme an Politik zu bewegen. Wichtig ist hierbei, dass es sich um eine Einflussnahme vom Standpunkt Gleichaltriger handelt, da dies Sympathie vermitteln soll. Man will, durch zahlreiche Aktivitäten, Anregung und Gelegenheit bieten, über Gesellschaft und Politik nachzudenken und dabei Spaß zu haben. Der Einsatz der ICT ist ein fester Bestandteil vieler Aktivitäten.

Jugendorganisationen dieser Art hatten auch in den USA großen Erfolg, jedoch lässt sich vermuten, dass die Teilnehmer solcher Organisationen ohnehin ein gewisses Maß an Politikinteresse mitbringen. Außerdem sind diese Jugendorganisationen teils zwar auch in den Medien präsent, haben jedoch keinen hohen Bekanntheitsgrad.

Die Analyse der Entwicklung der Wahlbeteiligung über einen längeren Zeitraum ergab schließlich, dass das Wahlniveau in der langfristigen Betrachtung zwar insgesamt gesunken ist, jedoch bei den letzten beiden Unterhauswahlen kein Abwärtstrend zu beobachten war. Ganz im Gegenteil, die Wahlbeteiligung der 20- bis 29-Jährigen war sogar auf beinahe 50% gestiegen. Nichtsdestotrotz ist die Wahlbeteiligung der jüngsten Generation an Wahlberechtigten im Vergleich zu älteren Altersgruppen am geringsten. Dass die Wahlbeteiligung kontinuierlich mit dem Alter steigt, im hohen Alter ihren Höhepunkt erreicht und erst dann wieder abfällt, wird mit den Lebenszykluseffekten erklärt. Lebenszykluseffekte haben einen eindeutigen Einfluß auf die Wahlbeteiligung. Der Umstand, dass die heutige junge Generation eine geringere Beteiligung an Wahlen aufweist als frühere Generationen, lässt aber darauf schließen, dass auch Generationeneffekte, wie die Schwächung der Wahlnorm, einen Einfluss haben. Das bedeutet, dass die geringe Wahlbeteiligung der jungen Wählerschicht nicht einfach alleine auf die soziale

Variable Alter zurückzuführen ist, sondern ein komplexes Konstrukt verschiedener Determinanten für ihr Verhalten verantwortlich ist. Vor allem heißt dies aber auch, dass der Anstieg der Wahlbeteiligung dieser Kohorte auf das Niveau ihrer Vorgängerkohorten nicht gewährleistet ist.

Mifune und Takamuras Kohortenanalyse zeigte, dass die Wahlbeteiligung der heutigen jungen Erwachsenen, wahrscheinlich aufgrund der Generationeneffekte, auch in Zukunft im Vergleich zu früheren Generationen gering sein wird. Dem könnten aber Zeiteffekte entgegenwirken. Diese Annahme wird auch durch den aktuellen Anstieg des Wahlniveaus bekräftigt. Nach der Veränderung des Parteiensystems erlangten die letzten Unterhauswahlen an zunehmender Bedeutung, besonders im Jahr 2009, als schließlich auch ein Regierungswechsel stattfand. In dieser Zeit verzeichnete auch die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen wieder einen Zuwachs. Dieser ist folglich also mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Zeiteffekte zurückzuführen. Es ist anzunehmen, dass die JungwählerInnen dadurch, dass sie die Möglichkeit sahen, mit ihrer Stimme einen Regierungswechsel mit-herbeizuführen, vermehrt dazu motiviert wurden an der Wahl teilzunehmen.

Schlussendlich ist festzustellen, dass eine Veränderung aus eigenem Antrieb der Jugend eher nicht zu erwarten ist. Aspekte wie die geringe Akzeptanz der Wahlnorm machen dies unwahrscheinlich. Auch Probleme wie die Tabuisierung der Politik sind nur schwer lösbar. Um die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen anzuheben, ist es daher naheliegend, Defizite in der Gesetzgebung und Wahlmobilisierung zu beseitigen. Die Herabsenkung des Wahlalters und die Freigabe des Internets für Wahlkampfzwecke sind Maßnahmen, die dringend in Erwägung gezogen werden sollten. Auch die Parteien müssen Wege finden, junge Menschen zu erreichen.

Die vorliegende Arbeit zeigte, welche Einflussgrößen auf die Entscheidung, an Wahlen teilzunehmen oder nicht, wirken. Eine Untersuchung der NichtwählerInnen im speziellen erscheint aber für das Finden einer wirkungsvollen Strategie, zur Steigerung des Wahlniveaus, als unerlässlich und sollte in der Zukunft auf alle Fälle Bestandteil der Strategie politisch Verantwortlicher in Japan sein.

Literaturverzeichnis

Amreither, Silvia

2000 *Politik ohne Jugend? Jugendpartizipation als politische Bildung in Europa*. Diplomarbeit, Universität Wien.

Asia for Educators (Hg.)

2010 „Elections in Japan“.

<http://afe.easia.columbia.edu/japan/japanworkbook/govpol/elections.html>

(4. März 2011).

Best, Samuel J. und Brian S. Krueger

2005 „Analyzing the Representativeness of Internet Political Partizipation“, *Political Behaviour* 27/2, 183-216.

Caballero, Claudio

2005 „Nichtwahl“, Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 329-364.

Cummings, William K.

1983 „Youth“, Itasaka Gen (Hg.): *Kodansha Encyclopedia of Japan*. Bd. 8. Tōkyō und New York: Kodansha, 352-353.

DIHKJ (= Deutsche Industrie und Handelskammer in Japan) (Hg.)

2011a „Politisches System“.

<http://www.japan.ahk.de/japan-tipps/land-leute/politisches-system/> (18. August 2011).

2011b „Wirtschaft“.

<http://www.japan.ahk.de/japan-tipps/land-leute/wirtschaft/> (18. August 2011).

Feldman, Ofer (Hg.)

1999 *Political Psychology in Japan. Behind the nails that sometimes stick out (and get hammered down)*. New York: Nova Science Publishers.

Flanagan, Scott C. ua. (Hg.)

1991 *The Japanese Voter*. New Haven und London: Yale University Press.

Fujioka Chisa

2007 „Japanese youth yawn as national election nears“.

<http://www.asiaone.com/News/AsiaOne%2BNews/Asia/Story/A1Story20070725-19638.html> (21. November 2009).

2009 „Japanese youth urged to vote or risk future“.
<http://www.mg.co.za/article/2009-08-27-japanese-youth-urged-to-vote-or-risk-future> (21. November 2009).

Gaisböck, Roman und Florian Walter

2005 *Determinanten und Auswirkungen sinkender Wahlbeteiligung. Eine längsschnittliche Analyse der Wiener Gemeinderatswahlen 1954 – 2001*. Diplomarbeit, Universität Wien.

Harada Kensuke

2010 „Heisei 21-nendo akarui senkyo-suishin-yūryō-katsudō-dantai no jissen-katsudō (5): Gakusei ni yoru zero kara no chōsen. 20-dai no tōhyōritsu kōjō o mezasu gakusei-dantai Ivote no katsudō-hōkoku“ [Aktivitäten der ausgezeichneten Gruppen der Meisuiyō 2009 (5): Die Herausforderung der Studenten bei null zu beginnen. Mitteilung zu den Aktivitäten der Studentengruppe Ivote zur Steigerung der Wahlbeteiligung der Generation zwischen 20 und 29 Jahren], *Senkyo* 63/7, 1-8.

Hirano Hiroshi

1999 „Explaining Voting Behaviour in Japan: The Psychological, Social, and Cultural Dimensions“, Ofer Feldman (Hg.): *Political Psychology in Japan. Behind the nails that sometimes stick out (and get hammered down)*. New York: Nova Science Publishers, 61-79.

Huth, Iris

2004 *Politische Verdrossenheit. Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderung für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert*. Münster: Lit Verlag (= Politik und Partizipation; 3).

Ida Masamichi

2003 „18-sai-senkyoken ni kan suru kōsatsu“ [Überlegungen zum Wahlrecht ab dem 18.Lebensjahr], *Seikei-ronshō* 71/5.6, 141-165.

2009 „Daigakusei no seijikan ni kan suru bunseki“ [Analyse politischer Ansichten von Universitätsstudenten], *Informatics* 2/2, 17-28.

Ikeda Kenichi und Nishizawa Yoshitaka

1992 „Seijiteki akutā toshite no seitō: 89-nen sangiin-senkyo no bunseki o tsūjite“ [Parteien als politische Akteure: Durch die Analyse der 89.Oberhauswahl], *Leviathan* 10, 62-81.

Ikeda Makoto

2008 „Wakamono no tōhyōritsu appu wa wakamono no te de. Jōetsu-shi ‚senkyo ni ikō! Wakamono iinkai‘ no torikumi“ [Die Steigerung der Wahlbeteiligung der Jugend liegt in den Händen der Jugend. Das „Gehen wir wählen! - Jugendkomitee“ der Stadt Jōetsu], *Senkyo* 61/10, 31-37.

JEDS (= Japanese Election and Democracy Study)

2000 „Nihonjin no minshu-shugikan to shakai-shihon ni kan suru yoron-chōsa“ [Meinungsforschung über die Anschauungen der Japaner zu Demokratie und gesellschaftlichem Kapital]. <http://ssjda.iss.u-tokyo.ac.jp/gaiyo/0247g.html> (26. Oktober 2011).

JES III (= Japanese Election Studies III)

2005 „21-seiki-shotō no tōhyō-kōdō no zenkokuteki/jikeiretsuteki chōsa-kenkyū“ [Landesweite Untersuchung in Bezug auf eine Zeitreihe zum Wahlverhalten am Beginn des 21. Jahrhunderts]. <http://ssjda.iss.u-tokyo.ac.jp/gaiyo/0530g.html> (26. Oktober 2011).

Kaila K

2008 „Japanese Youth Apathetic to Politics (relatively-speaking)“. <http://youthandpolitics.info/2008/12/08/japanese-youth-disengaged-too.aspx> (12. November 2009).

Kakuchi, Suvendrini

2003 „Election leaves young Japanese cold“. <http://www.atimes.com/atimes/Japan/EK07Dh03.html> (21. November 2009).

Kankai Tsūshinsha

2004 „Seiji e no kanshindo wa Bei, Kan, Nihon no jun. Naikakufu, dai 7-kai sekai seinen-ishiki-chōsa-kekka torimatome“ [Das Interesse an Politik ist in Japan, nach Amerika und Korea, am geringsten. Ergebnisse der siebenten weltweiten Umfrage zum Bewusstsein der Jugend des Kabinettsbüros], *Kankai Tsūshin* 2446, 3-7.

Kawakami Kazuhisa

2005 „20-sedai wakamono no seiji-ishiki to tōhyō-kōdō“ [Politikbewusstsein und Wahlverhalten der Jugend zwischen 20 und 29 Jahren], *Senkyo* 58/6, 6-23.

Kawata Junichi

1999 „Socialization for Citizenship: Civic Education and Political Attitudes in Japan“, Ofer Feldman (Hg.): *Political Psychology in Japan. Behind the nails that sometimes stick out (and get hammered down)*. New York: Nova Science Publishers, 27-42.

Kiyohara Shōko

2010 „A Discussion toward Adoption of Internet Election Campaigns in Japan. What Can We Learn from the Case of the 2008 U.S. Presidential Election“, *InfoCom Review* 51, 15-26.

Kleinhenz, Thomas

1995 *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag (= Studien zur Sozialwissenschaft; 156).

Kotani Satoshi

2004 „Why are Japanese youth today so passive?“, Gordon Mathews und Bruce White (Hg.): *Japan's Changing Generations. Are young people creating a new society?* London und New York: RoutledgeCurzon, 31-45 (= Japan Anthropology Workshop Series).

Kubota Issei, Kusaka Tamami und Fujisaki Akira

2006 „Wakamono no seiji-ishiki to seiji-kyōiku“ [Politikbewusstsein und -erziehung der Jugend].
<http://www.p.u-tokyo.ac.jp/lab/ichikawa/johoka/2006/group1/seiji.html>
 (14.November 2009).

Linhart, Sepp

1984 „Jugend“, Horst Hammitzsch (Hg.): *Japan-Handbuch*. 2. Aufl. Wiesbaden: Steiner, 590-595 [1.Aufl. 1981].

Local Governance (Hg.)

2007 „Election System in Japan“.
<http://www.freechoice.jp/electionsystem.pdf> (4. März 2011).

Maeda Hideaki

2003 „Kokkai no senrei wa kataru (102). Senkyo/hisenkyo-nenrei no hikisage. Wakamono yo, seji o kaeteikō“ [Am Beispiel Parlament erzählt (102). Die Reduktion von Wahl und Wahlalter. Jugend, verändert die Politik!], *Kokkai-geppō* 50/10 (=Nr.650), 52-55.

Masters, Coco

2009 „Japan's Twitter-Free Election Campaign“.
http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,1917631_1917629_1917624,00.html (21.November 2009).

Masters, Coco und Hannah Beech

2009a „The New Activism of Japan's Youth“.

http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,1917631_1917629,00.html (21.November 2009).

2009b „The Vote Getter“.

http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,1917631_1917629_1917624,00.html (21.November 2009).

2009c „The Salaryman“.

http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,1917631_1917629_1917625,00.html (21.November 2009).

2009d „The Activist“.

http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,1917631_1917629_1917626,00.html (21.November 2009).

Meisuikyō (=Akarui senkyo-suishin-kyōkai) (Hg.)

2010 *Dai 45 kai shūgiin-giin-sōsenkyo no jittai. Chōsa-kekka no gaiyō* [Die Sachlage zur 45.Unterhauswahl. Das Compendium zur Umfrage]. Tōkyō: Akarui senkyo-suishin-kyōkai.

2011a „Senkyo no Meisui-kun“ [Meisui-kun der Wahlen].

<http://www.akaruisenkyo.or.jp/080aboutmeisui/87> (21.August 2011)

2011b „Shūgiin-giin-senkyo-nenreibetsu-tōhyōritsu no suii“ [Veränderungen in der Wahlbeteiligung an den Unterhauswahlen nach Alter].

http://www.akaruisenkyo.or.jp/070various/sg_nenrei.html (2. März 2011).

2011c „Sangiin-giin-senkyo-nenreibetsu-tōhyōritsu no suii“ [Veränderungen in der Wahlbeteiligung an den Oberhauswahlen nach Alter].

http://www.akaruisenkyo.or.jp/070various/sang_nenrei.html (2. März 2011).

2011d „Voters Mall“. <http://www.votersmall.jp/> (21. August 2011).

MIC (= Ministry of Internal Affairs and Communications) (Hg.)

2010 „Senkyo-kanren-shiryō“ [Material zu den Wahlen].

http://www.soumu.go.jp/senkyo/senkyo_s/data/index.html (2. März 2011).

MIC Statistics Bureau (Hg.)

2011 „Jinkō-suikei. Heisei 23-nen 2-gatsu-hō“ [Hochrechnung der Bevölkerungszahl. Meldung vom Februar 2011].

<http://www.stat.go.jp/data/jinsui/2.htm> (2. März 2011)

Mifune Tsuyoshi und Nakamura Takashi

2009 „Shūgiinsenkyo-tōhyōritsu no bunseki. 1969 nen kara 2005 nen ni okeru nenrei/jidai/sedai no eikyō“ [Eine Analyse der Wahlbeteiligung an Unterhauswahlen. Der Einfluss von Alter, Zeit und Generation zwischen 1969 und 2005], *Senkyokenkyū – Japanese Journal of Electoral Studies* 25/2, 83-106.

Miyake Ichirō

2005a „Tōhyō-sanka no riron to jisshō. Saikin no seijigakuteki kenkyū kara“ [Theorie und Empirie zur Wahlbeteiligung. Aus der jüngsten politikwissenschaftlichen Forschung], *Nihon-gaku-shiin-kiyō – Transactions of the Japan Academy* 59/2, 67-83.

2005b „The Theoretical and Empirical Studies of Voter's Turnout in Japan“, *Nihon-gaku-shiin-kiyō – Transactions of the Japan Academy* 59/2, 84-86.

Mori Chikako

2007 „Wakamono no ‚seijiteki mukanshin‘ wa jidai no kūki no hanei da“ [Das „politische Desinteresse“ der Jugend ist Spiegelbild der Atmosphäre unserer Zeit]. <http://publications.asahi.com/ronza/story/200706.shtml> (14.November 2009).

Mori Yūki

2005 „Gendai-Nihon no wakamono to senkyo“ [Jugend und Politik im heutigen Japan], *Seikatsu-keizai-seisaku* 96 (=Nr.512), 25-31.

Murakami Hiroshi

2009 „The Changing Party System in Japan 1993-2007: More Competition and Limited Convergence“, *Ritsumeikan Law Review - International Edition* 26, 27-48.

N.N.

2003 „Kimeru! Yūjō taiwa Q&A. Seiji ni mukanshin na kimi e“ [Sich entschließen! Gespräch zwischen Freunden. An die politisch Uninteressierten], *Daisenbunmei* 521, 81-83.

2007 „Wakamono yo, tōhyō ni ikō“ [Jugend, geh zur Wahl!]. <http://www.chubu.ac.jp/news/detail-459.html> (29. April 2010).

2009a „Wakamono yo tōhyō ikō“ [Jugend, geh zur Wahl!]. http://mytown.asahi.com/fukui/news.php?k_id=19000270908100002 (10.März 2010).

2009b „Japanese youth urged to vote or risk future“. http://www.gulf-times.com/site/topics/printArticle.asp?cu_no=2&item_no=311469&version=1&template_id=45&parent_id=25 (21.November 2009).

Nagata Kazuaki

2008a „Politicians failing to engage youth. For young people it's a weird world but candidates are only skirting cyberspace“. <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20081205f1.html> (21.November 2009).

2008b „Can YouTube cure political apathy?“. <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20080912f2.html> (10.März 2010).

Nakano, Lynne und Wakatsuma Moeko

2004 „Mothers and their unmarried daughters: an intimate look at generational change“, Gordon Mathews und Bruce White (Hg.): *Japan's Changing Generations. Are young people creating a new society?* London und New York: RoutledgeCurzon, 137-154 (= Japan Anthropology Workshop Series).

Nakatani Miho

2006 „New Political Culture with Comparative Perspective“. <http://www.otemon.ac.jp/jpcs2006/paper/IV-1-3.pdf> (7. März 2011).

Neumann, Stefanie

2002 *Politische Partizipation in Japan. Ein Beitrag zur politischen Kulturforschung*. Bonn: Rheinische Friedrichs-Wilhelm-Universität (= Politische Aspekte Japans; 1).

Okazawa Norio

2002 „Wakamono no seiji-sanka-kakudai o. 18 sai-senkyoken“ [Die politische Partizipation der Jugend verstärken. Das Wahlrecht ab 18], *Jiji-hyōron* 34/9 (=505), 2-5.

Richardson, Bradley

1983 „Elections“, Itasaka Gen (Hg.): *Kodansha Encyclopedia of Japan*. Bd. 2. Tōkyō und New York: Kodansha, 188-190.

Stefenelli, Petra

2005 *Jugend, Partizipation und Wahlrecht in Österreich*. Diplomarbeit, Universität Wien.

Sugimori Shinkichi

1999 „Political Behaviour and Consciousness of Japanese Youths“, Ofer Feldman (Hg.): *Political Psychology in Japan. Behind the nails that sometimes stick out (and get hammered down)*. New York: Nova Science Publishers, 43-57.

Sugimoto Yoshio

2003 *An Introduction to Japanese Society*. 2. Aufl. Cambridge u.a.: Cambridge University Press [1. Aufl. 1997].

Suzuki Kan

2009 „Wakamono wa seiji ni mukanshin ja nai! ‚Seikyoku‘ yori mo ‚seisaku‘ , ‚masumedia‘ yori mo ‚netto-jōhō“ [Die Jugend ist nicht desinteressiert an Politik! „Politische Maßnahmen“ statt der „politischen Lage“, „Informationen im Netz“ statt den „Massenmedien“], *Rengō* 22/4 (=255), 7-8.

Tashiro Shinichi

2009 „Heisei 20-nendo akarui senkyo-suishin-yūryō-katsudō-dantai no jissen-katsudō (3): Gakusei-tōhyōritsu 100% o mezasu kai (STEP) no katsudō. Tōhyōritsu no kōjō o mezasu Kagoshima-ken no daigakusei“ [Aktivitäten der Ausgezeichneten Gruppen der Meisuikyō 2009 (3): Aktivitäten eines Vereins (STEP) für eine Wahlbeteiligung unter Studenten von 100%], *Senkyo* 62/6, 32-38.

The Economist (Hg.)

2009 „Young swingers. With a plurality of voters undecided, ‚flexicon‘ enters the political lexicon“. <http://www.economist.com/node/14327641> (23. August 2011).

Yamada Hiroshi

2005 „Wakamono-tachi no gaikō/anzen-hoshō-mondai ni tsuite no kanshin to iken. Jugyōnai de jisshi shita ankēto-chōsa kara“ [Meinung und Interesse der Jugend zu Diplomatie und Sicherheitspolitik. Aus einer Meinungsumfrage, die im Unterricht durchgeführt wurde], *Kaetsu University Research Review* 48/2, 1-20.

Yoshimura Yōko

2005 „Akarui senkyo-suishin-katsudō ni tsuite hitokoto“ [Ein Wort über die Aktivitäten der Meisuikyō], *Senkyo* 58/5, 7-11.

YRI Toyko (= Yomiuri Research Institute Toyko; Yomiuri-shinbun-tōkyō-honsha-chōsa kenkyū-honbu) (Hg.)

2009 „Yomiuri-zenkoku-yoron-chōsa 2009. 7-9“ [Nationale Yomiuri Meinungsumfragen Juli bis September 2009], *Yomiuri-kuōtarii* 11, 170-196.

Japanisches Literaturverzeichnis

原田 謙介

2010年 「平成 21 年度明るい選挙推進優良活動団体の実践活動(5)：学生によるゼロからの挑戦。20 代の投票率向上を目指す学生団体 *ivote* の活動報告」、*選挙* 63/7、1-8。

井田 正道

2003年 「18 歳選挙権に関する考察」、*政経論叢* 71/5.6、141-165。

2009年 「大学生の政治観に関する分析」、*Informatics* 2/2, 17-28。

池田 謙一・西澤 由隆

1992年 [政治的アクターとしての政党：89 年参議院選挙の分析を通じて]、*レヴァイアサン* 10, 62-81。

池田 誠

2008年 「若者の投票率アップは若者の手で。上越市『選挙に行こう！若者委員会』の取り組み」、*選挙* 61/10、31-37。

JEDS (= 選挙とデモクラシー研究会)

2000年 「日本人の民主主義観と社会資本に関する世論調査」。
<http://ssjda.iss.u-tokyo.ac.jp/gaiyo/0247g.html> (2011年10月26日)。

JES III (= Japanese Election Studies III 研究会)

2005 「21 世紀初頭の投票行動の全国的・時系列的調査研究」。
<http://ssjda.iss.u-tokyo.ac.jp/gaiyo/0530g.html> (2011年10月26日)。

官界通信社

2004年 「政治への関心度は米、韓、日本の順。内閣府、第 7 回世界青年意識調査結果取りまとめ」、*官界通信* 2446、3-7。

川上 和久

2005年 「二十世代若者の政治意識と投票行動」、*選挙* 58/6、6-23。

久保田 一生・日下 珠美・藤崎 晃

2006年 「若者の政治意識と教育」。
<http://www.p.u-tokyo.ac.jp/lab/ichikawa/johoka/2006/group1/seiji.html>
 (2009年11月14日)。

前田 英昭

2003年 「国会の先例は語る(102)。選挙・被選挙年齢の引き下げ。若者よ、政治を変えていっこう!」、国会月報 50/10 (=650)、52-55。

明推挙 (= 明るい選挙推進協会) (編)

2010年 第45回衆議院総選挙の実態。調査結果の概要。東京：明るい選挙推進協会。

2011年 a 「選挙のめいすいくん」。
<http://www.akaruisenkyo.or.jp/080aboutmeisui/87> (2011年8月21日)。

2011年 b 「衆議院議員選挙年齢別投票率の推移」。
http://www.akaruisenkyo.or.jp/070various/sg_nenrei.html (2011年3月2日)。

2011年 c 「参議院議員選挙年齢別投票率の推移」。
http://www.akaruisenkyo.or.jp/070various/sang_nenrei.html (2011年3月2日)。

MIC (= 総務省) (編)

2010年 「選挙関連資料」。
http://www.soumu.go.jp/senkyo/senkyo_s/data/index.html (2011年3月2日)。

MIC Statistics Bureau (= 総務省統計局・政策統括官・統計研修所) (編)

2011年 「人口推計。平成23年2月報」。
<http://www.stat.go.jp/data/jinsui/2.htm> (2011年3月2日)。

三船 毅・中村 隆

2009年 「衆議院選投票率の分析。1969年から2005年における年齢・時代・世代の影響」、選挙研究 25/2、83-106。

三宅 一郎

2005年 a 「投票参加の理論と実証。最近の政治学的研究から」、日本学士院紀要 59/2、67-83。

森 千香子

2005年 「若者の『政治的無関心』は時代の空気の反映だ」。
<http://publications.asahi.com/ronza/story/200706.shtml> (2009年11月14日)。

森 裕城

2005年 「現代日本の若者と選挙」、*生活経済政策* 96 (=512)、25-31。

N.N.

2003年 「決める！友情対話 Q&A。政治に無関心な君へ」、*第三文明* 521、81-83。

2007年 「若者よ、投票に行こう」。 <http://www.chubu.ac.jp/news/detail-459.html> (2010年4月29日)。

2009年 a 「若者よ 投票行こう」。
http://mytown.asahi.com/fukui/news.php?k_id=19000270908100002
 (2010年3月10日)。

岡沢 憲英

2002年 「若者の政治参加拡大を。18歳選挙権」、*時事評論* 34/9 (=505)、2-5。

鈴木 寛

2009年 「若者は政治に無関心じゃない！『政局』よりも『政策』、『マスメディア』よりも『ネット情報』」、*連合* 22/4 (=255)、7-8。

田代 紳一

2009年 「平成20年度明るい選挙推進優良活動団体の実践活動(3)：学生投票率100%をめざす会(STEP)の活動。投票率の向上を目指す鹿児島県の大学生」。 *選挙* 62/6、32-38。

山田 寛

2005年 「若者たちの外交・安全保障問題についての関心と意見。授業内で実施したアンケート調査の結果から」、*嘉悦大学研究論集* 48/2、1-20。

吉村 洋子

2005年 「明るい選挙推進活動についてひとこと」、*選挙* 58/5、7-11。

YRI 東京 (=読売新聞東京本社調査研究本部) (編)

2009年 「読売全国世論調査2009、7-9」、*読売クォーターリー* 11、170-196。

Zusammenfassung

Das geringe Politikinteresse junger Erwachsener in Japan wird seit Jahren von Meinungsbildnern in Politik, Wissenschaft und Medien bemängelt. Auslöser der Diskussion um das politische Bewusstsein junger JapanerInnen ist die geringe Wahlbeteiligung der jungen Wahlberechtigten. Vorliegende Arbeit untersucht, welche Determinanten auf die Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter wirken.

Der Analyse liegt ein theoretisch fundiertes Schema zugrunde. Wichtige Quellen sind hierbei Umfrageergebnisse und offizielle Daten. Das Analyseschema schließt institutionelle, strukturelle und individuelle Faktoren mit ein und wurde an den konkreten Fall junger Wahlberechtigter in Japan angepasst. Unter Berücksichtigung des medialen Diskurses, wird in einem Exkurs besonderes Augenmerk auf die Wahl-Mobilisierung gelegt. Als letzter Bestandteil der Analyse wird schließlich auch ein Blick auf die Bedeutung von Lebenszyklus- und Generationeneffekten geworfen.

Die Analyse zeigt, dass die Wirtschaftsstruktur Japans eine zunehmende politische Beteiligung unter JungwählerInnen theoretisch begünstigen sollte. Durch die Verlängerung der Jugendphase wird der soziale Integrationsgrad in dieser Lebensphase jedoch geschwächt und die Berührung mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen findet erst später statt. Unter den individuellen Faktoren gelten die Akzeptanz der Wahlnorm und das Politikinteresse als einflussreichste Aspekte. Beide fallen unter JungwählerInnen gering aus. Auch zeichnen sich Japans junge Erwachsene nicht durch eine starke Parteibindung oder Kandidatenorientierung aus. Dies steht in engen Zusammenhang damit, dass auch die politischen Themen der Parteien die JungwählerInnen zumeist nicht ansprechen. Außerdem ist ein Defizit in der Wahlmobilisierung durch Parteien, Kandidaten und Regierung vorhanden.

Das Internet wird bereits genutzt um JungwählerInnen zu mobilisieren, jedoch sind viele Seiten zu unübersichtlich und der Einsatz des Internets in Wahlkampagnen ist während der offiziellen Wahlkampfzeit durch das Wahlgesetz verboten. Der Mobilisierung der JungwählerInnen wendet sich aber auch eine ganze Reihe an Jugendorganisationen zu. Jedoch ist anzunehmen, dass die Teilnehmer solcher

Organisationen ohnehin ein gewisses Maß an Politikinteresse mitbringen und die Gruppierungen haben keinen hohen Bekanntheitsgrad.

Die Analyse der Entwicklung der Wahlbeteiligung über einen längeren Zeitraum ergab schließlich, dass das Wahlniveau zwar insgesamt gesunken ist, jedoch bei den letzten beiden Unterhauswahlen die Wahlbeteiligung der 20- bis 29-Jährigen sogar wieder ein wenig gestiegen ist. Die Wahlbeteiligung der heutigen jungen Erwachsenen wird aber, aufgrund der Generationeneffekte, wahrscheinlich auch in Zukunft im Vergleich zu früheren Generationen gering sein. Dem könnten Zeiteffekte entgegenwirken. Eine Veränderung aus eigenem Antrieb der Jugend ist eher nicht zu erwarten. Aspekte wie die geringe Akzeptanz der Wahlnorm machen dies unwahrscheinlich. Auch Probleme wie die Tabuisierung der Politik sind nur schwer lösbar. Um die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen anzuheben, ist es daher naheliegend, Defizite in der Gesetzgebung und Wahlmobilisierung zu beseitigen.

Lebenslauf

Sabine Iker

Geburtsdatum: 18.Dezember 1985
 Heimatort: Wien

Studium

10/04 - 02/08 Bakkalaureatsstudium der Japanologie an der Universität Wien
 Erwerb des Bakk. phil. mit 20.2.2008
 10/06 – 01/08 Magisterstudium der Theater-, Film- und Medienwissenschaft an
 der Universität Wien
 seit 03/08 Magisterstudium der Japanologie an der Universität Wien
 Umstieg Masterstudium der Japanologie 05/11
 09/08 - 07/09 Auslandsstudium an der Waseda Universität; Tokyo, Japan
 „Intensive Japanese Language Program“ mit Zertifikat
 abgeschlossen
 seit 03/10 Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an
 der Wirtschaftsuniversität Wien

Praktika

08/07 Mitarbeiterin des Gästehaus und Restaurant „Kashikobo Ueda“;
 Shikoku, Japan
 09/08 - 07/09 Deutsch-Tutorin im Unterrichtspraktikum Deutsch als
 Fremdsprache an der Waseda Universität; Tokyo, Japan

Weitere Tätigkeiten

09/03 - 02/04 Telefonistin für Telefonumfragen am Marktforschungsinstitut
 ISMA; Wien
 09/08 - 08/09 Privattutorin für deutsche Sprache; Tokyo, Japan
 09/09 - 12/10 Aushilfsmitarbeiterin in der „Salzgrotte LaMar“; Wien
 seit 03/11 Bürokraft im Abendsekretariat der inlingua Sprachschule; Wien

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift
Japanisch	Gute Kenntnisse in Wort und Schrift
Italienisch	Grundkenntnisse